
Nr.28 / 4-87 3,–
AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Bibliothek des ISB
Russische Revolution
Aktuelle Kämpfe
Portugal
F.A.U.-Kongreß
Uni
Region Göttingen
Hamburg
Frankfurt

REDAKTIONEN:

AKTION und
Regionalredaktion Frankfurt
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069 - 7381152

Redaktionsmitglieder:
Fenris Wolf, Omega, D., Smea Gol, Petronella, Dutti, Spiegelbruch, Hegesias, Nieddu, Kersten, JOTA, CO

Regionalredaktion Götttingen:
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Regionalredaktion Hamburg:
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

V.i.S.d.P.: K. Cohrs

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

KONTO:
K. Cohrs
Postgiroamt Frankfurt
Postgirokonto 3337 97 - 601
BLZ 500 100 60

ABO:
5 Ausgaben 15.- DM
10 Ausgaben 30.- DM
Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/r Gefangene/n persönlich ausgeändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönlich Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/r Gefangene/n nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AKTION - RESTBESTÄNDE

Wir haben noch alte Nummern der AKTION (die von der ehemaligen Redaktion erstellt wurden) und koennen euch (SammlerInnen, Archivfreaks, Historikfans, Interessierte...) folgende Nummern anbieten:
AKTION Nr. 1 - 20 Pf
AKTION Nr. 2 - 30 Pf
AKTION Nr. 4 vergriffen
AKTION Nr. 5 bis Nr. 13 je 2.- DM
Bis 3 Exemplare zahlt ihr den vollen Preis, bis 5 Ex. bekommt ihr 10% Rabatt, ab 5 Ex. 20%.
Das Porto kostet pauschal 1.- DM zuzueglich.
Die Kohle muß im voraus in Form von Briefmarken, Scheinen, Schecks oder auf's Konto bei uns sein.
Nicht den Absender und die genaue Anzahl/Titel vergessen!
Die unter der neuen Redaktion produzierten Nummern (ab Nr. 15/16) gibt es weiterhin fuer 2,50 DM bzw. 3.- DM (Nr. 19/20 und ab Nr. 26).



INHALT

EDITORIAL

Mit der vorliegenden AKTION ist ein dreifaches Kunststück gelungen:
1. Seit Erscheinen der letzten Nummer sind knapp zwei Monate vergangen.
2. Der Umfang erreicht sensationelle 64 Seiten.
3. Es wurde eine AKTION im gefürchteten Sommerloch produziert.

Wieder beträgt der Preis 3,- DM, d. h. Umfang, kürzere Erscheinungdauer, steigender Materialverbrauch müssen finanziert werden. Die letzte Ausgabe der AKTION ist nahezu ausverkauft. Dennoch besteht kein Grund zum Dauerjubeln. Druck, Satz, die gesamte Buchhaltung einschließlich Vertrieb laufen unentgeltlich, durch "revolutionäre Mehrarbeit". Wir sind daher, bei gleichbleibend hoher Seitenzahl, zur Heraufsetzung der Abo-Preise gezwungen. Ab nächster Ausgabe, Nr. 29 also, gelten folgende Abo-Preise:
5 Nummern: 15 DM
10 Nummern 30 DM
Für Kohle, die bis zum Erscheinen der nächsten Nummer (Anfang September) auf unserem Konto ist, gibt es noch 6 bzw. 12 AKTIONen für 15.- bzw. 30.- DM.

Es erreichen uns mehr Beiträge, Infos, Artikel. Die AKTION wird von unterschiedlichen Gruppen und Leuten, anarchistischen, autonomen und libertären, zunehmend als bundesweites Informations- und Diskussionsforum genutzt. Die hoffnungsvollen Ansätze mit den Regionalredaktionen können die notwendige politische Verankerung und inhaltliche Auseinandersetzung voranbringen. Wir begrüßen die Regionalredaktion aus Hamburg, die sich in dieser Ausgabe zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert. Die Göttinger Regionalredaktion hat erneut Qualität und Ausführlichkeit bewiesen. Während des Folgetreffens der Medien AG Anfang Juni in Frankfurt M. haben sich weitere Interessierte gemeldet. In Bremen, Bielefeld, Gelsenkirchen, Marburg und Mainz wird konkret über eine Mitarbeit diskutiert. Falls weitere Leute aus anderen Regionen und Städten bei der AKTION mitarbeiten wollen, sollen sie sich frank und frei melden, möglichst schriftlich, wir lassen dann von uns hören.

Um die organisatorische und inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Regionalredaktionen und der Redaktion in Frankfurt zu fördern, sollen regelmäßige Treffen stattfinden. Das nächste Treffen dieser Art schließt sich an das nächste Treffen der Medien AG am 3./4.10.87 in Frankfurt an.
Inhaltlich wollen wir die Diskussion über Perspektiven, Ziele, Organisierung des Kampfes weiter fortsetzen. Eine Zeitung ist nicht nur zur Information und zum Ideenaustausch da. Sie ist ebenso ein politisches Kampfmittel.
Zu Freiburg kommt in der nächsten AKTION ein ausführlicher Bericht. Zu Berlin hätten wir gerne etwas gebracht, aber leider war von all den FighterInnen keine/r in der Lage etwas zu schreiben. Vieleicht zum nächsten Mal.
Der zweite Teil des Tourismus-Artikels in der letzte AKTION kommt leider auch erst in der nächsten Nummer.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 11. August 87
(gilt auch für Regionales in Rohfassung)
Eingangstermin für "fertige" getippt und lay-outet) Regionalteile: 19. Aug. 87



LETZTES VOM MEDIENSYNDIKAT

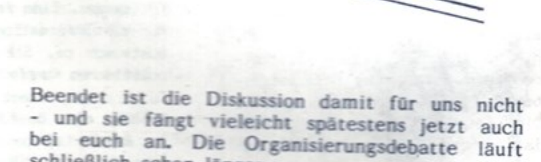
Das Schwierige an einer Diskussion ist nicht, den eigenen Standpunkt zu verteidigen, sondern ihn zu kennen! Das machte sich streckenweise auch in der Medien AG bemerkbar, die sich nach den Libertären Tagen 1987 Anfang Juni erneut in Frankfurt getroffen hat. Leider waren außer der AKTION keine Leute aus anderen Zeitungen gekommen. Die anwesenden 15 TeilnehmerInnen sprachen erneut über eine Verbesserung bestehender libertärer Zeitungen. Dazu müßte zunächst eine Zusammenarbeit der Zeitungen angestrebt, die personelle und materielle Basis erweitert werden. Die "Bewegung" ist gefordert. Schafft eine offensive Vermittlung eurer Inhalte. Die Zeitungen brauchen Mitarbeit, Aktive, Artikel, Infos, Bilder, Hilfe beim Vertrieb. Das Thema "Wochenzeitung" und "Tageszeitung" wurde bis jetzt zu technisch geführt. Vorher sollte eine breite inhaltliche Auseinandersetzung laufen. Der qualitative Sprung möglichst zur Tageszeitung ist noch nicht in Vorbeitung. Die Treffen, die sich aus der Medien AG der Libertären Tage entwickelt haben, sollen fortgesetzt werden. Das nächste findet am 3./4.10. wieder in Frankfurt, Libertäres Zentrum statt. Diese Treffen sollen eine inhatliche Grundlage für das Thema "Zeitung" schaffen und die Kooperation zwischen bestehenden Zeitungen intensivieren.

Projekt: DAS ANARCHISTISCHE LESEBUCH

Die Idee richtet sich an alle, die Lust an einer eigenen literarischen Betätigung haben. Ein thematischer Schwerpunkt ist für das ANARCHISTISCHE LESEBUCH nicht in Erwägung. Die Texte können Geschichten, Kurzgeschichten mit historischem Hintergrund, science fiction, Gedichte, Song-Texte, Essays, Satiren, Love-Stories, dadaistische Texte, alle Arten von literarisch ansgedrückten Träumen und Sehnsüchten usw sein. Selbst ein direkter politischer Bezug muß nicht unbedingt vorhanden sein. Der Bezug zur Anarchie besteht darin, daß die Verfasser/innen aus dem libertär/autonomen Spektrum kommen. Wer sich angesprochen fühlt, schickt uns:
AKTION - anarchistisches Lesebuch - Kriegkstraße 38, 6000 Frankfurt M.
bis Ende des Jahres die Manuskripte, die 30 getippte din a vier Seiten nicht überschreiten sollten, zu. Nur Mut! Wer lesen kann, kann auch schreiben.

Zu den folgenden beiden Artikeln:

Der erste Artikel wurde in der Redaktion sehr kontrovers diskutiert.
Ist das, was die FAU vertritt, nämlich Anarchosyndikalismus, Organisierung in einer Gewerkschaft noch aktuell? Ist das gegenwärtige Konzept der FAU noch aktuell?
Provozierend, aber nicht ganz unberechtigt, wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es die Arbeiterbewegung, so wie sie mystifiziert in unseren Köpfen hängt, jemals gegeben hat. Waren da nicht auch immer andere Leute dabei?
Und gar der Begriff - Klasse -, sollten wir uns nicht einen anderen einfallen lassen, um den heutigen Gegebenheiten gerecht zu werden?
Die Diskussion wurde schließlich von einem Teil der Redaktion weitergeführt, der auch die hier vorliegende Fassung des Artikels formulierte.



Beendet ist die Diskussion damit für uns nicht - und sie fängt vieleicht spätestens jetzt auch bei euch an. Die Organisierungsdebatte läuft schließlich schon länger.
Endgültige Ergebnisse können und wollen wir nicht bieten!
Aufgrund des ersten Artikels über die FAU und die Diskussion darum haben sich einige Leute hingesetzt und eine Erwiederung geschrieben.

ZEHNJÄHRIGES JUBILÄUM DER SCHWARZ - ROTEN FAHNE

Mit dem Syndikalismus zur vollen Anarchie ?

Jedes Jahr zu Pfingsten treffen sich AnarchosyndikalistInnen aus der ganzen BRD zu ihrem Kongreß, und das immerhin schon seit zehn Jahren. Unter dem schwarzroten Banner der Freien Arbeiter Union (FAU) versammelten sich dieses Jahr in Köln etwa 80 Aufrechte aus über 12 Städten. Als ginge es darum, alle Vorurteile über Anarchismus zugleich lügen zu strafen, ackerte sich die Pfingstversammlung mit stoischer Gelassenheit durch eine nüchterne Tagesordnung. Nichts fehlte, weder die Grußadresse, noch die Berichte aus den Ortsgruppen (OGs), ein Rechenschaftsbericht des Nationalkomitees (NK), fristgemäße Anträge, Internationales, thematische Arbeitsgruppen und als Höhepunkt die Wahl des neuen Nationalkomitees. Zu guterletzt wurde das Ganze mit dem Absingen der Syndikalistenhymne beendet:
"Auf die Barrikaden, für den Sieg der Freien Arbeiter Union!"



Politische Satire könnte nicht beißender sein! Aber die FAU exisitert real, und die Organisationsversuche der radikalen und anarchistischen Linken sind weder zahlreich noch erfolgreich genug als daß ein konkreter Ansatz, so verknöchert er auch sein mag, arrogant abgehakt werden sollte.

Ansatz und Entstehung der FAU

Die FAU wurde 1977 gegründet. In diesem Jahr hatten verschiedene Gruppen eine Rundreise von CNT-Mitgliedern (spanische Anarchosyndikalisten) durch die BRD organisiert. Dies Ereignis gab mit den Anstoß zur Gründung einer "Initiative FAU". Der anarchosyndikalistische Ansatz der bundesdeutschen FAU war:
"eine Gewerkschaft aufzubauen, die die aktuellen Tageskämpfe verbindet mit einem revolutionärem Ziel: der herrschaftslosen und ausbeutungsfreien Gesellschaft."
(Arbeitsgrundlage der (FAU)

Einige AnarchistInnen der BRD versuchten an die Tradition der FAUD aus der Weimarer Republik anzuknüpfen und den revolutionären Syndikalismus zu beleben. Konsequent wurde der DGB als staatstragend und sozialpartnerschaftlich angegriffen, sollte der gewerkschaftliche und der antikapitalistische Kampf miteinander verbunden werden.

Anarcho-Syndikalismus

WAS WILL DIE F.A.U.?

Das Ziel der Anarcho-Syndikalisten ist die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft.
Die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus ist die Idee der Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen. Daher lehnen wir die Organisierung unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese immer Unterdrückung bedeuten. Wir gehen davon aus, daß Stellvertreterpolitik, wie sie von Parteien und zentralistischen Organisationen betrieben wird, weder unsere Interessen durchsetzen kann noch soll.
Anstelle dessen setzen wir die Selbstorganisation der Arbeitenden in autonomen Gruppen, die miteinander auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zusammengeschlossen sind. Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion , wie z.B. Fabrikbesetzungen, Boykotts, Streiks etc.
Im Gegensatz dazu lehnen wir indirekte Maßnahmen wie die parlamentarische Tätigkeit ab.
Antistaatlichkeit, Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Direkte Aktionen - Das sind die Prinzipien des Anarcho-Syndikalismus.
Der Anarcho-Syndikalismus hebt die Vereinzelung, Desorganisiertheit und Perspektivlosigkeit auf und arbeitet für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage.
Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung begründet ist, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt, um einen antikapitalistischen Widerstand zu organisieren.
Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel.
Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.



Was ist Anarchosyndikalismus?

Der Begriff "Syndikalismus! stammt aus dem romanischen Sprachgebrauch (Syndikat = Gewerkschaft). In der Tat gab es in Frankreich, Spanien und Italien einst starke revolutionäre syndikalistische Organisationen.

"Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an der Wurzel."
(Flugblatt FAU)



Der Anarchosyndikalismus begreift sich als revolutionär, will den Kapitalismus durch wilde Streiks, direkte Aktionen, Sabotage und Organisierung überwinden. Die syndikalistische Organisation will der Kern der befreiten Gesellschaft sein. Dazu soll die Trennung zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Kämpfen aufgehoben werden. Stellvertreterpolitik, etwa durch Betriebsräte, politische Parteien, Parlamente und Regierungen lehnen Anarchosyndikalisten ab.



Mit diesem umfassenden Ansatz, der im Kern die gewerkschaftliche Organisierung hat, soll die Gesellschaft revolutioniert werden. (siehe auch AKTION Nr. 24, s. 27)
Die Betriebsarbeit soll mit den anderen gesellschaftlichen Bereichen verbunden werden.

"Der Syndikalismus auf der Grundlage der Anarchie beginnt mit viel Syndikalismus und endet im vollen Anarchismus."
(Flugblatt FAU)

Wie weit ist aber nun die FAU in ihrer zehnjährigen Geschichte auf diesem Weg zum "vollen Anarchismus" vorangekommen?

Zum Zustand der FAU

Pfingsten 1987 berichtet das Nationalkomitee, daß die FAU etwa 70 zahlende Mitglieder bundesweit habe, über 20 Ortsgruppen und an die 200 Sympathiesanten.

"Die Ortsgruppen haben z. B. die Beschlüsse des letztjährigen Pfingstkongresses nicht umgesetzt. Die vereinbarte Kampagne zur 35-Stundenwoche fand einfach nicht statt, Fehlanzeige. Wir haben eine große Chance verpaßt."
Der Bericht des Nationalkomitees war niederschmetternd.

Die FAU stagniert, die Ortsgruppen sind politisch und organisatorisch wirkungslos, zumindest was den Anarchosyndikalismus betrifft. Die einzelnen FAUler sind sehr aktiv, ob beim Volkszählungsboykott, Antifaschismus, Anti-Atomkampf, organisieren mit in libertären Zentren, bei autonomen und libertären Plenen.

Aber Betriebsarbeit, Gewerkschaft, Streik, ja der gesamte ökonomische Bereich findet sich nicht einmal im Ansatz wieder.

Ein langjähriger Kölner FAUler muß auf Nachfrage zugeben, daß er in "seinem" Betrieb nicht als FAUler auftritt. "Das geht nicht, dort wo ich arbeite. Das würden die Kollegen nicht verstehen, wenn wir da als FAU ankämen. Wir wirken aber in unserem Sinne, z. B. organisieren wir Stammtische und persönliche Kontakte."

Revolutionärer Syndikalismus? Es gibt ihn nicht in diesem Lande, trotz des zehnjährigen Jubliäums der FAU, die noch nicht einmal das Format zum Papiertieger hat.

Die Behauptung, alle oben bezeichneten Aktivitäten, von Vobo bis Häuserkampf, gehörten orginär zum Anarchosyndikalismus ist nicht stichhaltig, da dies eine unpolitische Aufblähung des Begriffes "Anarchosyndikalismus" bedeutet, und verschleiert nur die geschichtliche Herkunft und die ideologischen Konzepte dieser libertären Strömung.

Die Aktivitäten der bundesdeutschen FAU unterscheiden sich kaum von der Arbeit bestehender Libertärer Foren.
Zehn Jahre FAU. Zehn Jahre im BRD-Staat, vom "deutschen Herbst" bis zum Kreuzberger Mai 1987. Es hat nicht an sozialen unmd politischen Kämpfen gefehlt. Ganze Bewegungen sind gekommen und gegangen, z. B. die Ökopaxe oder der Häuserkampf.

Es gibt seit Jahren Massenarbeitslosigkeit, Fabrikschließungen, ökonomisch soziale Neuformierung der ganzen Gesellschaft, die Krise des DGB, mit Neuer Heimat und üblen Tarifabschlüssen.

Und die FAU? Wo konnte sie organisatorisch und politisch zulegen? Und wenn auch nur ein winziges Stück? Sie haben ihr Nationalkomitee, ihre "Internationale Arbeiter Assoziation", ihre eigene Zeitung die "direkte Aktion", ihre Ortsgruppen. Aber ihr Antikapitalismus stammt aus dem historischen Museum, wirkt wie eine Dampfmaschine im High-Tech-Zeitalter. Darin liegt einer der Gründe, warum die politische Praxis der Ortsgruppen so wenig mit Anarchosyndikalismus zu tun hat, daß die FAU politisch schlichtweg nicht existiert.



"Das Nationalkomitee ist eine Kuh, die sich um sich selbst dreht.", schimpft resigniert einer der Sekretäre.

Kritische Bilanz

Es scheint, daß jede politische Bewegung ihre politischen Mumien hat. Der Anarchismus macht da keine Ausnahme. Nur, wo bleibt die anarchistische Kritik und Spottlust, die sonst doch auch nicht vor den eigenen Fehlern halt macht? Nach zehnjähriger Erfolglosigkeit ist eine Bestandaufnahme und Überprüfung der politischen Grundlagen mehr als überfällig. Aber eine falsche Hoffnung ist offenbar angenehmer, als ein schmerzlicher Neubeginn.

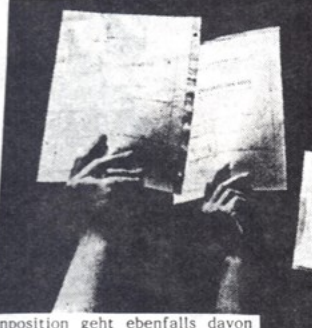
Zusammengefaßt lautet die anarchosyndikalistische Bilanz: Die angestrebte betriebliche Verankerung ist nicht gelungen. Der DGB ist und bleibt, leider, die einzig relevante Gewerkschaft in der BRD.

Die Mitglieder der FAU sind zwar politisch sehr aktiv, aber weder als Gewerkschafter, noch in irgend einer Betriebsarbeit. Der Anarchosyndikalismus in der BRD hängt ohne politsche und gesellschaftliche Basis im luftleeren Raum. Bieder, bürokratisch, als radikaler Ladenhüter, der auf nostalgisch gestimmte Käufer hofft.

Die FAU ist isoliert. Sie meidet die Diskussion mit anderen libertären Strömungen, ebenso eine angemessene Verbindung zu autonomen Gruppen und anderen radikalen Politikansätzen im ökonomischen Bereich, wie z. B. die Jobberinitiativen.

"Wer die Gewerkschaften hat, hat das letzte Wort in der Arbeiterbewegung", betonte ein FAUler während einer kurzen aber heftigen Diskussion über Strategie und Perspektiven der FAU. Dabei standen sich grob zwei Positionen gegenüber.

Der "traditionelle" Ansatz geht davon aus, daß es zwar einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch gibt, die Arbeiterklasse aber bestehen bleibt. Der Kern dieser Arbeiterklasse ist wie eh und je gezwungen, um leben zu können, die Arbeitskraft zu Markte zu tragen. Daher muß gewerkschaftliche Organisierung die Basis der Politik sein. Das Konzept ist ein traditionell klassenkämpferisches.



Die Gegenposition geht ebenfalls davon aus, daß wir heute im Kapitalismus immer noch zur Lohnarbeit gezwungen sind, um zu überleben. Eine Arbeiterbewegung existiert in diesem Lande jedoch nur noch als historisches Phantom. Streiks sind selten. Unterschiedliche Ansätze "revolutionärer Betriebsarbeit" sind bisher gescheitert.

Daß Wirtschaftskrise, Skandale, Sozialpartnerschaft und schließlich zehn Jahre FAU den DGB nicht wanken ließen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse bisher nur ansatzweise zum Tanzen gebracht wurden, liegt nicht nur an Repression, Reformismus und Stärke des Gegners, sondern auch an radikalen Fehleinschätzungen.

Es gibt keinen festen Fahrplan zur Revolution. Jene Revolutionsphysik mit ihrem andauernd tobenden Klassenkampf, der naturwüchsig zum Sozialismus hintreibt, ist trotz schwarzroter Syndikalistentünche ein dogmatischer Mythos aus dem vorigen Jahrhundert.

Ökonomische Krise, Arbeitslosigkeit, Unterdrückung und bitterstes Elend muß nicht zwangsläufig zur Revolution führen. Bakunin fluchte über Marx als den Buchhalter der Revolution. Entgegen Marx und Anhang war er davon überzeugt, daß die Gesellschaft nicht erst eine bestimmte ökonomische und politische Entwicklungskette durchlaufen müßte, von Feudalismus über Kapitalismus zum Sozialismus, sondern daß eine befreite Gesellschaft im Prinzip in jeder geschichtlichen Epoche möglich sei. Es gibt keine Rezepte, nur die ständige soziale, gesellschaftliche und politische Emanzipation durch Selbstorganisation.

Seit Jahren sind jene wieder und wieder gescheitert, die sich auf die revolutionäre Suche nach der legendären Arbeiterklasse gemacht haben. Und wie viele brave Kämpfer sind bisher nach Ausbleiben der proletarischen Revolution resigniert ins Private, zu Baghwan oder zu den Grünen abgewandert? Da waren nicht wenige AnarchistInnen dabei.

Der Streik ist daher kein politisches Allheilmittel. Er kann im Kampf sehr wichtig sein. Wie tiefgreifend aber eine gesellschaftliche Veränderung ist, ob sie zur Emanzipation führt, den Alltag, das Zusammenleben von Männern, Frauen und Kindern verändert, hängt wohl kaum von einer gewerkschaftlichen Organisierung ab.

Vorläufige Einschätzung

Die FAU hat zumindest thematisch die Arbeitswelt und die Produktion als zentralen Ansatzpunkt begriffen. Das ist nicht falsch. Die Trennung zwischen Politik und Ökonomie ist ein entscheidender Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft. Denn die bürgerliche Demokratie endet bekanntlich vor den Fabriktoren. Die Gewerkschaften beschränken sich auf ökonomische Kämpfe um Tarifverträge und bleiben politisch abstinent.

Seit einiger Zeit wird in der libertären und autonomen Bewegung verstärkt über Organisierung diskutiert. Die FAU zeigt dabei mit Nachdruck auf ihren Anarchosyndikalismus.

Sozialrevolutionäre Organisierung? Nur ein Schlagwort? Welche Ziele, welche gesellschaftliche Basis hat sie? Ist es der Arbeiter, die Fabrik, die Arbeiterklasse?

Die heutige Offensive von Staat und Kapital zielt auf eine gesamtgesellschaftliche Umstrukturierung. Diese basiert auf Automatisierung der Produktion, der Ökonomisierung des Alltags durch Flexibilisierung, Teilzeitarbeit und einem Arbeitslosenreserveheer, und auf der (sozial)staatlichen Kontrolle und Durchdringung aller Lebensbereiche. Konfliktpotentiale, gesellschaftliche Kämpfe entstehen unvorhersehbar, nicht klassenspezifisch oder auf Grund von Repression. Ohne Zweifel steigen die sozialen und materiellen Kosten der großen Modernisierung, nicht zuletzt auch durch wachsenden Widerstand. Der Angriff von Staat und Kapital ist also umfassend auf alle gesellschaftlichen Bereiche gerichtet, nicht nur auf die Produktion.

Die Frage nach politischer Organisierung sollte deshalb nicht im Sumpf eines Klassenkampfethos stecken bleiben, sondern politische Stärke kann nur aus den aktuellen Kämpfen entwikkelt werden.

Dazu muß die Isoliertheit einzelner Gruppen und Projekte durchbrochen werden. Gemessen an Ihren Außenkontakten ist die FAU geradezu ein Musterbeispiel an Autonomie.

In den letzten Jahren haben sich einige positive Ansätze im ökonomischen Bereich gebildet. Jobberinitiativen, Arbeitslosentreffs, die Siemenskampagne autonomer Atomkraftgegner, Wildcats. Das Thema Arbeit, Knete, Produktion, Kapital ist immer häufiger in libertären, anarchistischen und autonomen Veröffentlichungen zu finden. Der Zwang zur Lohnarbeit quält eben auch AnarchistInnen und Autonome.

Eine militante Organisierung in den Betrieben, warum nicht? Aber eine, die mit beiden Beinen in der heutigen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Realität steht. D. H. auch, gezielt eine Verankerung in der libertären, anarchistischen und autonomen Bewegung anstreben, als Ausgangspunkt, um gemeinsam eingreifen und aktiv werden zu können.

In ganz Europa nehmen wilde Streiks zu, entwickeln sich Kämpfe an den traditionellen Gewerkschaften und den Staatsbürokratien vorbei, mit autonomen, dezentralen und selbstorganisierten Kampfformen. Darin steckt mehr politische Sprengkraft als manche Verwalter der Revolution sich erträumen.

Die Frage der politischen Organisierung ist zu wichtig als daß sie in Traditionsvereinigungen verkommen darf. Das Heer der Unzufriedenen darf aber getrost an der bundesdeutschen FAU vorbeigehen. Denn in der jetzigen Verfassung und auf der geltenden politischen Grundlage des Anarchosyndikalismus gibt es dort weder kurzfristige Hilfe im alltäglichen Existenzkampf noch eine erkennbare weiterführende Perspektive.

CO — Spiegelbruch
JOTA — OMEGA
Smea Gol



DER TÄGLICHE KLEINKRIEG

Von einigen Leuten des FAU-Treffens im LZ FFM

Ausgelöst durch den letzten Pfingstkongreß der Freien Arbeiter Union sah sich ein Redaktionsmitglied der AKTION veranlaßt, sich ausgiebig über die FAU auszukotzen.
An sich keine falsche Sache, doch seltsamer Weise führte dies zur Diskussion von Karteileichen der Frankfurter FAU-Gruppe, die gleichzeitig Redaktionsmitglieder der AKTION sind, sich .aber den notwendigen Diskussionen auf den FAU-Treffen, nicht stellen, d.h. garnicht anwesend sind.
Seit Monaten treffen sich Donnerstags zwischen 10 und 15 Interessierte, die genau die Problematik unter die Lupe nehmen, die normalerweise vordringliches Interesse der FAU-Mitglieder sein müßte.
Während wir versuchen eine konstruktive Auseinandersetzung darüber zu führen, was die FAU ist und was sie sein könnte, müssen wir feststellen, daß uns einige Leute offensichtlich als Museumsstücke betrachten.
Dadurch, daß in der Redaktion der AKTION auch einige Menschen sind, die in der FAU sind und bleiben wollen, sich auch regelmäßig zu den entsprechenden Treffen einfinden, war es möglich den Artikel "Zehnjähriges Jubiläum der schwarzroten Fahne (Zehn Jahre F.A.U.)" vor dem Abdruck in die Hand zu bekommen. Bei den Leuten, die seit längerer Zeit genau auch über Strategien und Perspektiven des Anarcho-Syndikalismus diskutieren führte die Aufmachung und der Inhalt (?) des o.g. Artikels zu kopfschüttelnder Verwunderung. Die Kommentare reichten von "Wer ist denn derjenige, der da schreibt ?" über "Null Niveau" bis hin zu "Die haben ja keine Ahnung an was hier gearbeitet wird - die sind ja zum Teil seit 'ner Ewigkeit nicht da !".

Die FAU, ein verknöcherter Haufen ohne Wirklichkeitsbezug ? Der diesjährige Pfingstkongreß war auch aus unserer Sicht nicht gerade überwältigend, doch auf keinen Fall hoffnungs- oder perspektivlos. Innerhalb der FAU, und das ließ sich auf dem Kongreß deutlich erkennen, ist eine Entwicklung in Gang gekommen sich nicht nur mit reiner Betriebsarbeit zu beschäftigen, die weit über einen Ersatz-DGB hinausgeht, sondern das gesamte gesellschaftliche Netz zu erfassen. Quer durch alle Gruppen zieht sich das Bemühen die ökonomische Situation nicht länger getrennt von den sozialen Kämpfen zu behandeln. Die Wichtigkeit der gesamtheitlichen Betrachtung und Organisation wurde von verschiedenen FAU-Gruppen schon auf den "Libertären Tagen", Ostern '87 in Frankfurt, betont. Dies führte auch auf dem FAU-Kongreß, Pfingsten '87 in Köln, zur Bildung einer stark besuchten Arbeitsgruppe "Strategien und Perspektiven der F.A.U.". Natürlich ist EIN Treffen nicht des Rätsels Lösung, die Diskussionen laufen in und zwischen den Gruppen weiter und werden sich auf die weitere Darstellung und Arbeit der FAU auswirken.

Fast alle Gruppen sind unzufrieden mit den bisherigen Arbeitsgrundlagen, Publikationen und Strukturen. Kaum eine/r, der/die sich getrennt begreifen will, als einerseits Betriebskämpfer/in, andererseits Feierabend-Revoluzzer/in - gefragt ist die

Verbindung aller Bereiche, durchgängige und verknüpfte sozialrevolutionäre Arbeit !

Im Vordergrund der aktuellen Diskussion stehen Analyse der gegenwärtigen Lebenssituation, wie Veränderungen durchsetzbar sind, welche Perspektiven angestrebt werden und wie der bestehenden unorganisierten Selbstghettoisierung und jammernden Beweihräucherung Einhalt zu gebieten ist. Wenn die Frage nach sichtbaren Erfolgen gestellt wird, wenn die FAU als antiquiert und fossilienhaft angesehen wird, sollte ein wesentlicher Punkt nicht unberücksichtigt bleiben : Strukturen, egal welcher Art, ob in Gesellschaften oder Gruppen werden von MENSCHEN geprägt - sie fallen nicht, wie Manna im Alten Testament, vom Himmel ! Hier, spätestens, sollte sich jede/s FAU-Mit/ohne/glied vor den hauseigenen Spiegel stellen und schauen ob ein passendes Etikett auf der Nase klebt. Zu oft wird von Zuschauern, die sich besserwisserisch in der eigenen Passivität suhlen, Kritik an denen geübt, denen es an aktiver Hilfe mangelt. Dieses, für die gesamte Szene, nicht untypische Verhalten sollte gerade durch eine schlagkräftige Organisation verhindert werden. Die Wichtigkeit, die eigenen Strukturen zu reflektieren und nötigenfalls zu verändern, drängt sich auf.

In logischer Konsequenz stellt sich die Frage, was Anarcho-Syndikalismus heute für uns bedeutet, bedeuten kann, was uns die Geschichte darüber zeigt und wie wir, von uns bestimmte, Geschichte machen können.

Das Wort "Syndikalismus" hatte immer schon einen größeren Inhalt, als nur "gewerkschaftlich", selbst der Duden bezeichnet Syndikalismus als "zusammenfassende Bezeichnung für sozialrevolutionäre Bestrebungen mit dem Ziel der Übernahme der Produktionsmittel durch autonome Gewerkschaften".

Der Anarcho-Syndikalismus entwickelte sich zum einen aus der anarchistischen Bewegung, die sich durch die Propaganda der Tat von ihrer gesellschaftlichen Basis isoliert hatte und zum anderen aus der Unzufriedenheit von Teilen der Arbeiterbewegung mit der Politik selbsternannter "Arbeiterparteien" und ihres reformistischen Gewerkschaftsanhangs. Die Organisationsform von Syndikaten hatte mehrere Gründe. Einmal um den Kampf ums tägliche Brot zu erleichtern, dh. Verbesserungen der jetzigen Lebensbedingungen zu erkämpfen und andererseits eine Organisationsform zu haben, die die Möglichkeit bietet, nach einer Revolution, die Organisation des gesellschaftlichen Lebens ohne Staat oder neue Formen der Macht und Herrschaft zu gewährleisten.

Wer immer dies als traditionalistisch begreifen will, beschneidet sich selbst eines wichtigen Teils seiner Kampfmöglichkeiten.

SCHLUSS MIT ZAHMEN STREIKS UND WILDEN ENTLASSUNGEN



DIREKTE AKTION & SABOTAGE

Unser Kampf um Veränderung hier, setzt als allererstes die Aufhebung der Vereinzelung der Menschen in ihren Arbeits- und Lebensbereichen voraus. Dazu ist ein Erfahrungs- und Informationsaustausch nötig, der über das gemeinsame Demolatschen weit hinaus geht, denn der Zustand ist doch der, daß am Wochenende kollektiv am Bauzaun gesägt wird und dann am Montag jede/r wieder alleine dasteht. Dazu kommt, daß die anarchistische Szene, so verbalradikal sie sich gebärdet, für eine Veränderung relativ unwichtig sein wird, wenn sie es nicht schafft, die Ideen und Handlungskonzepte einem breiten Teil der Bevölkerung zu vermitteln. Vermitteln in dem Sinn, daß wirkliche Probleme und Ängste der Menschen angesprochen werden und für das jetzt und hier Perspektiven aufgezeigt werden. Arbeit in Betrieben, Schulen, Hochschulen, Stadtteilen, in der Arbeitslosenszene etc. ist gleichberechtigt wichtig und sollte unsere gesellschaftliche Realität sein.

Das die Probleme des materiellen Überlebens in dieser Gesellschaft ein Problem aller sind, werden nur Narren bestreiten. Das sich der gesammte ökonomische Sektor in der Hand des Kapitals befindet ebenso. Wer dann von einem antiquierten ANTIKAPITALISMUS der FAU daherfaselt muß sich schon fragen lassen aus welchem Brunnen er die Welt zu sehen versucht.

"Und ich bin kein Frosch im Brunnen, der nur ein Stück vom Himmel sieht und denkt er hätt' die Welt gesehen - das geht mir auf's Gemüt !"

Wie hätten wir's denn gern ? Nach wie vor sehen wir keine Möglichkeit eines Weges "Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution" ohne den Versuch, alle, egal wo sie leben, arbeiten, lernen, anzusprechen versuchen und einzubeziehen. Niemand soll außen vor bleiben und alleine in seinem Kämmerlein versumpfen. Wir wollen ein breiteres Interesse untereinander, an den jeweiligen subjektiven Bedingungen die den Einzelnen ganz persönlich betreffen, und unseren Teil von Organisierung und Organisation vorantreiben, ohne gleich zu behaupten es gäbe nur eine Möglichkeit. Nur, wenn wir, wie soviele, uns im Meckern verstricken, dann gibt es keine Ansätze, keine Perspektiven, die wir den "normalen" Menschen zeigen, geschweige denn vorleben können und miteinander ist dann mal garnichts drin. Andere Organisations- und Organisierungsversuche sind denkbar und sinnvoll, jede/r möge seinen/ihren Möglich- und Fähigkeiten entsprechend versuchen damit klarzukommen. Unseren eigenen Versuch, welcher immerhin für uns so wichtig ist, daß wir bereit und willens sind, mit einiger Freude, daran zu arbeiten, möge dann bitte nicht von außen zerredet werden ! Es ist nicht notwendig, bei allem was Anarchisten, Anarchosyndikalisten, Autonome etc. betrifft, eine einheitliche gleichmacherische Linie zu vertreten: in der Vielfalt aktivem Handelns liegt die Stärke, welche allerdings nichtig wird, wenn nicht versucht wird eine gegenseitig befruchtende Zusammenarbeit an allen Punkten, welche uns gemeinsam betreffen zu versuchen. Konsequenterweise ergeben sich da Fragen von Informationsaustausch und Vertrauen zueinander, warum herunterziehende Kritik immer da ist, konstruktive dagegen fast nie. Wenn unser Weg der anarchosyndikalistische ist, dann ist das unsere Sache - die oft zitierte CNT in der spanischen Revolution, einerseits hervorgelobt, andererseits als alter Hut bezeichnet, war nicht allein durch Generalstreiks und Massenkundgebungen erfolgreich, sondern durch mühsame, kräftezehrende Kleinarbeit von Betrieb bis zur Nachbarschaft - vielleicht brauchen wir das. Wir freuen uns jedenfalls über jede/n, der/die mitmacht und hilft voneinander und miteinander zu lernen und zu kämpfen!

FLI

Gute Adresse:

Forum für libertäre Informationen vom 17. - 21. Juni auf der Burg Waldeck

Dieser Ort freier Kulturarbeit, mittlerweile mindestens europabekannt, war nun schon zum dritten Mal Begegnungsstätte der AnarchistInnen aus dem Umkreis des "Schwarzen Faden".

Trotz des durch die emotionale und atmosphärische Wetterlage bedingten schleppenden Anfangs der Arbeitsgruppen, standen dann schließlich elf verschiedene AGs zur Auswahl:

Anti-Pädagogik, Anti-Psychiatrie, Gentechnologie & Frauen, Kulturkritik, Ökologie & Arbeit, Konservatismus, Internationalismus, Sozialtechnologie, Frau & Anarchie, Spaßguerilla, anarchistische Wochenzeitschrift, libertäre Tage.

Dies wurde dann im Verlauf des Treffens noch erweitert um die Gruppen "Kommune & Revolution" und "Männer & Patriarchat".

Gut vorbereitet waren die Diskussion zum Konservatismus und Internationalismus, die schließlich auch weiterführende Ergebnisse zeitigten. Die Problematik der Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen wurde sehr differenziert betrachtet und fordert von uns eine weitaus schärfere Analyse vor der Unterstützung hier.

Einige Ergebnisse von Diskussionen innerhalb der Linken zum Konservatismus wurden kritisch hinterfragt. So wurde z. B. in Frage gestellt, ob die von einigen Theoretikern vollzogene Honmogenisierung von neokonservativen und neoliberalen Inhalten einer anarchistischen Analyse genügt oder ob es nicht viel mehr gerade Aufgabe anarchistischer Theorie sein muß, die Unterschiede immer bewußt zu halten und bei Überschneidungen auch dies so zu benennen.

Die "Dauerbrennerin" Sozialtechnologie sollte plenar abgehandelt werden und Martin aus Wien hielt den teilweise gestreßten Lauschern einen inaltsschwangeren zweistündigen Vortrag, dem sich eine Diskussion anschloß, die zeigte, daß eine bessere Vorbereitung für dieses komplexe Thema unumgänglich ist.

Eine intensiv arbeitende (hönkel sah es an den hochroten Köpfen) Gruppe befaßte sich mit einer Kulturkritik, die in Verbindung mit dem Weitertreiben des Themas Sozialtechnologie schließlich eine dringend notwendige Wissenschaftskritik entbinden konnte. So wird es sich ergeben, daß während des Herbsttreffens in Bad Sachsa angegangen werden kann, was längst überfällig scheint.

Zu den Libertären Tagen kam es im wesentlichen nur zu einer Berichterstattung und zu einzelnen subjektiven Einschätzungen. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß das Frankfurter Ereignis fast durchweg positiv beurteilt wurde. Insbesondere, daß die unterschiedlichsten autonomen und anarchistischen Strömungen überhaupt miteinander reden unsd zum Teil auch die eigenen Positionen kritisch zu überdenken bereit waren. Bleibt zu hoffen, daß der begonnene Dialog weitergeführt wird.

Die während der Libertären Tage diskutierte anarchistische Wochenschrift konnte während des FLI-Treffens nicht kontrovers diskutiert werden, da es fast die einhellige Meinung gab, daß ein solches Medium verfrüht auf den Markt kommen würde und vor allem wirtschaftlich kaum realisierbar sein dürfte. Voraussetzung sei auch, daß die bestehenden libertären Redaktionen ein paar Schritte aufeinander zu machen.

Zu den AGs Frau & Anarchie sowie Männer & Patriarchat kann ich leider nichts ausführen, da ich an der ersten nicht teilnehmen durfte, und an der zweiten nicht teilnehmen konnte. Das Ergebnis der "Männer" war offensichtlich so beeindruckend, daß sie beim Abschlußplenum die Worte nicht fanden, auszudrücken, was ihnen widerfuhr.

Das Hönkel die Spaßguerilla nicht zu einer AG determinieren kann, wurde schnell klar. Der Spaß verteilte sich dann auch wohltuend über die ganzen Tage, mal mehr, mal weniger.

Fast gegen Ende erinnerten sich die Teilnehmer, daß Zeit ein kostbar Gut sei und im Endspurt wurde nonstop geschafft.

Am Abend erweiterte die AG Anti-Pädagogik ihren Horizont durch Einbeziehung der Anti-Psychiatrie, und für das Treffen in Bad Sachsa im Herbst wird es ein vorbereitetes Papier geben.

Fazit: Das Essen war gut, die Sonne hat gefehlt.

Für nähere Informationen wendet euch an die FLI Rundbriefstelle:

Rumeplstielz 2000,
Birkenfelder Straße 13,
5552 Morbach,
tel 06533/5354



WALDECK

LIBERTÄRES FORUM KREFELD

Seit etwa zwei Monaten gibt es in Krefeld das Libertäre Forum.
Das LiFo ist eine (immer größer werdende) Gruppe von AnarchistInnen, Anarcho-SyndikalistInnen, Autonomen, Undogmatischen und Staatsverdrossenen, die sich zur Zeit wöchentlich trifft.
Erste Fortschritte zeigen sich nun im Bereich Antifaschismus und im Bereich Ökonomie (Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung, Betriebsarbeit, Jobber).
In diesem Zusammenhang hat sic vor kurzem eine Ortsgruppe der FAU/IAA gegründet.
Die erste Veranstaltung von LiFo und FAU zum Golfkrieg und der Beteiligung des internationalen Kapitals war gut besucht und erfreute sich positiver Resonanz.
Kontakt:
Postlagerkarte Nr. 054792 C
4150 Krefeld

FREIBURG

Zur Erinnerung: Am 6./7.7.87 wurden friedliche Bürgers durch die Pfingstrandale in Freiburg aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt. Am 11.6. wurde dann die Willi 36 geräumt. In der Nacht zum 18.6. wurde ein Brandanschlag auf einen städtischen Bauhof verübt. Am 20.6. räumten die Bullen schließlich das letzte besetzte Haus in Freiburg. Auch die "Wagenburg" sollte auf Beschluß des Gemeinderates "entfernt" werden. In der Nacht zum 28.6. zeigten viele Menschen der Stadt, den Bullen und allen übrigen, die's wissen sollten, daß sie nichts davon halten. Hier nun ein Kurzbericht von den Freiburgern selbst:
In aller Hektik und Kürze das Wichtigste zu Schloßberg und den aktuellen Ereignissen. Die wichtigsten Sachen stehen auf den Flugblättern, zu Geschichte, Inhalten und der Räumung. Die Stadt hat jetzt offenbar vor (siehe Badische Zeitung - Artikel), den Widerstand in Freiburg mit Stumpf und Stiel auszumerzen; exponiertester Ausdruck davon waren die Häuser. Nachdem bei der Räumung kein Material gefunden wurde, um ein Konstrukt zu ermöglichen, hat jetzt die Landespolizeidirektion zusammen mit dem LKA eine Sonderkommission zur Ermittlung der "Hintermänner" (org. BZ) gebildet. Wer damit gemeint ist, liegt wohl auf der Hand. Außerdem wurde eine Belohnung von 25000 DM zur Aufklärung des Brandanschlages ausgesetzt. OB Böhme hat nun auch endlich den bürgerschaftlichen Konsens beschwört und die Bürgerschaft zur aktiven Mitarbeit bei der Aufklärung aufgefordert. Die Bullen schicken Flugblätter an Tankstellen, Anwohner, u.s.w., mit der Aufforderung zur Mitarbeit und Denunziation.
Ansonsten scheinen Stadt und Bullen von den Ereignissen überrascht zu sein und so langsam die Kontrolle zu verlieren. Am Samstag, 27.6., fand die größte Demo seit Jahren zu der Häuserproblematik in Freiburg mit ca. 2000 Menschen statt. Die von der Stadt nach Pfingsten panisch eingeforderte Distanzierung von mehr oder weniger allen Gruppen links von der SPD hat bei weitem nicht die erwartete Resonanz gehabt (obwohl die meisten Gruppen "Schwierigkeiten" mit der Pfingstrandale hatten). Am Samstag abend explodierte dann die Situation vor der Willi 36. Nachdem schon die ganze Woche über mehrere hundert Leute mit Volxküchen, Fußballspielen, Videos u.ä. die hiesigen Bullen beschäftigt hatten und ihre Solidarität mit dem eingemauerten letzten Mieter in der Willi 36 bekundeten, platzte etlichen Menschen der wegen der ständigen Bullenbelagerung überreizte Kragen. Bei der mehrstündigen Straßenschlacht wurden dutzende Menschen verletzt, 9 wurden festgenommen, 6 dem Haftrichter vorgeführt, 3 bleiben in Haft. Außerdem gab es noch 16 verletzte Bullen.

Die Stadt reagiert so langsam immer konfuser auf die Ereignisse, vor allem, nachdem die Unruhen auch nach dem harten Durchgreifen und den Räumungen nicht aufhören. OB Böhme scheint immer stärkeren Druck von Seiten des Innenministeriums in Stuttgart und von der CDU zu bekommen. Diese sieht sich nun mit der vor einem Jahr betriebenen Chaotenhetze ihres hiesigen Regierungspräsidenten als Nothelfer bestätigt und fordert in der Zwischenzeit das Verbot für die Nutzung der Gießereihalle, dem letzten verbliebenen großen Veranstaltungsort in Freiburg. Ein "Aus" für die Nutzung der Gießereihalle durch die alternative Szene käme faktisch einer Kriegserklärung an die ganzen Projekte (Grehter Baukooperative und -fabrik, auf deren Gelände sich die Halle befindet, Kommunales Kino, etc.) gleich. Auf jeden Fall scheint Böhmes Kopf zu wackeln und eine Strategie zur Befriedung des Protestes und des Widerstandes gegen die städtische Politik nicht in Sicht.
Zum Schloßberg:
Vor ungefähr einem Jahr setzten die Frauen eine Trennung des Hauses in ein Männerhaus Schloßbergring 11 und in ein Frauenhaus Schloßbergring 9 durch. Die beiden Häuser entwickelten sich inhaltlich in verschiedene Richtungen und waren nach einigen Monaten faktisch zwei völlig unabhängig voneinander existierende Häuser. Wegen der Eile haben wir niemand bei den Frauen gefunden, die was zum Haus und zu den aktuellen Ereignissen schreiben wollte. Dazu soll dann was in der nächsten AKTION erscheinen.
Mit feurigen Grüßen, in der Hoffnung auf einen langen und heißen Sommer!

B. Freit

4. Demonstrationen

Der Anteil der nicht angemeldeten öffentlichen Versammlungen und Aufzüge nimmt stetig zu (1985: 70 %).

Nach den vorliegenden Erfahrungen nehmen sie in der Regel einen unfriedlichen Verlauf; häufig sind Ausschreitungen im voraus geplant. Es ist dringend erforderlich, den Vorschriften des Versammlungsgesetzes wieder Geltung zu verschaffen.

Verhalten von und gegenüber Punks

OB Dr. B ö h m e hält es für wichtig, daß aufgepaßt werde, daß die Punks im Stadtgebiet keine Belästigung darstellen. Deswegen müsse auch die Polizei gebeten werden, auf dem Stühlinger Kirchplatz und an anderen Stellen mehr zu kontrollieren.
Prof. Dr. Mehl bittet darum, daß nicht die Legende verbreitet werde, als zöge das Sozialamt durch eine Oberfürsorge Punks nach Freiburg.

Unterschriften:

(Dr. Böhme)
Oberbürgermeister

(Born)

WOHNUNGSPOLITIK IN DARMSTADT

Rezension der Broschüre "Wohnungspolitik auf staatliche Wohnungsversorgung und Selbsthilfeprojekte" der Initiative zur Lösung der Wohnungsprobleme, Mümlingweg 15, Darmstadt-Eberstadt

In ihrem ersten Teil stellt die Broschüre der kommunalen Wohnungsversorgung durch den Darmstädter Bauverein für Arbeiterwohnungen die Siedlerbewegung der 20iger Jahre gegenüber. Diese wurde in Darmstadt vor allem durch die damals selbstverwaltete Eisenbahnerbaugenossenschaft repräsentiert.
Der zweite Teil setzt in der Nachkriegszeit an, beschreibt den Verfall der alten Darmstädter Wohngebiete, auf den der Staat mit den Städtbauförderungsgesetzen reagiert, die zur Wiederbelebung der Viertel dienen sollen. Ein Kritikversuch an dieser Politik beschreibt, wie durch Maßnahmen wie Blockentkernung, Staßenumbau und Häusermodernisierung die Mieten in den Viertel in die Höhe schnellen, sodaß .sozialschwache MieterInnen aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden!
Der Schwerpunkt der Schrift liegt auf der Beschreibung der Selbsthilfeprojekte, die sich in den letzten drei Jahren als Reaktion auf die städtische Politik entwickelt haben und durch die teilweise Häuserabriß und Umwandlung in Eigentumswohnungen mit nachfolgender Mieterhöhung verhindert werden konnten. Dabei spielen auch die Hausbesetzungen eine Rolle.
Die Initiative zur Lösung der Wohnungsprobleme möchte mit dieser Veröffentlichung auf die Wohnungsnot in Darmstadt aufmerksam machen!
Die Broschüre ist über den Büchner-Buchladen, Lauteschlägerstr. 18, 6100 Darmstadt oder bei der Initiative (Adresse siehe oben) zum Selbstkostenpreis von 8.- DM zu beziehen.

KOMMENTAR
BERLIN OST - BERLIN WEST

Mal wieder!
Die Rock-Popmusik fand einschlägigen Eingang zu den Sinnen Jugendlicher. An sich genau so bemerkenswert wie Helmut Ks. Abmagerungskur fand sich dies Ereignis trotzdem in der internationalen Presse, insbesondere in der BRD. Friedrich Z. als erotisch rebellischer Rockfan? Weit gefehlt!

Es wurde scharf angegriffen, daß Rockfans ihre Musik nicht hören dürfen. Mensch höre, lese und staune! Es handelte sich nicht um einen Akt der Selbstverständlichkeit, sondern um ein westdeutsches Spektakel, das Mensch von Ost-Berliner Seite aus hören konnte. Die Rockfans aber bekamen sozialistische Glasnost zu spüren und riefen "Freiheit"! Schade! Die Tat folgte nicht.

Worauf Bonner Kreise riefen, dies sei "von ungeheuerlicher, moralischer und sittlicher Barbarei", daß knüppelnde Bullen auf friedliche Demonstranten losgelassen werden. Na sowas!

In West-Berlin wurden gleichzeitig Horden von Bullen freigelassen, frei zur Knüppelorgie und um die Gefangennahme von SO 36 zum Rapport zu bringen. Modell "Warschauer Getto". Die Herren Regierenden leisteten da natürlich Beifall. Schließlich war das ja ein Kampf gegen böse staatsfeindliche Subjekte.

Die "ostdeutsche Demokratie" und deren westdeutsche Antipode vollzogen vor unserer Haustüre ein und das selbe. Eine plastische Richtigstellung dessen, was sie von ihren eigenen Gesetzen halten, nämlich nichts.

Macht macht kaputt und korrumpiert alle. Außerdem scheint jegliche Sensibilität zu verkommen. Diese Moralzwerge und dieser Geistespöbel aus Bonn will dann weismachen, daß Knüppelorgien bei uns nur dem Guten dienen und Knüppelorgien im Osten typisch sind, da es schließlich im Reich des Bösen geschehe.

Es ist schwer vorstellbar, daß die Ost-Berliner unsere Freiheit meinten, wie Zimmerzwerg und CO glauben machen wollen. Die wird schließlich in der DDR genau so gut praktiziert. Natürlich protestieren auch die USA. Ihre Journalisten seien verprügelt worden, heißt es sinngemäß in einer diplomatischen Note an die DDR. Fragt sich nur, warum die Yankees nicht protestierten, als z. B. an der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens ein US-Journalist von Bullen zusammengeknüppelt worden war.

Die Antwort ist klar. Geld und Dummheit kennen keine Grenzen. Macht nichts, wenn einmal einer über den Jordan gehen sollte. Das östliche und das westliche Syndikat zur Erhaltung des IQs unter Hundert kennen kein Schamgefühl, um ihre perfidesten Ausgeburten ihrer Perversität mit wohlklingenden Worten zu kleiden. Süße kleine Atomkraftwerke neben bunten adretten Raketensilos und vieles andere mehr. Alles zum Wohle des freien Menschen. Jawohl!

Und wer es nicht glaubt, kriegt Prügel. Denn Freiheit muß wehrhaft sein!

Hegesias



Hitliste von SED-Losungen:

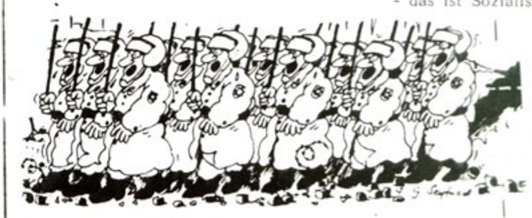
Frieden ist nicht Sein, sondern Tun!

Was der Parteitag beschloß, wird sein verbunden mit dem Lande Lenins auf immer!

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist!

Mit der UdSSR in Bruderhand - alles für Sozialismus und Frieden!

Erfülltes Leben, glückliche Zukunft - das ist Sozialismus!



HÄUSERRÄUMUNG IN KIEL

Am 3.7.87 wurden die von uns besetzten Häuser am Lehmberg durch ein Großaufgebot bürgerkriegsmäßig ausgerüsteter Polizei gestürmt. Um 4 Uhr morgens drangen ca. 70 SEK-Bullen mit Hilfe von Sturmleitern durch Fenster ein. Unterstützt wurden sie von ca. 200 Bereitschaftsbullen aus Eutin und Kiel, die schon vorher weiträumig abgesperrt hatten.
Dokumentationstrupps machten neben Fotos auch Videoaufnahmen von allen Räumen. Es kam zu massiven Schikanen, wie stundenlanges Isolieren von der Gruppe, zwangsweises komplettes Ausziehen unter dem Vorwand der Durchsuchung; einige bekamen keine Möglichkeit ihre persönliche Habe mitzunehmen. Die Schikanen setzten sich im Knast fort (ED, Vernehmung ohne Anwalt, kaum Essen und Trinken während der 13-stündigen Inhaftierung).
14 BesetzerInnen wurden nach §180 Landespolizeirecht wegen "Gefahr in Verzug" von 6 Uhr bis 20 Uhr festgehalten, damit sie nicht an der 17 Uhr Demo teilnehmen konnten.
Direkt nach der Räumung begannen die Abrißarbeiten, obwohl noch ein legales Mietverhältnis bestand. Entgegen der einstweiligen Verfügung des Amtsgerichts, den Abriß zu stoppen, wurden vielen nicht erlaubt, ihre Besitztümer zu retten. Ebenfalls nicht gerettet wurde Wobbel, die kleine schwarze Katze, die sich auf den Speicher geflüchtet hatte und jetzt unter den Trümmern begraben liegt.
Wie üblich wurden die Tatsachen von den gesamten Presse (von BILD bis taz) verdreht oder verschwiegen - bei dem sensationellen Sprengstofffund z.B. handelte es sich um Haarfärbemittel!
Räumung, Knast, Abriß und Pressehetze wurden minutiös geplant und durchgeführt, um die Lehmberg-BesetzerInnen und damit den gesamten Häuserkampf wieder mal zu kriminalisieren und einzuschüchtern.
Bei der Demo, die am Abend stattfand, wurde das massivste Bullenaufgebot seit Jahren in Kiel aufgefahren. Ca. 150 Leute wurden in einem Kessel durch die Stadt geführt. Von Anfang an kam es von Seiten der Bullen zu Provokationen und Übergriffen. Während der "Spalier"-Demo wurden Leute Herausgegriffen und zusammengeknüppelt. Wegen der nicht mehr kontrollierbaren Lage wurde die Demo vorzeitig aufgelöst.

B. Setzer

AUS DEN GEHEIMEN TAGEBUCHAUFZEICHNUNGEN EINES PERSÖNLICHEN BOYKOTTBERATERS

Anm: Ein unvorhersehbarer Glücksfall spielte uns die folgenden Tagebuchaufzeichnungen in die Hände. Es sind dies die Aufzeichnungen des hochgeschätzten Volkszählungsboykottbewegungsberaters Alois Mieselprim, die uns einen wertvollen Einblick schenken, in den jämmerlichen Alltagssumpf einer Volkszählungsboykottversicherungpapierentsorgungsundmenschleintraudichinitiative und natürlich, damit untrennbar verbunden, in die zerrissene Tiefenpsyche eines leidgeschüttelten Boykottberaters.

Natürlich enthalten die uns von anonymer Seite zugespielten Aufzeichnungen auch ganz enorm bewegungsfähige Inhalte und selbst Leuten, die permanent "ihre Kritik daran haben", wird bei aufmerksamen Durchlesen zwischen den Zeilen etwas ins Auge piksen. Dafür, daß diese Aufzeichnungen so abrupt enden, können wir nichts, wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfuhren, hat sich Alois Mieselprim mitsamt seinen Flugblättern nach Portugal abgesetzt um dort am Strand die Szeneurlauber/Innen zu beraten.

10.5.87
Ahhh, endlich ist es so weit.
wie allerorten in diesen Tagen und in diesem Land, haben auch wir uns in einem Nebentrakt der Widerstand GmbH zwei schnucklige Beratungsbüros eingerichtet, mit allem was so dazugehört, also mit vielen bunten Flugblättern (zu denen ich, wie ich bemerke, eine libidinöse Beziehung zu bekommen scheine), einer Boykottbewegungssabotageberatungsstellwand für den seriösen Hintergrund und...
zwischen aller Farbigkeit
sitze ich
Alois Mieselprim

und lächle ghettosprengend.

13.5.87 (Vollmond in town)
Heute kam erstmals das Kapital in die Beratungsstunde geplatzt.
Unauffällig bekleidet, mit grauen Stoffhosen, khakifarbenen Lederschuhen und einer azurrnen Tweedjacke, bremste das Kapital vor dem Laden, entstieg einem dunkelblauen BMW der 630er Reihe (ist nur Mittelstandskapital) und kam denn tatsächlich total unbeirrt (trotz des zahlreich im Raume umherlungernden Metropolenproletariats) an den Beratungstisch. Fast war es verschwunden, mein Ghettosprenger im Gesicht. Die ungefähr 80 Kilogramm Kapital legten uns ihren sachbeschädigten Arbeitsstättenbogen vor, fragten nach den rechtlichen Konsequenzen, die ich, zwischenzeitlich auswendig gelernt, ohne größere Probleme herunterbeten konnte, und bevor denn die Klassen im unversöhnlichen Kampfe so richtig herzhaft aufeinanderprallen konnten, war das Kapital wieder nach draußen verschwunden....

14.5.87
Die ersten Zähler und Zählerinnen gehen um, sie werden bespuckt, getreten, geschlagen, gejagt, verlacht, gepufft, angefurzt, bepinkelt, bedroht, verdreht, auf den Kopf gestellt, bequatscht und schließlich ausgetauscht. Ganze Häuserblöcke vernageln die Fensterläden. In ganzen Stadtteilen (wie erwiesenermaßen in Kreuzberg)- steht das Volk mit revolutionsfeuchten Augen und Nudelhölzern verschiedenster Ausstattung in den finsteren Hinterhöfen und wartet auf verirrte Zähler/Innen/Lein. Auch wir überlegen uns, ob wir nicht einpaar von denen im Keller einfrieren bzw. an die Erhebungsstelle zurückschicken sollen, entschließen uns aber denn doch eine Grillfeier zu veranstalten (Leck, die Vorbereitungen laufen schon)

18.5.87
Die Vobo-Bewegung bin ich, sagte der Frankfurter Datenguru auf dem Spotzelplenum im Cafe Südstern, dem "Rendezvous triste" der Frankfurter Inis......zwar nicht ganz so direkt,...-.aber alle hams durchaus kapiert, daß jede Bewegung ihren Führer braucht, und seinen Führerassistenten, die festlegen wohin die Demos laufen sollen und wo die Bögen hinkommen und und und....und natürlich,....fast hätt ichs vergessen, den zahlreichen in den Inis auftauchenden grünen "Schaumalnachderbasisbeauftragten", auf den denn alles schaut.(Weil ihnen die Kohle aus den Hosentaschen guckt.-).Die Datengurus setzten sich durch, durch und durch, die Demo ging denn an der Erhebungsstelle um Kilometer vorbei, irrsinnig volksnahe, mitten in der Fußgängerzone, da wo samstag die Bewußtheit der Bürgerwelt sich austobt.

Puuuh
Aber gewichtige Männer haben gewichtige Worte, nicht wahr?

Du fragst mich,
was soll ich tun?
Und ich sage:
Lebe wild und gefährlich.

21.5.
Heute haben wir unerschütterlich an den Säulen des großimperialistischen Systems geknabbert und dem Kampf in der Metropole zu einer neuen Qualität verholfen. Im Frontabschnitt Gutleutviertel haben wir dem militärischen Sektor einen deftigen, teilweise sogar proletarischen Schlag versetzt. Und nun ist natürlich alles erschüttert....wir haben nämlich die 3. US-Panzerdivision in die Flucht geschlagen......nun ja......-vorerst...als Übung gewissermaßen.....-mal nur deren Musikkapelle, die einen Umzug durchs Wohnviertel veranstalten wollte. Da wir annahmen, daß "die" auch gegen die Volkszählung sind (was schließlich in der Zeitung stand) stellten wir uns mit einem Transparent "Musiker gegen Volkszählung" an deren Spitze.

Allerdings haben wir nicht berücksichtigt, daß "sie" für solche Formen subtilen Protests nichts übrig haben. Sie packten ihre Ersatzphallusse wieder ein, und dem Viertel blieb das deutsch--amerikanisch-freundschaftliche Yankee - Getrete erspart.

20.5.87 (Halbmond abnehmend)
Alle zehn Sekunden fällt in Deutschland eine Registriernummer aus einem Zählungsbogen. Verständlich, das unkommode Gequäcke der unartigen Buben Kohl und Zimmermann, die so gern mit Registriernummern spielen würden und wegen der ganzen Terroristen im Land (Ungefähr drei Millionen) nun erst mal den Haufen Nummernmüll wegräumen müssen.

23.5.87
Der erste Zähler in unserer Straße!!!
Wir hatten uns schon längst mit Totschlägern, Handgranaten, Keulen und Lassos ausgerüstet und uns auf der ganzen Straße auf die Lauer gelegt, von den zahllosen hinter Mülltonnen deponierten Sprengstoffen und Mollis ganz zu schweigen.
Und denn kam er, bleich, unruhig, die Nüstern im Wind, um sich schauend, dieses lächerliche Pappköfferchen in Händen.

Die Genossen und Genossinnen im Keller (Also die von der FAU) schmissen schon mal den Grill an, wetzten die Messer und Äxte, deckten den Tisch und stellten ein Bierfaß auf, um darin Blutwurst ansetzen zu können, alldieweil Spähtrupp I (unsere kecken Jungs aus Wiesbaden) seine Ankunft im Haus durchtrommelte. Ahhhhh, wie lief uns die Soße im Mund zusammen, die tröppelte schön aus dem

Maul, mir hing schon die Zunge ganz schlaff herunter, so daß ein wackerer Genosse mir den Geifer abtupfen mußte.
"ER" klingelte im ersten Stock. Wir schlichen uns ins Treppenhaus, grunzten zufrieden und sperrten die Haustür zu. Dann klebten wir die Schlagzeile des Tages an die Tür "TERROR GEGEN VOLKSZÄHLER".
Natürlich hätten wir ihm gleich eins über die Rübe geben können, aber so ein Zähler schmeckt besser und läßt sich auch um ein Vielfaches leichter braten, wenn ein dicker Schuß Schock-Adrenalin das Ganze gut durchwürzt.
Also lauerten wir ihm mit Lassos und Käschern hinter der Treppe auf und hörten seinen schweren Schritt, er kam schon zurück, da im Haus natürlich niemand aufgemacht hatte.
"ER" versuchte das Haus zu verlassen-......höhö....dann bemerkte er die Falle und sah die Schlagzeile.

Goil.
"ER" lief nämlich rot an (das durchblutet das Fleisch und macht es so schön saftig). Wir waren schon ganz verrückt vor Lust. Lüstern starrten wir um die Ecke, ach ja, und die meisten Genossen und Genossinnen begannen ausgerechnet jetzt zu hecheln.

Tja---Pech.
dieser Gier wegen bemerkten wir nicht, daß die Tür zum Hinterhof noch offen war, denn dahinaus türmte unsere Beute. Die Genossen undGenossinnen mit den Keulen und Lassos sind zwar gleich hinterher, aber behend hüpfte der Zähler über die Hinterhofmauer. Wir warfen ihm noch zwei Handgranaten hinterher, damit wir wenigstens zu einem dieser köstlichen Ragouts kommen,(für die die Kneipengruppe inzwischen bekannt ist), aber selbst das konnte ihn nicht stoppen.

Schicksal
denn der Tisch war schon gedeckt.
Also holten wir halt einpaar Grillhähnchen

Aber heut ist nicht alle Tage
er kommt ja wieder
keine Frage

26.5.87
Ab heute hängt ein Schild im Schaufenster (für all die Apo-Fossilien , die da, körnergefüttert und birkenstockbehuft) zu uns gelaufen kommen und wissen wollen, wie "wir" das machen:

Besuchen Sie Ihre persönliche Boykottinitiative, solange sie noch steht
......Boykottversicherung gratis
......Rechtsschutz bargeldlos
......Papierentsorgung fingerdick

und das Angebot des Tages:
das freundlichste Lächeln des Ghettos, denn Ihr Wohlbehagen ist uns Verpflichtung
Ihre persönliche Boykottinitiative

28.5.87
Die Boykottbewegung ist nun auch zu nichts anderem geworden, als zu einem Warenhaus. Das einzige was mir bleibt, sind meine bunten Flugblätter, dahinein will ich meine Träume malen. Doch eines Tages ists soweit und alle Herzen sind befreit.
(Wie sich sehen läßt bin ich ein elegischer Charakter).

30.5.87
Endlich, endlich, endlich......
Allen Unken zum Trotz....sie ist da
bei uns
will wiederkommen
die Arbeiterklasse
kam heute, in Gestalt zweier Menschen, Bögen hatten sie keine dabei, aber Fragen, wie das ginge, mit dem Boykott, und ob wir eine Fußballmannschaft hätten.

Wir haben sie sogleich über den historischen Materialismus und die Rolle des Metropolenproletariats im Emanzipations- und Befreiungskampf auf der Straße und in der Fabrik aufgeklärt. Natürlich auch über die Formen der Erweiterung des erkennenden Subjekts in Relation zur Selbstbefreiung durch identitätsbezogene Provokationen des sich transformierenden Ichs.

Sie meinten, daß das klar ginge, und daß sie es weitersagen würden.

1.6.87
Wieder Plenum
Stöhn...dann kotz (siehe Bild: Die Voboini kotzt sich aus, nach Besuch des Plenums)
Haupttenor der braven Bürger/Innen, man/frau ist ja nicht gegen Datenerhebung an sich.
Einpaar Daten für die Bürokraten
kann so schlimm nicht sein,
.....sagt mein Mann.

2.6.87
Tag der Intelligenz

Eine Frau ruft an, gepflegtestes Hessisch und macht mich zur Schnecke, sie hätte ihren Bogen längst ausgefüllt und ich hätte doch versprochen, den Bogen abzuholen, was denn das wäre, und Briefumschlag hätte ich auch keinen dagelassen.
Ich sagte ihr, sie solle ihren ausgefüllten Bogen doch liebenswürdigerweise ins Libertäre Zentrum schicken, weil da die Auswertung stattfindet.
Dann kam ein Mensch aus Ghana und wollte wissen, ob er seinen Personalfragebogen nach Ghana geschickt bekommt, da er ja dort wohnt und hier nur mit 2. Wohnsitz gemeldet ist.
Und schließlich ein blassmitteleuropäisches Juristenpärchen im 10. Sem. mit dickem roten Wälzer unterm Arm, wollten die Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung erklärt haben und Ablauf eines Zwangsvollstreckungsverfahrens und Pfändbarkeiten mit Verjährungsfragen, ganz zu schweigen von der Marke bleichbieder, die ins Ghetto geschlichen kommt und "Flexibilisierung der Arbeitswelt" ganz in Ordnung findet.

Wirklich es ist bald nicht mehr auszuhalten.

5.6.
Heute sind wir baden gegangen, gewissermaßen, im Strom der heimströmenden werktätigen Massen. Werden ja alle umstrukturiert und verstehen bestimmt, daß wir Bögen kleben müssen. Schließlich betrifft sie die Volkszählung am meisten.
Das war wohl der Grund für die vielen freudigen "Dreckskerlrufe" oder das verständnisvolle "Lumpenpack" oder das beflügelnde "MAcht euch fort, ihr Chaoten", ja das steigert auch gleich das Selbstbewußtsein, das ramponierte. Dann kam da noch so ein rotbackiger Feistling, klein, fett, schaufelte gerade Bauschutt auf einen LKW und stellte sich, die Schaufel gegen uns gehalten, dickbäuchig vor die Hauswand.
"Hier klebt ihr nix dran, ihr Saukerle."
Und als dann unterstützenderweise noch eine Wanne, zwei Motoradbullen und eine Zivilstreife laut plärrend (das übliche Lalülala) in die Straße bogen, hielten wir es durchaus für angebracht, die so spontan begonnene Bewußtseinsarbeit vorerst zu beenden und auf einen günstigeren Termin zu vertagen.

1.7.87
Es kommen keine Leute mehr.
Ham wohl alle ihre Bögen
und sonst nichts...
wir vertreiben uns die Zeit mit Doppelkopf
bis es uns wieder braucht
das Volk
spätestens beim Heranziehungsbescheid
rennen sie uns wieder die Türen ein
Und wenn auch einige Leute auch einfach mal so kommen, um sich kennenzulernen, um vielleicht auch andere Themen anzugehen (was mich nun doch noch ein bischen aufbaut)
so bleibt das Gros der deutschen Michels und Michelinnen in ihrem dumpfen blöden Schlaf.
Erst mal fahre ich nach Portugal, nehme die Bunten FLugblätter mit,(Ich hab mich so an sie gewöhnt).....
vielleicht...
wenn Bescheide hagelt

hagelts auch wieder Menschen
in "ihre" Boykottinitiative
und das wars dann, trotz allem, ein Stück ging es weiter.

Nächstens mehr.



Gesundheitstag als Pflichtübung

Ist die Gesundheitsbewegung noch imstande, sich einen gemeinsamen Begriff ihres Gegenstandes, der Gesundheit und/oder Krankheit zu machen? Es hagelt nur so von Definitionen.

Ein "kritischer Arzt" eines Praxiskollektivs aus dem Norden der Republik erklärt: Das Wort 'gesund' komme von dem altdeutschen Begriff 'geschwind', bedeute also 'innere Spannkraft', 'Wachheit', letztlich ein 'freier und offener Mensch'. Die Weltgesundheitsorganisation verstehe unter Gesundheit soziales, geistiges und körperliches Wohlbefinden. Krankheit sei nichts anderes als 'Gefangensein im Konflikt und in Depression'. Krankheit sei 'das Ausbleiben von Befreiung'. Im Prozeß der Heilung gehe es um das 'Aufspüren von Barrieren' und um das 'Anlegen neuer Flügel'.



Rechtzeitig vor der diesjährigen documenta veranstalteten die Gesundheitsläden ihren dritten Gesundheitstag in Kassel. Das Programm war so breit wie facettenreich. Von Psychotherapie über Schamanen bis zur Arbeitsmedizin waren nahezu alle Gesundheitsthemen präsent. Von einer gemeinsamen Gegenbewegung war jedoch nichts mehr zu spüren.

Das Spektakel kam zustande auf Grund eines Alleingangs des Kasseler Gesundheitsladens, der mit grün-roter Hessenknete, viel ABM und Tüchtigkeit den Gesundheitstag organisierte. Ein Relikt vergangener Zeiten wurde er 1987 erneut in die Pflicht genommen.

Der erste Gesundheitstag in Berlin begann als Experiment. Er traf genau den Zenit der Alternativ- und Ökologiebewegung, war politisch und kritisch, gedacht als Gegenveranstaltung zur ständischen Schau des Deutschen Ärztetages. Doch schon der zweite Gesundheitstag in Bremen 1984 wurde nicht mehr von einer breiten Basis der Gesundheitsinitiativen getragen. Der politische und ideologische Verfall der Ökologiebewegung als Basisbewegung und dessen Verparlamentarisierung machte sich bemerkbar. Der Gesundheitstag in Bremen endete ohne weitere Perspektiven und hinterließ einen Berg Schulden. Daraufhin wollten die meisten Initiativen und Gesundheitsläden nichts mehr von einer solchen Großveranstaltung wissen, bis die emsigen Kasseler einfach Fakten schufen.

Das Thema Gesundheit hat politische Prisanz. Erinnert sei nur an die "revolutionären" Ansätze in Heidelberg und anderswo. Leider wird in libertären Kreisen das Thema nur im Rahmen von Demo-SanitäterInnen und Polizeibewaffnung behandelt. Die ersten Gesundheitstage waren jedoch noch stark von systemkritischen Inhalten geprägt, wurde "Gesundheit" im Rahmen der BRD-Wirklichkeit diskutiert, offensiv die Abschaffung der Psychoknäste und Heime gefordert, hatten Krüppelinitiativen aktiv daran teil.

Einige solcher Ansätze gab es auch 1987. Veranstaltungen zur "Amerikanisierung des Gesundheitswesens" etwa, zu Südafrika, El Salvador, Gentechnologie und AIDS, zur Arbeitswelt bis zum Thema "Revolten in Theorie und Praxis hoben sich positiv ab von jenem diffusen Gesamteindruck, der in der seichten Beliebigkeit des Begriffs "alternativ" erschöpfend gekennzeichnet ist. Denn dieses inhaltsleere Etikett wird von völlig konträren Konzepten verwendet, vom new age beräucherten Psychoguru bis zum linken Ärztekollektiv.

Vielleicht lag es auch am postmodernem Bau der Kasseler Gesamthochschule, was im Kern bedeutet: durch Unübersichtlichkeit und halluzinatorischer Fassade die eigentliche Betonstruktur gemütlicher machen! Auch das Programm des Gesundheitstages war zerfasert, vergeistigt, schillernd und beliebig. Um was ging es? Im Supermarkt der gesundbeterischen Eitelkeiten war Konsum großgeschrieben, ging selbst Provokantes und Politik in der Sensationslust der 2000 BesucherInnen unter.

Die Verbindung von 'Gesundheit' und 'Befreiung' ist so faszinierend wie richtig, auch wenn es bisweilen nur um das Kurrieren einer Grippe gehen mag statt um Befreiung. "Heilung" ist also nicht gleich Revolution.

Naturheilkunde ist immer noch hoch im Kurs. Da geht es auch um die Stärkung von 'Widerstandskräften', nicht politisch sondern rein körperlich gemeint. Krankheit ist eine 'Vergiftung im Stoffwechsel', weshalb nur noch Entschlackung, naturnahe Lebensweise und gesunde Ernährung angesagt ist.

In der Verbindung vom Naturheilkunde und Psychotherapien ergeben sich Ansätze, die den Menschen in seinen 'gesamten Lebensbereichen' gesund heilen wollen. 'Heilung durch Bewußtwerdung' heißt es da und die 'Verwirklichung der Lebensträume' wird angeraten. Wie diese Verwirklichung konkret in dieser Gesellschaft aussehen soll, ob und wie der Kampf über das Arzt-Patient-Verhältnis hinaus geführt werden soll, war eine Frage, die nicht gestellt wurde.

Nach außen hin wurde die Atmosphäre von der scheinbaren Vielfalt und Buntheit bestimmt, die sich aber immer wieder als naive Einfalt herausstellte. Da waren Homöopathen, Antroposophen, wurde von indianischen, chinesischen und tibetanischen Schamanen berichtet. Da breitete sich die unvermeidliche Palette der Psychotherapien aus:

ICH GEH KAPUTT.

Farben-, Klang- und Bewegungstherapien, Fußreflexzonenmassage, Hydro-Organtherapie, Eurythmie, Akkupunktur, Heilpraktiker, Diät- und Ernärhungstherapien, Gestalttherapie, Bioenergetik, Orgonlehre usw.

Solche Ansätze sind nicht nur harmlose Spinnerei. Dies soll ein Blick auf die 'human-ökologische Psychotherapie" beweisen. Es handelt sich hierbei um eine Umweltpsychologie, die den Menschen in seinen gesamten Umweltbezügen analysiert, seinen 'Alltag', seinen 'Lebensraum', seine sozialen Bezüge, seine materielle Umwelt.

Das Individuum wird unter der haarfeinen Lupe einer 'situativen ganzheitlichen Perspektive' betrachtet. Es ergibt sich ein 'persönliches Öko-System', wo nach 'Gleichgewichtsstörungen' und 'Bewältigungsressourcen' geforscht wird. Welches soziale und räumliche 'Territorium" hat ein konkreter Mensch besetzt? Wie verteidigt er/sie es? Dies alles wird in einer 'systemischen Diagnose' zu einem Person-Umwelt-Gefüge zusammengesetzt, woraus der Therapeuth seine Maßnahmen ableitet.

Zwar steckt der Ansatz noch in den Kinderschuhen. Gruppenanalyse, Familientherapie, Milieustudien gibt es schon seit längerem. Doch jene 'human-ökologische Psychotherapie', die alle Lebensräume und Bezüge einer Person erfassen, bearbeiten, beeinflußen und damit auch kontrollieren will, hat einen penetranten Geruch nach 'brave new world'. Die Stellung des allwisenden Therapeuten ist übermächtig. Keine Spur eines aktiven Kranken, der sich selbst befreit. Noch sind die Staatsorgane auf diesem Gebiet weit zurück. 'Prävention' und psychologische Beeinflußung sind noch nicht voll entfaltet. Dazu könnte der 'human-ökologische Ansatz' gefährliche Hinweise geben. Stellt euch einen Staat vor, der die Mauern der Psychoknäste und Heime einreißt, weil er durch 'Psychotherapie' und Organisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, wobei die Computertechnologie ungeahnte Dimensionen eröffnet, die totale Kontrolle ausüben kann!

Die Veranstalter wollten Masse. Dazu brauchten sie Publicity. Also mußte Julius Hackethal her, jener Grusel-Doktor, der von sich behauptet, den Krebs besiegt zu haben. Die Alternativen ließen sich von Hackethal vor allem durch seine barschen Angriffe auf die Schulmedizin beeindrucken. Sein Spezialthema ist aber derzeit die 'humane Sterbehilfe'. So lautete auch sein vorgesehenes Referat für den Gesundheitstag.

Doch dann hagelte es Proteste. ReferentInnen sagten empört ab, Behinderte liefen Sturm gegen die geplante Großveranstaltung in der Kasseler Stadthalle. Der Zerfall der ohnehin schon dürftigen Gemeinsamkeit zwischen VeranstalterInnen, ReferentInnen und TeilnehmerInnen beschleunigte sich noch.

Hacketahl möchte für unheilbar Kranke, die 'unendliches Leiden' ertragen müßten, unter ärztlicher Anleitung Sterbehilfe leisten. 'Sie flehen mich an, erlöst zu werden, endliich zu sterben!" Hacketahl ist stets drastisch. Das liebt und schätzt das Publikum.

Aber wo ist die Grenze? Heute die 'unheilbar Kranken' und morgen 'unwertes Leben', Behinderte, Unproduktive, Alte, Unbequeme?

Warum ist Sterbehilfe heute zum Thema geworden? Es gibt sie doch schon viel länger. In Form von Atomkraftwerken, Umweltgiften aller Art, durch ausbeuterische und verschleißende Arbeit in den Betrieben und Bürotürmen. Jeder Panzer, jeder Starfighter ist deutsche Sterbehilfe, die überall in der Welt zur Anwendung gelangt.

Ein Super-GAU in Biblis würde eine Gesundheitsversorgung unmöglich machen. Ungeahnte Möglichkeiten für die Sterbehilfe! Statt Jod gibt es Ziankali!

Immer mehr Menschen erkranken an AIDS. Tausende siechen elend dahin. Her mit der Sterbehilfe. Wäre das nicht sogar kostendämpfend? Spätestens zur Jahrtausendwende werden über 60% der Menschen in der BRD im Rentenalter sein. Bis dahin muß die humane Sterbehilfe ein Programm für den 'Sanften Tod' entwickelt haben.

Möglicherweise war der Gesundheitstag mit diesem Thema erschreckend aktuell. Nur Hackethal war ein Mißgriff. Das Verdienst der VeranstalterInnen ist aber, den Mythos einer alternativen Gesundheitsbewegung nachhaltig zerstört zu haben.





Zu guter letzt sei noch die Arbeitsgruppe zur 'Verwirklichung von Utopien" erwähnt. Hier stellten vor allem Libertäre ihre Projekte vor.

Ein Frauenprojekt aus Berlin, wo 'finanzkräftige' Frauenprojekte zur Förderung von sozialen, politischen und kulturellen Frauenprojekten beitragen sollen, eine 'Arche 2000' zur Veränderung der Gesellschaft, das 'Projekt A' von Stowasser, die Graswurzelrevolutionäre, eine Streiterin gegen Gesetz und Zensur wurden erläutert.

Es war die alte Frage. Gründung 'anarchistischer Projekte' oder politischer Kampf, oder Verbindung von beiden? Eine flächendeckende Revolution sei wohl kaum zu erwarten, und 'Utopie muß gelernt und gelebt werden', lauteten die Argumente. Es gehe um Aneignungsmöglichkeiten von herrschaftsfreien Räumen. Seit jeher hätten Minderheiten versucht in herrschaftsfreien Räumen zu leben und so Widerstand gegen die hierarchische Gesellschaft zu leisten.

KOMMST DU MIT?

Während die 'Arche 2000" unterschiedliche Formen der Mitarbeit anbietet, von einer 'Republikanischen Bürgerinitiative' bis zu klostergroßen Gemeinschaften, soll das 'Projekt A' quasi eine anarchistische Invasion in eine bundesdeutsche Kleinstadt sein. Möglichst zahlreiche Libertäre sollen sich in einer Kleinstadt niederlassen und dort unübersehbarer Machtfaktor werden, durch Läden, Werkstätten, Discos und anarchistische Projekte. Entgegen der Arche 2000, dessen Beschreibung zu sehr nach Universität und Bücherwissen roch, übte sich Stowasser darin, das Projekt A praktisch vorstellbar zu machen. Aber ist diese Anarchisierung einer KLeinstadt nicht auch ein aufgesetztes Ding aus einer anderen Welt, und der Vorstellung behaftet, wie die grünen Marsmenschen einen noch unberührten Planeten zu besiedeln? Beste libertäre Tradition ist es immer noch, dort zu kämpfen, wo man/frau lebt und arbeitet.

Der Graswürzler wiederholte die Vorstellungen vom Zusammenhang zwischen Mittel, Weg und Ziel, wobei seine Kritik an Marx und dessem wissenschaftlichem Sozialismus zwar herzerfrischend war, die Verengung der politischen Perspektive auf die Anwendung von Mitteln aber unausweichlich wieder in dem Statement münden mußte, daß Gewalt die Barriere für eine freie Gesellschaft sei.

Insgesamt aber wirkten alle vorgestellten Projekte wie die spleenigen Hobbys von Neureichen. Jene großen Modelle, die von Psychologie, Politik bis zur Ökonomie aber auch alles analytisch durchkauen, sind meist ungeheuer entpolitisierend, da die Projektleute bald den realen Boden unter den Füßen verlieren und alles in ihrem umfassenden Ansatz aufgehoben glauben. Wirklichkeit ist dann bald nur noch fremd, störend und nebensächlich. Alle Vortragenden ließen Bezüge zu aktuellen Kämpfen in dieser Gesellschaft vermissen.

Insgesamt hat der Gesundheitstag in Kassel 1987 wenig Eindruck hinterlassen. Positive Momente gingen unter in New Age, Spiritualität und Sterbehilfe. Das universitäre und akademische Publikum bestimmte die Szene. Krankenschwestern und Pfleger, Krankenhauspersonal war kaum anzutreffen. Es war eine Pflichtübung für die VeranstalterInnen und ein unverbindliches Konsumieren durch die BesucherInnen. Eine Politisierung des Begriffs 'Gesundheit', eine Rückführung des Begriffs 'Krankheit' auf die krankmachenden Ursachen der kapitalistischen Gesellschaft ist mit diesem Gesundheitstag in Kassel weder beabsichtigt noch vorangebracht worden.

Spiegelbruch

...Ohne Zweifel gegen den Angeklagten...

Wenn der Staatsapparat mit seiner Justiz versucht, Einzelne aus dem Widerstand fertig zu machen, dann sind immer alle gemeint, die Widerstand leisten. Es geht den Herrschenden eben darum, Widerstand zu vernichten, indem sie Einzelne direkt fertig machen, um damit anderen ihr mögliches Schicksal vor Augen zu halten. Wenn sich die, die sie beispielhaft fertig machen wollen, aber nicht fertig machen lassen; wenn sie zeigen, daß mensch sich auch unter den unerträglichsten Bedingungen wehren kann, dann ist der Haß der Herrschenden und ihrer Knechte besonders groß.

Ein Beispiel dafür ist Rainer aus Göttingen, den sie aufgrund seiner Widerstandsgeschichte jetzt abermals verknasten und fertig machen wollen. Die Schweine setzen dabei darauf, daß die Menschen, die heute Widerstand leisten, Rainers Geschichte und den Kampf, der sich damit verbindet, vergessen haben. Denn sie wissen, Solidarität, eine der wichtigsten und stärksten Waffen besonders für Menschen, die vom Knast bedroht sind oder drin sitzen, kann es nur mit Menschen und Kämpfen geben, die nicht vergessen sind. Das Konzept des Vergessens wird mit diesem Flugblatt durchkreuzt.

1972 kommt Rainer zum ersten Mal für 3 Jahre in den Knast. Er ist "sozialer Gefangener" im hamelner Jugendknast, verurteilt wegen BTM, Autoklau usw... Während der Knastzeit politisiert er sich zusammen mit anderen Knackis. Er engagiert sich in der Knastzeitung, macht bei der Roten Hilfe mit (eine ehemalige bundesweite Knastgruppe) und wird Mitglied im KBW. Während dieser ganzen Zeit sammelt der Verfassungsschutz schon fleißig alle Artikel, die Rainer für die Knastzeitung schreibt und beobachtet auch sonst sein Verhalten.

Anfang 1974 ist Rainer auf Hafturlaub in Göttingen - und wird verhaftet. Er soll einen Anschlag auf eine Tankstelle in Göttingen verübt haben. Deshalb wird er bis Juli 1974 in Hameln in Isohaft gehalten, obwohl Bullen und Staatsanwaltschaft spätestens seit März 74 die wahren Täter kennen. Es sind die Nazis Willi Wegener und Ralf Ollmann. Auf ihr Konto geht ein Brandanschlag auf die Gedenkstätte Bergen-Belsen, ein Brandanschlag auf den "Politischen Buchladen" in Göttingen (Vorgänger des Roten Buchladens im ehemaligen Reitstall Viertel), ebenfalls in Göttingen die Schändung des Judenfriedhofes und der genannte Anschlag auf die Tankstelle; außerdem haben die beiden 8 MPis aus einer Zollbaracke in Helmstedt geklaut.

Obwohl das alles den Bullen bekannt ist und die Nazis später deswegen verknackt werden, wird das Ermittlungsverfahren gegen Rainer bis 1975 aufrechterhalten.

Der Fascho Wegener ist übrigens nach seiner Haftentlassung nach Afrika gegangen, um dort eine Söldnertruppe aufzubauen dort ist er bis heute verschwunden. Nach der Haftentlassung von Rainer im Juli 74 wird er ständig von Bullen terrorisiert durch Observation und willkürliche Hausdurchsuchungen.

Im september 1974 machen die Gefangenen aus der RAF einen Hungerstreik gegen die mörderischen Isolationshaftbedingungen, denen sie ausgesetzt sind. Der Streik dauert bis Februar 75.

Am 9. November wird Holger Meins während dieses Hungerstreiks im Knast zu Tode gebracht. Daraufhin wird einen Tag später Kammergerichtspräsident Drenckmann erschossen und es kommt zu einer Anschlagswelle in ganz Europa. Unter dem Namen " Justizguerillia" versucht Rainer 3 Tage nach Holgers Tod die Zentralwerkstatt der Bullen in Göttingen abzufackeln. Eine zufällig vorbeikommende Streifenwagenbesatzung kann das Feuer aber schon im Entstehen löschen. Einen Abend später will Rainer den Verwaltungstrakt des Göttinger Knastes in Flammen aufgehen lassen - was er aber bleiben läßt. Stattdessen wirft er 2 Brandsätze ins Gerichtsmedizynische Institut. Sie explodieren zwar aber brennen nicht. Dann geht er zum Stadtsteueramt (heute das Juzi) und flambiert es mit zwei weiteren Mollis, die zünden.

Am 20.11.75 kommt es zu einem Anschlag auf das Busdepot der Bundesbahn in Göttingen. Aufgrund gesprühter Parolen gegen die Isofolter konzentrieren sich die Ermittlungen auf Rainer. Er wird rund um die Uhr observiert, bis zur Aktion "Winterreise" im Dezember 75. Die Aktion "Winterreise" ist eine bundesweite Fahndung nach sogenannten "anarchistischen Gewalttätern". Insgesamt werden in der BRD 14 Leute verhaftet - die meisten später wieder freigelassen.

Rainer wird nach seiner Verhaftung 18 Stunden lang verhört. Dabei werden ihm mitgeschnittene Telefongespräche vorgespielt, die ihn als "Justizguerillia" überführen. Bis Ende Januar 75 sitzt er in U-Haft. Dann will ein Richter den Haftbefehl aufheben, aber der Staat will Rainer weiter im Knast lassen. Einem aufgehobenen Haftbefehl folgt sofort ein neuer. Staatsanwalt Ringe jongliert mit insgesamt drei solcher Haftbefehle.

Als einzige Möglichkeit sich zu wehren, bleibt Rainer der Hungerstreik. 1975 greifft er dreimal zu diesem Mittel (insgesamt 100 Tage), zweimal um individuell gegen seine Haftbedingungen zu Kämpfen, einmal im Zusammenhang mit einem RAF-Hungerstreik. Während dieses Hungerstreikes wird er ins Knastkrankenhaus Lingen zwangsverlegt. Mit Wasserentzug und Zwangsernährung versuchen sie dort, seinen Willen zu brechen. Nach 40 Tagen muß er aufgeben. Er behält einen bleibenden Nierenschaden durch den Wasserentzug.

ZWANGSPSYCHATRISIERUNG

Da Rainers Widerstand trotz allem nicht zu brechen ist, versucht ihn die Justiz zum Phsychopathen zu machen. Zunächst wird er ins LKH Göttingen verlegt; er wehrt sich dagegen mit Hungerstreik.

Psychologen erarbeiten in dieser Zeit ein Gutachten, das dem Gericht zur 'Urteilsfindung' dienen wird. Die 2. Strafkammer des Landgerichts Göttingen zitiert bei der Urteilsverkündung die Psychologen: Rainers "Motiv sei ein offenbar tief verwurzelter Haß gegen staatliche Organe, aus dem heraus er vor Gewalttaten -



Anschlag auf das Busdepot der Deutschen Bundesbahn in Göttingen am 20.11.74 wegen des Mordes an Holger Meins

Neue Straftaten seien zu befürchten, falls er je die Freiheit bekäme".
Das Urteilentspricht dem Interesse der Herrschenden, den Widerstand zu eliminieren: 2 1/2 Jahre Knast, danach unbegrenzte Verwahrung in der Klapse. Am 5.12.75 kommt Rainer in die geschlossene Abteilung M2 ins LKH Göttingen.

Das 7. Kommisariat (politische Polizei) in Göttingen arbeitet unverdrossen daran, daß Rainer so schnell wie möglich auf immer in die Isolation kommt ins Verwahrungshaus kommt. Dem BKA übermitteln die göttinger Bullen, Rainer sei "in den terroristischen Bereich" einzuordnen. Um neue Strafverfahren gegen Rainer einzuleiten, behauptet der besonders "engagierte" Bulle Behrens vom 7.K., er habe Drohanrufe von Rainer erhalten - zu einer Zeit, wo Rainer schon in der geschlossenen Abteilung im LKH sitzt.

Am 24.2.76 haben sie es geschafft: Rainer kommt von der Abteilung M2 ins Verwahrungshaus. Er versucht sich mittels einer Sprengpatrone, die er zünden will, dagegen zu wehren. Bullen die Rainer ins Verwahrungshaus bringen sollen, drohen daraufhin, ihn zu erschießen.

Rainer wird im Verwahrungshaus bis zum 26.6.76 in einer schalltoten Zelle in Totalisolation gesperrt.

Vor allem der KBW versucht die Zwangspsychatrisierung öffentlich zu machen. Durch spektakuläre Aktionen und u.a. ein Tribunal gegen die Isolationshaft in Göttingen. Schließlich gelingt es, auch breitere bürgerliche Kreise auf Rainers Situation aufmerksam zu machen. Der entstehende Druck zwingt die Herrschenden, Rainer nach seiner 2 1/2 jährigen Haftstrafe aus dem LKH zu entlassen.

Doch auch nach seiner Entlassung im März 77 geht der Bullenterror weiter. Noch am Tage seiner Entlassung wird er das erste Mal festgenommen. Ab der Schleyer-Entführung im September 77 wird bei ihm alle Vierteljahre gerazzt, außerdem Observationen usw.
Im April 77 bricht ein Häftling namens Drinkmann aus dem Verwahrungshaus des LKH Göttingen aus. Er wird erst im September 77 wieder gefaßt. Während der der 7 Monate seiner Flucht wird Drinkmann mir allem geholfen, was mensch so braucht: vom Unterschlupf bis zu Papieren. Im Januar 78 kommt es zu einem Massenausbruch aus dem Verwahrungshaus, bei dem Drinkmann wieder dabei ist. Er wird schon einen Tag später geschnappt - und packt aus. Auf über 400 Seiten erzählt er dem BKA und zwei LKAs viel Wirres, aber auch alles, was er während seiner 7 monatigen Flucht an Leuten und Zusammenhängen mitgekriegt hat. Es kommt zu Razzien und Ermittlungsverfahren. Ermittelt wird auch wieder gegen Rainer. Er wird zu einer weiteren 2 1/2 jährigen Freiheitsstrafe wegen Begünstigung, Urkundenfälschung usw. verurteilt. Bis September 79 gelingt es ihm, sich der Verhaftung zu entziehen, dann erwischen ihn die Bullen.
Bis Ende April 1982 sitzt er wieder im Knast.

Direkt nach seiner Entlassung fängt der bekannte Bullenterror wieder an. Anfänglich noch etwas "liberaler", als der Staatsapperat aber mitkriegt, daß sie Rainer noch immer nicht gebrochen haben, da er wieder in einem politischen Projekt arbeitet und den Zivis als Fotograph unangenehm ist, ziehen die Terrormaßnahmen wieder an.

Sie wollen ihn wieder in den Knast haben, unbedingt. Zum einem können sie damit einen schon lange erwarteten "Fahndungserfolg" gegen den Widerstand in Göttingen (daß sie in ihrer Propaganda zu einem "Zentrum des Terrors" in der BRD aufgeblasen haben) präsentieren, zum andern können sie gegen Rainer speziell weiter ihre Versuche unternehmen ihn fertig zu machen.

UM WAS ES HEUTE GEHT

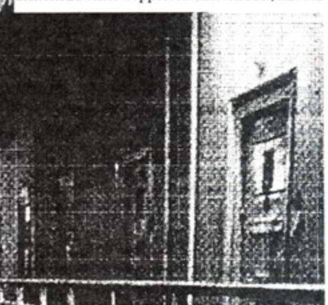
Am Opelhaus an der Weender Landstraße in Göttingen gehen bekanntermaßen öfters die Scheiben zu Bruch, besonders dann, wenn die Bonzen irgendwo eine Schweinerei abziehen. Am 15.4.86 ist der imperialistische Überfall auf Lybien. Hier und da kommt es dashalb zu Anschlägen, Sprüh und Kleinaktionen. Am gleichen Tag findet nachmittags eine Demo gegen den Angriff statt. Am Abend des 15.4.86 fährt Rainer, der Freunde in der Weender Landstraße besucht hätte, kurz zum AStA-Gebäude, um dort einen Brief einzuwerfen. Noch in der Weender Landstraße kann er - zusammen mit anderen Leuten - sehen, wie die Zivis auf der Weender Landstraße und dem Uni-Gelände nur so umherschwirren. Deshalb befürchtet er, auf dem Nachhauseweg in eine Zivi-Kontrolle zu geraten.
Und richtig: - auf dem Rückweg vom AStA-Briefkasten, wo er in der Nähe des Opelhauses vorbei muß, schleichen die Bullen Daemelt und Schmalz als Zivi-Streife durch die Nacht. Langsam rollen sie an Reiner vorbei, allerdings ohne ihn zu kontrollieren.
Rainer fährt nach dieser Begegnung lieber nicht nach Haus, sondern kehrt zu seinen Freunden in der Weender Landstraße zurück.
Im Morgengrauen des 22.4.86 klingelt es bei

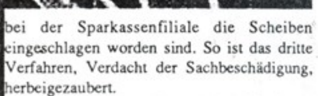
Rainer: Hausdurchsuchung wegen vermuteter Sachbeschädigung in der Nacht zum 16.4. am Opelhochhaus.
Bei ihrer Tatkonstruktion gehen die Bullen soweit, außer allen Schraubenziehern, die sie bei Rainer finden, sogar ein Teppichmesser zu beschlagnahmen. Die Bullen entdecken nämlich an der Klinge Anhaftungen von Silikonkautschuk. Obwohl Rainer und seine Frau erklären, mit dem Messer hätten sie neulich Fugen in ihrem Bad renoviert und die Bullen das auch wahrnehmen, nehmen die Bullen das Messer mit der Begründung mit, daß es, wenn es schon nicht zum Opelhaus "paßt",



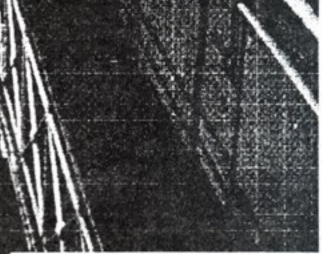
vielleicht zu Löchern in den Reifen einer Zivikarre passen könnte, die ihnen am 15.4. während der Lybien-Demo abgestochen wurde. Wenn nicht dies, dann halt das - Rainer soll auf alle Fälle was angehängt kriegen, damit sie ihn wieder im Knast haben.
Im Anschluß an die Razzia schleppten die Bullen Rainer noch mit Gewalt zu einer (weiteren) "erkennungsdienstlichen Behandlung" obwohl sie ihn bei quasi jeder Demo fotografieren und die letzten ED-Fotos auch erst 85 gemacht wurden. Bei dieser ED-Mißhandlung dann erzwangen sie Fotos mit körperlicher Gewalt, Haare reißen usw...
Am Abend des 9.7.86 fährt Rainer mit seinem Fahrrad über das IGS-Gelände nach Hause. Er sieht dabei an einem Sandkasten am Stadtstieg eine Bundesfahne liegen. Kurzentschlossen nimmt er das Ding mit nach Haus. Da fällt ihm ein, daß er vielleicht in eine Bullenfalle geraten ist: die Bullen haben ihn öfter mit Zivikarren bis zu seiner Wohnung "begleitet" und kennen seinen Heimweg. Er ruft einen Anwalt an, um sich zu informieren, wann er eine solche Fundsache abgeben muß, ohne sich strafbar zu machen. Der Anwalt sagt ihm, daß er sich damit ohne weiteres etwas Zeit lassen kann. Aber solange braucht Rainer gar nicht zu warten:
Denn kurz nach dem Telefonat klingelt es bei ihm an der Tür - Hausdurchsuchung... Zum Verdacht der Sachbeschädigung kommt der Verdacht des Diebstahls und der "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole".
Am 26.10.86 besucht Rainer eine Veranstaltung des Rechtsanwaltes Pieter Bakker-Schut zu Stammheim im Theaterkeller. Auf dem Weg von der Veranstaltung nach Hause überholt als erstes ein Ziviwagen Rainer unmittelbar vorm Theaterkeller, den die Bullen natürlich observiert haben. In Geismar hält Rainer dann an einer Kreuzung, weil gerade rot ist. Plötzlich überholt ihn ein Streifenwagen: er wird aufgefordert, an den Straßenrand zu fahren. Dem ersten Bullenauto folgt gleich ein weiteres, kurz danach auch noch ein Ziviwagen. In Kürze stehen mindestens 7 uniformierte und Zivile um ihn herum und durchsuchen ihn, andere Radfahrer im Kreuzungsbereich werden nicht kontrolliert. Rainer kann aus einem Funkgerät den Satz verstehen: "Trotzdem ihr R. habt, noch ein bißchen weitersuchen". Unmittelbar danach läßt ein anderer Bulle die Funke verschwinden, damit Rainer nicht noch mehr hören kann.
Nach der Durchsuchung, bei der sie nichts feststellen, kann Rainer weiterfahren, ohne zu erfahren, warum ihn die Bullen überhaupt in der Mangel hatten.

Drei Tage später stehen sie wieder in der Wohnung - Hausdurchsuchung, weil er verdächtigt wird, in der Nacht des 26.1086 eine Filiale der Städtischen Sparkasse in der Königsberger Straße entglast zu haben. Es reicht Richter Werner vom Amtsgericht (mal wieder) aus, daß Rainer vielleicht an dem angegriffenen Objekt vorbeigefahren ist.
Sie beschlagnahmen bei Rainer Jacke, Hose, Schuhe, Halstuch und einen Handschuh: Sachen die er an dem Abend getragen haben soll.
Zuerst glaubt Rainer, daß sich die Sache von selbst erledigt, aber er soll sich täuschen und unterschätzt immer noch die Verfolgungswut der göttinger Bullen, die endlich "Erfolge" gegen die Szene vorweisen wollen. Ein LKA-Gutachten fördert in Rainers Sachen ungeahnte Dinge zutage. U.a. sollen sich Glassplitter bis zu der Größe von 7x8 mm und abgesprungene Lacksplitter in der Jackentasche befunden haben. Wie die Glassplitter beim Zertrümmern von Scheiben eigentlich in rückwärts gerichtete, senkrechte Taschen fliegen sollen, werden uns die Bullen vielleicht im Prozeß mal erklären. Die Lackreste passen laut Bullengutachtern zu einer doppelt lackierten Axt, mit der





bei der Sparkassenfiliale die Scheiben eingeschlagen worden sind. So ist das dritte Verfahren, Verdacht der Sachbeschädigung, herbeigezaubert.
Alle drei Sachen wurden zu einem Verfahren zusammengezogen. Es ist ein reiner Indizienprozeß, in dem die Anklage (mit einer einzigen Ausnahme) nur Bullenzeugen einsetzt.



25.6.1986 - ERSTER AKT DES SPEKTAKELS

Richter Kracke hatte vor, den PRozeß möglichst schnell und unkompliziert über die Bühne zu kriegen. Deshalb waren alle Zeugen geladen, um den Prozeß möglichst mit einem Prozeßtag abzuschließen.
Die Anklage greift bei ihren Zeugen vom göttinger Oberbullen Lothar Will über führende Bullen des 7. Kommissariats bis zu

jeder Menge Fußvolk und dem bekannten Zivipack (hier: Dämlich und Schmalz) auf alles zurück, was Göttingen an Polizei zu bieten hat. Schließlich haben die Bullen Rainer schon vor dem Prozeß als quasi den Sachbeschädiger von Göttingen bezeichnet; Motto: Wir wissen, daß er es war, aber - Zitat 7.K. - "leider ist es der hiesigen Dienststelle noch nicht gelungen, R. zu erwischen".

Während des 1. Prozeßtages wurde immer mehr die Schlampigkeit der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen deutlich. Offenbar glauben die, daß Rainers Person und Geschichte allemal für eine Verurteilung ausreicht.

ES gelang der Verteidigung auch, einige Bullen in Widersprüche zu verwickeln und die Konstruktion der Anklagen herauszuarbeiten. Besonders deutlich wurde das am Beispiel des Teppichmessers, mit dem Rainer die Scheiben bei Opel kaputtgehebelt haben soll. Obwohl sowohl die göttinger Bullen als auch ihre LKA-Gutachter als Tatwerkzeug eindeutig einen Meißel (Daemelt) oder einen großen Schraubendreher (Ochsmann und LKA Hannover) festlegen, behauptet die Staatsanwaltschaft, Rainer habe diese Tat mit seinem Teppichmesser ausgeführt - wohl weil die Schraubenzieher von Rainer nicht in Frage kommen. Im Prozeß wurde festgestellt, daß Silikonkautschuk nur in frischem = feuchtem Zustand an Metall haften kann. Die Scheiben bei Opel waren aber ein halbes Jahr vor ihrer Zerstörung eingesetzt worden. Anschließend wurde festgestellt, daß mit einem Teppichmesser die Beschädigung dieser Scheiben (Maße: ca. 4x2,50 m; Stärke 8 mm) gar nicht möglich ist.

Zu beiden Tatsachen stellten die Verteidiger Beweisanträge, über die noch entschieden wird. An den beschlagnahmten Schraubenziehern waren vom LKA keine Spuren gefunden worden. Damit scheint dieser Anklagepunkt ziemlich zusammengebrochen zu sein - aber vom Tisch ist er deshalb noch lange nicht. Auch Staatsanwältin Tollmien will hier vielleicht noch Beweisanträge stellen. Es ist von der Verteidigung ein Ortstermin des Gerichts beantragt worden, bei dem der Blickwinkel, von dem aus Schmalz und Daemelt Rainer gesehen haben wollen, rekonstruiert werden soll. Wir dürfen verraten, daß das sehr interessant werfden wird.

Bei der Fahnengeschichte sind noch nicht alle Zeugen vernommen worden. U.a. steht noch die Vernehmung von Lothar Will aus, der in dieser Sache Anzeigeerstatter + Zeuge ist. Aber auch in diesem Fall ist die Konstruktion der Anklage schon deutlich sichtbar geworden. Wir dürfen hier vor allem auf die Aussage von Lothar Will gespannt sein.

In der Bankgeschichte sind auch noch nicht alle "Zeugen" vernommen. Hier aber hat die Verteidigung schon gezeigt, wie der Staatsapparat zu arbeiten pflegt, wenn er einen Menschen in den Knast haben will.

Der einzige Zeuge der Anklage, der nicht Bulle ist, tritt in diesem Teil auf. Er war von den Bullen vorher nicht mal vernommen worden. Sie hatten Aussagen nur nach ihrem Anklagemuster zurechtgestutzt in ihre Akten geschrieben. Z.B. hatte der Zeuge weder die Bullen alarmiert, wie diese behaupten; es wird hoffentlich noch geklärt werden, wieso die Bullen blitzschnell am Tatort auftauchten, obwohl der - anscheinend einzige - Augen- und Ohrenzeuge sie nicht angerufen hat. Außerdem hatte der Zeuge eine ganz andere Fluchtrichtung des/der Täter/in von der Sparkassenfiliale angegeben. Eine Richtung, die jedenfalls nicht zu der Kreuzung Hauptstraße/Kiesseestraße führt, an der Rainer durchsucht wurde. Eine Richtung aber, in die wohl jede/r "Täter/in" abhauen würde, weil mensch da mit dem Fahrrad innerhalb 30 Sekunden bergab am Rand der Innenstadt wäre. So war es bei dem Zeugen auch mit anderen Dingen, z.B. waren die Bullen, nachdem sie Rainer an der Kreuzung ge-Halstuch trug, zum Zeugen zurückgefahren und hatten ihm nahegelegt, sich doch bitte an ein Halstuch des Täters zu erinnern. In diesem Fall wird die Vernehmung der Sachverständigen noch sehr wichtig sein, denn es gibt Beweismittel und, schreiben wir mal: "Beweisunmittel".

Die Strategie der Bullen ist ziemlich klar. Sie wollen endlich mal einen "Täter" im Zusammenhang mit den politischen Sachbeschädigungen in Göttingen verweisen. Und in diesem Fall scheint ihnen das konstruierbar zu sein.

ZUR SOLIDARITÄT

Obwohl vor dem Prozeß der Termin einigermaßen rumerzählt war, waren von uns bestenfalls 10 Leute im Gerichtssaal. Die vielen Interessierten, die nach dem Prozeß fragten, was denn so abgelaufen ist, hatten alle keine Zeit gehabt oder waren nicht aus dem Bett gekommen. Es ist schon komisch, wenn alle die gleichen "Argumente" haben, weshalb sie nicht gekommen sind.

Hoffentlich ändert sich das durch dieses Flugblatt ein bißchen, obwohl es traurug genug bleibt. Schließlich steht "unser" Kampf mit diesem Prozeß auch vor Gericht, und für Rainer geht es um drei Jahre Knast.

F.Frinton

Alle Leute, denen an dem Abend der Bakker-Schut-Veranstaltung(Stammheim-Buch), Sonntag, 26. Oktober 86, Ziviumtriebe im Bereich Theaterkeller/Geismarlandstraße aufgefallen sind, die Observationen beobachtet sich die Gesichter oder die Autonummern gemerkt haben; Leute, die kontrolliert worden sind, sollten sich dringend im Buchladen melden. Stichwort: Prozeß

Der Zeuge Joachim Schmalz in Ausübung seiner beruflichen Pflicht auf dem Göttinger Marktplatz

Lokales *aus* *Göttingen*



Solidarität mit Rainer

Genossen, Genossinnen,

unterstützt Rainer indem Ihr Euch an den Kosten des Prozesses beteiligt. Es geht nicht an, daß nur die Erfolge vom Widerstand in der BRD als kollektive Ereignisse begriffen werden, die Folgen in Form von Repression von seiten der Staatsanwaltschaft in die Privatsphäre verbannt werden. Wenn wir uns als Teil des Widerstandes begreifen, dann müssen wir auch sehen, daß wir alle gemeint sind, wenn einzelne vor den Kadi zitiert werden. Deshalb spendet auf Postscheckkonto Nr. 386 374-300, Postgiroamt Hannover, BLZ 250 100 30, S. Viani, Stichwort: Solidarität,

Eine weitere Möglichkeit wäre ein kurzes Schreiben an den zuständigen Richter Kracke; ungefähr so:

> Sehr geehrter Herr Kracke,
>
> ich habe mich über den Fall Rainer Recke informiert und bekunde meine Solidarität mit Rainer.
>
> Darüberhinaus ich möchte ich Sie an Ihre richterliche Pflicht erinnern, nur die Wahrheit zum Ziel ihrer Ermittlungen zu machen und sich jeder Einflußnahme von Seiten der Staatsanwaltschaft, des LKAs und der Göttinger Polizei zu widersetzen.
>
> Hochachtungsvoll

Das ganze einpacken und an Richter Kracke, Landgericht, Berliner Str. 4, 3400 Göttingen schicken

Jobber- und Arbeiterladen

In der Diskussion um die Umstrukturierung (siehe letzte Ausgaben der Aktion: "Vorwärts und nicht vergessen...", "Wer nicht kämpft hat schon verlohren", "Umstrukturierung und Arbeiterkämpfe in Westeuropa") haben wir eine Idee entwickelt, in der Produktion unter den veränderten Arbeitsbedingungen zu kämpfen: der Arbeiter- und Jobberladen! Viele von uns arbeiten in ungarantierten Arbeitsverhältnissen, jobben, um ihr Studium zu finanzieren, oder bekommen die Umstrukturierung auch als Facharbeiter durch die Verschärfung der Arbeitsplatzsituation zu spüren. Doch es bleibt nicht bei der jetzigen Situation: die entrechtlichten Arbeitsverhältnisse (wie Teilzeitarbeit, Heimarbeit, Kurzzeitverträge, ABM-Stellen, Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Leiharbeit u.v.a.) werden immer mehr, die Arbeit der Festangestellten und Facharbeiter immer weiter flexibilisiert (Tarifabschlüsse von IGM u. DruPa). Die Gewerkschaften können oder wollen diese Entwicklung nicht aufhalten. Wir aber sind nicht mehr bereit, dies alles kampflos hinzunehmen. Deshalb haben wir uns entschlossen, in nächster Zeit in Göttingen das Projekt eines Arbeiter- und Jobberladens zu starten.

Der Laden soll als Treffen von ArbeiterInnen, StudentInnen, Zivildienstleistenden, Arbeitslosen, JobberInnen und SozialhilfeempfängerInnen dienen. Hier wollen wir uns kennenlernen, um die Isolierung während der Arbeit und Freizeit zu durchbrechen und gemeinsam den Entschluß und die Kraft zu finden, unsere Arbeitssituationen anzugehen. Wir wollen uns nicht weiter differenzieren und spalten lassen!
Gleichzeitig wollen wir über der Laden Informationen über Jobs, Betriebe, Arbeitssituationen, Lohn und die Schweine sammeln. Wenn sie zählen, können wir das schon lange! Die Daten sollen ausgewertet werden und landen dann bestimmt nicht im Papierkorb, sondern sollen uns dabei unterstützen, für unsere Rechte

Lokales *aus* Göttingen

Jobber- und Arbeiterladen...

und eine freie Gesellschaft zu kämpfen.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der Gedanken, die wir uns dazu gemacht haben. Wenn ihr Lust habt, uns beim Aufbau eines Jobberladens in Göttingen zu unterstützen und/oder zusammen mit uns zu kämpfen, schreibt uns.

Auch wenn wir jetzt noch keine Räumlichkeiten haben, sondern nur Menschen mit der festen Absicht, sich nicht jeden Tag in den Dreck treten zu lassen, könnt Ihr uns schon Berichte aus Euren Jobs und Betrieben schicken. Schreibt alles drauf, was ihr wichtig findet. Natürlich ohne Namen oder Absender, es sei denn, Ihr seid an einem weiteren Kontakt mit uns interessiert. Die ersten Briefe wollen wir auswerten und versuchen, einen Fragebogen zu entwerfen, weil sonst immer wichtige Sachen vergessen werden.

FAU-IAA,
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10,
3400 Göttingen



Info-Laden-Café in Göttingen

In Göttingen wird innerhalb der nächsten Wochen ein Info-Laden-Café eröffnet werden. Mit diesem Projekt soll versucht werden, die punktuelle Zusammenarbeit der verschiedenen linksradikalen Gruppen zugunsten einer kontinuierlichen Diskussion und Auseinandersetzung zu durchbrechen. Der individuelle, private Rahmen soll gesprengt werden, unsere Inhalte sich im Alltagsleben wiederfinden.
Dies macht Kommunikationspunkte und -strukturen notwendig. Der Info-Laden soll Teil dieser Strukturen werden.

Zentraler Punkt soll hierbei ein Archiv mit regionalem Schwerpunkt sein. Eine vorläufige inhaltliche Gliederung richtet sich nach den Arbeitsschwerpunkten der einzelnen mitarbeitenden Gruppen. Als da wären:

Antifaschismus, Sanierung/Häuserkampf, Patriarchat, Asyl/Flüchtlinge, Knast/Wehrdienst/Totalverweigerung, Anti-AKW, IWF, Innenleben der Scene, Ökonomie/Kapital u. Hochschule/Jobber, Perspektivdiskussion.

Darüberhinaus soll es einen Info- und Materialaustausch mit anderen Städten geben und ein aktuelles Info-Brett.

Wenn Ihr weitere Infos haben wollt, schreibt an:

Info-Laden
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen.

DER LANGE SCHLAF - über den Niedergang einer Protestbewegung

Dieser Artikel ist quasi die Weiterführung des Artikels in der AKTION 27 über den Widerstand an der Göttinger Uni. Daß wir (FAU Göttingen) ein jenem Artikel entnommenes Flugblatt zur Demo am 26.5. immer noch verteilen können, weil der Widerstand es noch nicht eingeholt hat, sondern zurückgeschritten ist (und wir nicht alle losgeworden sind), sagt eigentlich alles über den Stand der Bewegung.

Ein unerwarteter Anruf der Frankfurter Redaktion hat mich aus meinem publizistischen Schlaf gerissen. In einigen Nachtsitzungen neben den täglichen politischen Anforderungen ist ein Konzept entstanden, das hier nur zum Teil wiedergegeben ist, und die Abschnitte, die ich bis zum Redaktionsschluß geschafft habe. Ich habe mich also notgedrungen entschlossen, den Artikel zu teilen. In dieser Ausgabe der AKTION ist lediglich die Chronologie mit den Vorstellungen über den weiteren Verlauf des Widerstands enthalten. Ich beschränke mich im wesentlichen auf die (notgedrungen subjektive) Beschreibung der Bewegung und was von ihr übriggeblieben ist. Der gesamte analytische Teil soll in der nächsten AKTION erscheinen. Auch die Abschnitte 4 und 5 (über die Taktik der Professoren und die Kriminalisierung des Widerstands) konnte ich (aus Zeitgründen) nicht in diese AKTION packen.



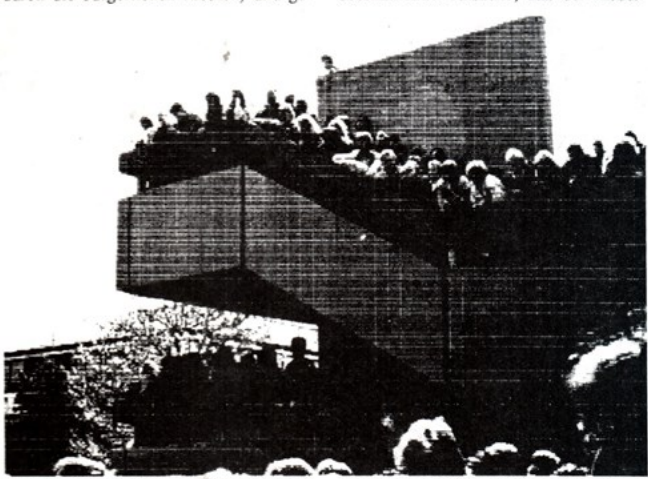
1. Chronologie: (Fortsetzung aus Aktion Nr.27)

Gegen Ende der Streikwoche vom 11.5. bis einschließlich zum 18.5. beginnt die Streikfront zu bröckeln. Ursachen sind die Streikmüdigkeit der Leute, geistige Sabotage durch rechte Gruppen, und die Unfähigkeit vieler Leute, mit der Konfrontation mit den Profs, ihren Herren und Prüfern, klarzukommen. Der Streik ist bis dahin (nur) insoweit erfolgreich, als es gelungen ist, den Uni-Betrieb weitgehend stillzulegen und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Am Dienstag, dem 19.5. beginnt die zweite Phase des Göttinger Widerstandes, die sich gegen die Jubiläumsfeiern zum 250jährigen Bestehen der Göttinger Uni zu einem Zeitpunkt, da ihr Ausverkauf beschlossen wird, richtet. Unter dem Motto "Es gibt nichts zu feiern!" wird versucht, die Festveranstaltungen zu verhindern oder wenigstens für den Widerstand umzufunktionieren. Die mit zahlreichen Geistes-, Polit- und Wirtschafts"größen" besetzten Feiern werden, wenn mensch sie schon nicht verhindern kann, als Forum verstanden, um den Protest/Widerstand sichtbar zu machen. Entschlossenheit soll demonstriert werden. Tatsächlich aber bröckelt der Widerstand weiter ab, u.a., weil viele Leute die durch die Jubelfeiern verschaffte Freizeit für einen Urlaub nutzen. Am ersten Tag finden sich noch etwa 200 Leute, um die Eröffnungsveranstaltung zu blockieren. Der Präsident der Göttinger Uni Kamp fordert Ehrfurcht für sich (allgemeines Gelächter) und die Geistes-usw.-Größen und droht Bulleneinsatz an, um wenigstens Macht beweisen zu können, wo er jede Autorität verloren hat. Beide Seiten lassen sich schließlich auf eine fruchtlose Diskussion ein, bei der die Front unter den Studis aufgeweicht wird. Nun doch gemeinsam mit den Profs - schweigen und leiden? Nachdem wiederholt bei Blockaden oder Versuchen, die Veranstaltungen umzufunktionieren, die anwesenden Greise rabiat geworden sind, läßt die Aktionsfreudigkeit der restlichen AktivistInnen schnell nach. Das reale Kräfteverhältnis innerhalb der Uni drängt jeden Widerstand in die Situation einer uniinternen Farce.

Trauriger Höhepunkt der zweiten Phase ist die landesweite Demo am 26.5. in Göttingen. An diesem Tag hätten Veranstaltungen mit Richie und Vertretern der Landesregierung stattfinden sollen. Nachdem diese abgesagt hat, ist jener mitsamt allen geplanten Ehrendoktoren ausgeladen worden (wg. angeblich geplanter Gewaltakte). Stattdessen erscheinen einige Tausend Bullen jeder Couleur in der Stadt.

Die Demo mit ca. 40.000 Leuten ist farbenfroh (kann mensch auf den Fotos nicht sehen), phantasievoll (ein Wort, das mittlerweile niemand mehr hören kann, weil es im Verlaufe der Protestbewegung gleichbedeutend mit "harmlos" geworden ist - das zur Vereinnahmung von Sprache durch die bürgerlichen Medien) und gewaltlos. Spannungen zwischen Bullerei und vorwiegend "Autonomen" (nach den Schubladen von Augenzeugen) bleiben ohne Folgen (gut!), weil ein Haufen Braunschweiger Studis den Autonomen Prügel androht, falls sie... (schlecht!). Der Verbrennung einer Bundesfahne stehen wohl die meisten Studis verständnislos bis ablehnend gegenüber. Die ersten Pfiffe. Während studi sich mit der Bullerei wenn schon nicht verbrüdert, dann doch wenigstens nicht anlegt, werden die Autonomen zur Zielscheibe des Zorns: Als der Redebeitrag Göttinger Autonomer angekündigt wird, beginnt ein Pfeifkonzert, noch bevor der Vertreter der Autonomen auch nur ein Wort gesagt hat; es zieht sich durch den gesamten Redeversuch. Der vielfach beschworene demokratische Dialog wird hier offensichtlich gezielt verhindert.



Neben studentischen Vertretern produzieren sich außerdem Redner des DGB und des Arbeitslosenzentrums; die Reden bringen inhaltlich nichts, was mensch nicht schon vorher gewußt hat oder hätte wissen können, wenn mensch gewollt hätte. Ihr Sinn nährt sich vor allem aus der Hoffnung, Leute zu erreichen, die anderen Formen der Informationsvermittlung nicht zugänglich sind, und der Konkurrenz der sich selbst darstellenden Gruppen. Offenbar besteht aber auch vom Fußvolk ein Bedürfnis danach. Da die populären Feindbilder fehlen, beschränkt sich die Demo darauf, zu zeigen, wie viele den Protest aktiv tragen und mit welcher Kreativität Unwille geäußert werden kann - mit Widerstand hat das alles noch nichts zu tun. Daß Göttingen (nach der Absage der Regierung) nicht der richtige Ort gewesen ist, daß 40.000 nicht genug sind und unsere Protestformen harmlos, belegt wohl am deutlichsten die beschämende Tatsache, daß der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht als Chef der Regierung, gegen deren (u.a.) Bildungspolitik die Demo gelaufen ist, sich für sie bedankt hat!

Bis zum Ende der Jubelfeiern am 28.5. versiegt der Widerstand. Es finden nur noch wenige (zwei?) Gegenveranstaltungen, zu nicht streikspezifischen Themen, statt. In der folgenden Zeit treffen sich die verbliebenen Aktiven zur organisatorischen und inhaltlichen Weiterführung des Protestes/Widerstands. In der Woche vom 1.-5.6. finden Fachbereichs- und eine Uni-VV statt (zur Uni-VV s. folgendes Kapitel). Die Arbeit in den Fachbereichen, an der Basis, geht schleppend voran. Die GermanistInnen-VV am 3.6. zeichnet sich durch frucht- und ziellose Diskussion und entsprechende Ergebnislosigkeit aus, die angestrebten AG's werden nicht gebildet, eine geplante breite inhaltliche Arbeit kann nicht stattfinden. Die anstehenden Pfingstferien scheinen die Notwendigkeit, bereits jetzt etwas für den weiteren breiten Widerstand zu tun, in größere Ferne gerückt zu haben. Die Aktionen richten sich nunmehr gegen die Umsetzung der Sparbeschlüsse an der Uni. Dabei weitet sich der Kampf der AktivistInnen aus auf die Macht- und Entscheidungsstrukturen an der Uni, auch das Thema Faschismus gewinnt an Gewicht; diese Schritte werden von der breiten Basis aber nicht nachvollzogen, die den Widerstand vor allem als Ab-

wehrkampf begreift.

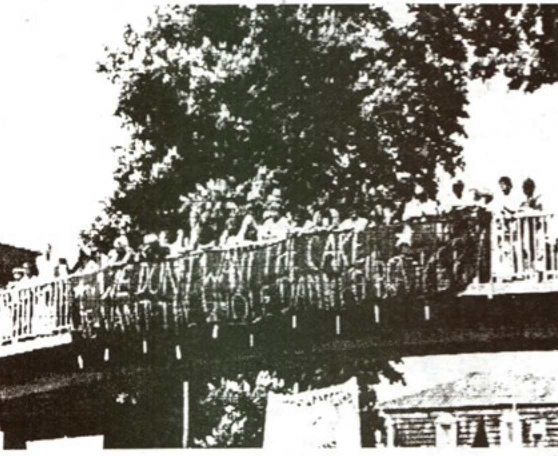
2. Der Versuch der Wiederbelebung ...

Am 4.6. findet die erste Uni-VV nach den landesweiten Aktionen und der Göttinger Jubelwoche statt. Es soll hier beratschlagt werden, wie der Widerstand weitergeführt wird. Die Situation sieht zu dem Zeitpunkt so aus, daß die Regierung minimale Zugeständnisse gemacht hat (Verschiebung der Einführung von Studiengebühren aufs Sommersemester '88, Verlangsamung des Personalabbaus, Delegation der konkreten Kürzungen an die Unis). Faktisch hat sich also kaum etwas an den Sparbeschlüssen verändert. Dennoch wird von fast allen die weitere Widerstandsbereitschaft der Studis eher pessimistisch eingeschätzt. Ausdruck davon ist der VV-Beschluß vom 4.6., in den verbliebenen vier Wochen der Vorlesungszeit einen Aktions- bzw. je einen Streiktag pro Woche durchzuführen. Damit haben Wirksamkeit der Widerstandsform und Einbeziehung der (vermeintlichen) Massenbasis einen wirkungslosen, aber vielleicht den zu dem Zeitpunkt einzig möglichen Kompromiß gefunden.

Die Einschätzung, daß die Massenbasis für weiteren Widerstand fehlt, hat sich als realistisch erwiesen. Aus ihr heraus ergibt sich die Notwendigkeit, die inhaltliche Auseinandersetzung voranzutreiben. Es werden AGs gebildet u.a. zu den Themen gesellschaftlicher Hintergrund der Sparmaßnahmen, Lehrinhalte und Strukturen an der Uni (Machtverhältnisse und Entfremdung), Fachbereiche im Faschismus, Frauen an der Uni. Sinn der AGs ist die inhaltliche Vertiefung (und Radikalisierung) des Widerstandes/Protests und die Einbindung von Leuten in den Widerstand. Letzteres schlägt weitgehend fehl (s. Abschnitt 8.3. in der nächsten AKTION). Über die AGs hinaus sollen die Kommunikationsstrukturen des Streiks weiter aufrechterhalten werden, das heißt Infocafés in den Gebäuden, regelmäßige Streikplena, in denen u.a. die Ergebnisse aus den AGs vorgetragen und diskutiert werden sollen, Veranstaltungen auch im weiteren Zusammenhang der Sparmaßnahmen. Streik und Aktionen werden dabei als zusammengehörig betrachtet: Durch den Ausfall von Veranstaltungen soll einmal signalisiert werden, daß der Protest an den Unis noch lebendig ist (Streik als Aktionsform), zum anderen soll er den Freiraum für Aktionen und Diskussionen schaffen (Streik als notwendige Basis für Aktionen). Dieser Zusammenhang wird im Verlauf des weiteren Widerstands nur zu deutlich.

3. ...und der Niedergang der Streikfront

Zur Einstimmung in die Wiederaufnahme des Widerstands (quasi die vierte Phase) findet am 18.6. ein Aktionstag statt, der die mieseste Resonanz aller Zeiten findet. Zu einer Demo zum Sitz der Uni-Leitung erscheinen gerade mal 30 Leute. Trotzdem beschließen die übriggebliebenen Streikplena für den Streiktag am 22.6. die Blockade der Uni-Gebäude. Die vordringlich behandelte Frage ist: Wie kriegen wir den Laden dicht? - obwohl offenbar ist, daß wir ohne bzw. gegen die Basis dichtmachen müßten. Die Diskussion bewegt sich zeitweise in Machtkategorien, es geht nicht mehr um den Sinn, sondern um die (quasi militärische) Machbarkeit, die "richtigen Inhalte" werden über die Selbstbestimmung der Massen und damit in der konkreten Situation auch gegen sie gestellt. Weitgehend ohne Rücksicht auf die konkreten Bedingungen wird eine Taktik durchgezogen, die kaum noch in Frage gestellt wird.



Kurz vor dem ersten Streiktag erscheint ein als "Information" getarntes Statement der Uni-Leitung, in welchem dem Asta ein Zwangsgeld angedroht wird für den Fall, daß er an weiteren "rechtswidrigen Maßnahmen" mitwirke. "Sollten dennoch weiterhin solche Maßnahmen vorbereitet werden, so werden notfalls Gegenmaßnahmen eingeleitet werden." Der Bulleneinsatz ist damit vorgegeben.

Der erste Streiktag läuft dennoch zunächst relativ gut an. Um 5 Uhr morgens besetzt das Sowi-Streikplenum das Oec (das gemeinsame Lehrgebäude der Sozial- Und der Wirtschaftswissenschaften). Bis sieben Uhr sind die restlichen Gebäude des "Geisteswissenschaftlichen Zentrums" (mit Ausnahme des Juridicums - wer da wohl sitzt?) dicht. Gegen 9 Uhr taucht dann die Bullerei am Blauen Turm auf und räumt kurz darauf den Zugang frei. Gegen 11 Uhr wird das Oec mit recht massivem Bulleneinsatz "frei"gemacht, dabei werden die 28 Besetzer auf Anweisung der Uni-Leitung erkennungsdienstlich behandelt. Die übrigen Streikposten bilden ein Spalier vor dem Eingang zum Oec. Von den ca. 200 Wiwis, die vor dem Gebäude stehen - die Wiwi-VV hat sich gegen den Streik entschlossen -, gehen dann vielleicht 20 unter Johlen und Klatschen hinein, nachdem die Bullen eine Innenbeschichtung unseres Spaliers gebildet haben. Zum Teil holt der jeweilige Prof sie einzeln aus der Menge und nötigt sie, ihm zu folgen. Schließlich ziehen die Bullen frustriert ab, weil sowieso keiner mehr rein will und ihr Einsatz ziemlich dämlich aussieht.

Nach der Kriminalisierungs-Orgie im Oec ist die Konfrontationsbereitschaft in den übrigen Gebäuden allerdings so stark gesunken, daß z.B. im VG nur noch 10 Bullen erscheinen müssen, um eine Blockade zu brechen. Unter obrigkeitsstaatlicher Aufsicht ist das VG dann offen, aber der Eingang unter den Transparenten ist so von Streikposten bevölkert und die Anwesenheit der Bullen so aufdringlich, daß sich etliche Lehrende und StudentInnen weigern, das Gebäude zu betreten und Lehrveranstaltungen abzuhalten.

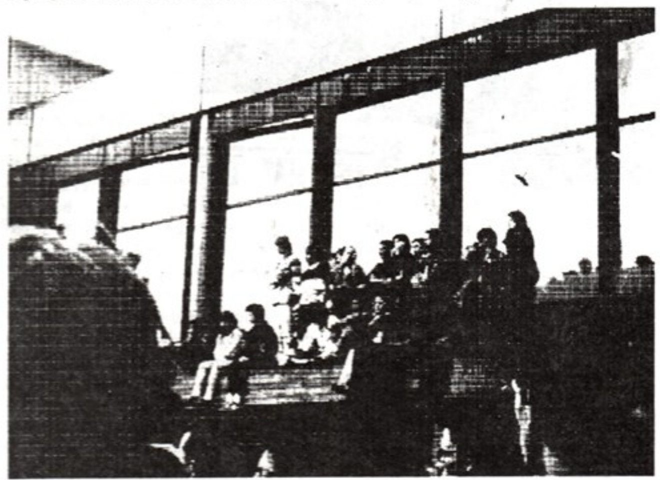
Die Stimmung nach diesen Ereignissen ist merklich gesunken. Es ist klar, daß Blockaden nicht mehr möglich sind, wenn die Staatsgewalt eingreift - rein physisch und aufgrund der zu erwartenden Repression. Außerdem ist nur allzu deutlich geworden, daß mittlerweile die überwältigende Mehrheit der Studis nicht mehr hinter den "Kampfmaßnahmen" steht. Die Stimmung ist noch immer gegen die Sparbeschlüsse, aber der normale Ablauf des Semesters soll nicht gestört werden: gegen Ende des Semesters geht es um die

Scheine. Für den folgenden Streiktag am 30.6. werden "weiche" Methoden beschlossen: eine optische Aufbereitung mit Transparenten und Wandzeitungen und dezent in den Weg gerückten Tischen an den Eingängen, Infocafés, Gänge in die Seminare, um den geregelten Uni-Ablauf zu verhindern und um zu agitieren. In der Einstellung zur Haltung der "Normalos" (= die beugsamen usw. MitläuferInnen des Systems) ist eine Wandlung bei den "autoritären" AktivistInnen zu verzeichnen: Jetzt, wo die Kräfteverhältnisse so eindeutig gegen den Widerstand stehen, besinnen sie sich auf die Kraft des Dialogs. Die Normalos werden als Gesprächspartner mit ihren Ängsten, Bedürfnissen und ideologischen Hemmungen ernst genommen. Unklar bleibt nur, ob dies Ergebnis eines taktischen Verhältnisses zur Autonomie der Individuen ist oder eine tatsächliche Wandlung (aufgrund der veränderten psychologischen Situation?) - was sich sicherlich nicht pauschalisieren läßt.

An diesem Tag zeigt sich, wie wichtig eine Blockade für den Sinn eines Aktionstages ist: Jetzt, wo klar ist, daß die Veranstaltungen stattfinden können, erscheinen wieder hunderte von lernbegierigen (igitt!) Studis, und sei es nur, um einen Schein und das Semester zu retten. Die Entschuldigung fürs Fernbleiben von Seminaren ist entfallen, der u.a. von den Profs erzeugte Leistungsdruck erweist sich als stärker als alle moralischen Appelle an Kampfbereitschaft und Solidarität. Die wenigen, die den "Reststreik" (oder wie mensch das noch nennen kann) unterstützen, kommen sich verarscht vor. Unter diesen Umständen ist z.B. das Infocafé im VG zeitweise nahezu verwaist. Die Normalos, die jetzt nicht mehr zur inhaltlichen Auseinandersetzung gezwungen werden können, ignorieren es einfach.

Noch schlimmer sind die Gänge in die Seminare. Wo die ProfessorInnen nicht bereit sind, findet keine Diskussion statt. Zahlreiche Rausschmisse sind die Folge. Bei Abstimmungen spricht sich gewöhnlich die überwältigende Mehrheit der Studis gegen eine Diskussion aus. In einem Seminar hat der Professor mehr Interesse an einer - strategischen - Diskussion als die StudentInnen. Allgemein vorherrschend unter den Normalos sind Ratlosigkeit und Resignation und das Beugen unter die Leistungsanforderungen von ProfessorInnen und Studienordnung. Unter den AktivistInnen macht sich eine ziemliche Lähmung breit. Niemand ist mehr bereit, in Seminare zu gehen, nur um abgefertigt zu werden. In dieser Situation sind die geschaffenen Zusammenhänge wichtig, um den Frust und die beginnende Resignation aufzufangen und Handlungsperspektiven zu entwickeln.





(An dieser Stelle habe ich aus Zeitgründen zwei Abschnitte ausgeklammert. Sie folgen in der nächsten AKTION. Sorry!)



6. Folgerungen für die Mobilisierung

Ganz offensichtlich fehlt gegenwärtig die Massenbasis für einen wirkungsvollen Protest. Wie sie zurückgewonnen werden kann, darüber gab und gibt es unterschiedliche Auffassungen, die in den Streikplena zeitweilig zu einer Polarisierung zu führen drohten. Die taktischen Alternativen bestehen darin, erstens die Konfrontation mit den Studis zu suchen, d.h. weiterhin in die Seminare zu gehen, Veranstaltungen zu machen, aggressiv für weitere und umfassendere Kampfmaßnahmen aufzutreten (ohne freilich einen moralischen Graben zwischen AktivistInnen und Normalos aufzureißen), wobei versucht wird, die eigenen bestehenden Widerstandsformen und -perspektiven für die Normalos plausibel zu machen, und zweitens den Normalos Aktionen und Aktionsformen anzubieten, die für sie tragbar sind, bzw. sie zu eigenen Aktivitäten aufzurufen, um sie überhaupt wieder in den Widerstand einzubinden. Die Chancen für beide Wege sind an dieser Stelle schwer abzuschätzen, weil dafür zunächst eine Analyse des bereits bestehenden Grabens zwischen AktivistInnen und Normalos und der Ursachen der Passivität der Normalos erforderlich wäre.

Das Dilemma besteht darin, daß wir zuwenig Aktive sind, um beide Wege zu gehen: Wir bräuchten mehr Leute, um mehr Leute werden zu können. (s. dazu auch Abschnitt 8.3. in der nächsten AKTION) Die Einschätzung der Effektivität und des langfristigen Nutzens

ist in den Streikplena umstritten. Während sich zuerst die Fraktion, die auf Konfrontationskurs gehen will, eindeutig gegen die "kooperative" Fraktion durchgesetzt hat, hat die Bereitschaft zur direkten Konfrontation nach dem zweiten Streiktag merklich nachgelassen. Es bleibt abzuwarten, wie der Prozeß der taktischen Einschätzung sich weiterentwickelt, da jetzt noch alles im Fluß ist.

7. Perspektiven des Widerstands

In den letzten Wochen hat sich eine unter den AktivistInnen nahezu geschlossene Perspektive des weiteren Vorgehens herausgebildet. Die Aufrechterhaltung der Kommunikationsstrukturen, wie sie die Streikwoche vom 11.-18.5. herausgebildet hat, wird, auch als Langzeitperspektive, als notwendige Basis für jeden weiteren Widerstand angesehen. Das bedeutet kontinuierliche inhaltsbezogene Arbeitsgruppen, regelmäßige Fachbereichsplena, in denen die Ergebnisse der AGs vorgestellt und diskutiert werden, wöchentliche Fachschaftstreffen, Infocafés usw. In den AGs sollen u.a. eine inhaltliche Aufarbeitung der Sparmaßnahmen, der NHG-Deform und des bisherigen Widerstandes geleistet und Perspektiven des weiteren Widerstands entwickelt werden sowie konkrete Vorbereitung geschehen. Diese Aktivitäten laufen zunächst auf die Fortsetzung und erneute Wiederbelebung des Widerstandes im Wintersemester (WS) hinaus. Angestrebt ist ein unbefristeter Streik ab Beginn des WS. Dieser Streik muß inhaltlich, strategisch und taktisch ausgefeilter sein als die Aktionen dieses Semesters. Das erfordert erhöhten Einsatz der Gesamtheit der Studis in den oben angesprochenen Kommunikationsstrukturen. Erst wenn wir eine ausreichende Basis haben, können wir überhaupt einen effektiven Widerstand leisten.

Für die StudentInnen bestehen die Möglichkeiten darin, geistige und politische Unruhe zu schaffen und die gesellschaftlichen Kosten hochzutreiben, indem sie eine (unbefristete) Blockade und Sabotage von für Staat und Wirtschaft wichtigen Forschungsprojekten betreiben. Die Probleme der Mobilisierung, zumal nach der erneuten Unterbrechung der Kontinuität des offenen Widerstands, der Legitimierung und der notwendigen Ausweitung auf weitere gesellschaftliche Gruppierungen (Arbeitslose, Sozi-Empfänger, Jobber, Arbeiterschaft) sind offensichtlich. Wir kämpfen nicht nur gegen den Staat und kapitalistische Interessen, sondern auch und zunächst einmal gegen die bürgerliche Ideologie und bürgerliches Bewußtsein in den Köpfen unserer Mitmenschen. Erst wenn die Menschen bereit sind, auf der Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu bestehen und für ihre Interessen zu kämpfen, und nicht nur einen Alibi-Protest zur eigenen Gewissensberuhigung zu leisten, besteht eine Chance. Der Erfolg steht und fällt mit unserer Fähigkeit, einen unbefristeten Streik bei breiter (und möglichst aktiver) öffentlicher Solidarität (der gute alte Generalstreik!) aufrecht zu erhalten. Bla.

(Fortsetzung folgt)

Ol' Blue Eyes



Wollen die Anarchisten die Uni verwüsten?

Wie in der letzten AKTION angekündigt setzten wir die Diskussion um Uni/Bildung fort. Vom 7.-12.2.86 fand in Lutter ein Treffen anarchistischer StudentInnengruppen statt. Anlaß war das Bedürfnis nach funktionierenden und übergreifenden Zusammenhängen zwischen anarchistischen Gruppen und Menschen, also Vernetzung, Informationsaustausch, Erfahrungsaustausch, gegenseitige Hilfe in Theorie und Praxis, Aufhebung von Vereinzelung und Isolation.
Die nach dem Treffen veröffentlichte Erklärung, die noch gültig ist, stellen wir hiermit zur Diskussion.



Vorläufige Erklärung der Föderation Anarchistischer SchülerInnen und StudentInnen

PULVERFASS

Als SchülerInnen und StudentInnen grenzen wir uns keinesfalls gegen die restliche libertäre Bewegung ab, sondern sind ein Teil in ihr und dem Widerstand gegen alle autoritären Systeme und Bestrebungen. Deshalb haben wir keinen direkten Schwerpunkt, sondern arbeiten sowohl an der Uni/ Schule als auch in anderen politischen Bereichen, wie im Kampf gegen das Atomprogramm, den Militarismus, das Patriarchat und ähnlichen Menschereien..

Wir wollen zwar die Schule/Uni abschaffen, aber da's bis zur Revolution noch was hin ist (?? d.S.), begnügen wir uns zunächst damit sie zu plündern: Wir nehmen uns was wir brauchen -- BILDUNG -- besser (AUS)BILDUNG -- KNETE -- und neue MITSTREITER/-INNEN.

Die Uni und die Schule sind für uns Untertanenfabriken, in denen durch autoritäre Mechanismen wie Leistungs- und Konkurrenzdruck, profitorientierte LEERpläne und Herrschaftssprache psychisch verkrüppelte Menschen erzeugt werden.

Für uns heißt heute StudentIn sein: Einer staatlichen Institution ausgeliefert zu sein, die nicht unseren Bedürfnissen entspricht; keine akzeptablen (?) Berufsaussichten zu haben; bedroht zu sein von zunehmender sozialer Verelendung, verschärften Studienbedingungen und Repression (HRG, Bafög-Ämter...), Abschaffung von Forschungsfreiheit (gab's die an der Uni, d.S.) und Mitbestimmung.

Unser Gegenentwurf hierzu ist: Selbstbestimmtes und befreites Lernen, indem wir ohne Zwang und Autorität aus freier Entscheidung die Inhalte wählen, die sich an unseren eigenen Interessen und Bedürfnissen orientieren. Alle Lernbereiche stehen gleichberechtigt nebeneinander (Geistes- und Naturwissenschaften, Technik und Handwerk). Lernen soll Spaß machen, als gehört auch Spielen, Träumen, Schmusen ... dazu. Ansätze dazu sind Freie Schulen, Volkshochschulen in Dänemark z.B., Selbstunterricht von und mit Freunden.

Vorläufig können wir jedoch nur die Verhältnisse für uns ausnutzen:
- in Seminaren den anarchistischen Standpunkt vertreten und einbringen
- eigene Seminare und Veranstaltungen organisieren, bzw. Lehrveranstaltungen umfunktionieren, stören und notfalls sprengen.
Ganz konkret -- DAS UNISYSTEM ZU SABOTIEREN --
Das vermittelt uns Selbstvertrauen, bringt Erfolgserlebnisse, wir gewinnen neue Leute und Sympathien und wir werden schlauer.



Wir müssen allerdings erkennen, daß unsere Aktionsmöglichkeiten nach den äußeren Umständen unterschiedlich sind. In den verschulten Spezialausbildungen wie z.B. Medizin, Maschinenbau, Physik etc. sind wir zur Zeit auf das Wissen und die Ausbildungsmöglichkeiten angewiesen, die fast ausschließlich von autoritären Institutionen angeboten werden und zu denen es fast keine Alternative gibt. In diesen Institutionen ist die Repression besonders hoch. Darum ist es besonders wichtig, dieses Wissen, soweit brauchbar, nach abgeschlossenen Ausbildung weiterzuvermitteln, um das Ausbildungsmonopol zu brechen.

Hierzu gehört eindeutig die Ablehnung des gängigen Wissenschaftsbegriffes, der die empirische "Unfehlbarkeit" zur absoluten Wahrheit erklärt. Wir stellen fest, daß die wissenschaftlich anerkannten Wahrheiten/Erkenntnisse die der jeweils interessierten Herrschenden sind.
Wissenschaft und Forschung stehen entweder direkt im Dienst von Kapital und politischer Ideologie und/oder legitimieren sie. Dies geht einher mit einer blinden Fortschrittsgläubigkeit nch dem Motto: ALLES ist machbar -- wir haben alles im Griff.

Ökologische und soziale Zusammenhänge werden von Technokraten und Politikern bedenkenlos zerstört nach der Prämissen:"Mensch mach die die Erde Untertan! - Nach uns die Sintflut!" Die Menschen werden daran gehindert, dich als natürlicher Teil einer Gesamtheit zu begreifen und dementsprechent zu handeln. Wo immer sich Widerstand dagegen regt, wird versucht ihn brutal niederzuschlagen.

ANARCHIE ist für uns aber eine Lebenshaltung und Philosophie, die unseren direkten persönlichen Bezug zur Mitwelt darstellt. Unsere Gefühle stehen gleichberechtigt neben unserem rationalen Denken.
Deshalb fühlen wir eine starke Verbundenheit zur Natur, die für uns keine auszubeutetende Nutzquelle ist, sondern unser Lebensraum und damit ein Teil von uns selbst.
Wir streben eine Gesellschaft an, in der das materialle Wertesystem aufgehoben ist und anstelle dessen ein umfassendes Bewußtsein tritt; in der Hinsicht kö nnen wir z.B. viel von Indianern lernen.



Noch einige Worte zu ASTA und Unigremien:
Diese Institutionen sind als politische Spielwiese und Trainingsfeld für diese Gesellschaft zu verstehen. Sie repräsentieren ein politisches System, das wir ablehnen, weil es die Menschen verarscht und jede Selbstbestimmung as absurdum führt. Da ASTA/STUPA allerdings durch ihre Finanzdecke und technische Ausstattung einen politischen Machtfaktor darstellen, mit dem Menschen manipuliert werden, benutzen anarchistische StudentInnengruppen ASTA/STUPA durch Teilnahme an Wahlen dazu, mit Geld und Technik emanzipatorisch-herrschaftsfreie Inititativen zu fördern. Andersherum wird anti-emanzipatorischen Bestrebungen, wie den verschiedenen Parteiklüngeln dadurch ein Stück Aktionsmöglichkeit entzogen.
Durch imperatives Mandat der Gruppe und direkte Kontrolle der Delegierten, sowie kollektives Handeln (Referatskollektive) glauben wir die korrumpiernde Wirkung der Institutionen auf den/die Einzelne/n in der Regel verhindern zu können.
Allerdings sind in diesem Punkt die Meinungen unterschiedlich:
- der erste Standpunkt lehnt Beteiligungen an Wahlen und Gremien rundweg aus grundsätzlichen Erwägungen ab (Staatskohle korrumpiert, Beteiligung stützt das System, das Bestehende lämt die Alternativen).
- der zweite Standpunkt geht davon aus, daß Geld/Technik gebraucht werden, um politisch effektiv und wirkungsvoll handeln zu können: "Vom Kleckern zum Klotzen..." Bestehende Institutionen können zur Erreichung eigener Ziele relativ leicht genutzt werden.

Viel grundsätzlicher aber ist aber die Frage, was wir von Schule/Uni überhaupt noch wollen. Das läßt sich nicht pauschal erklären. Sicher hegen die einen immer noch im Stillen die geheime Hoffnung mangels besserer Alternativen in irgendeinen Job unterzukommen, der ohne allzuschlimme Selbstverleugnung die eigene Existenz sichert. Das kann eine gefährliche Illusion sein. Die anderen gehen noch wegen Bafög, Knete, Krankenkasse, öffentliche Verkehrsmitteln, Steuern etc. zur Uni, haben aber innerlich mit dieser Gesellschaft gebrochen und streben tatsächliche Veränderungen an.
Perspektivlosigkeit und Hoffnung auf gesellschaftliche Nischen hindern aber allzuviele daran, ihre Utopie konkret umzusetzen und sofort damit anzufangen.

SCHAFFT DEN "FEIERABENDANARCHISMUS" AB!

I. Anarchistisch/Autonomes Uni-Plenum an der Frankfurter Uni

Endlich war es geschafft! Am 24.6. trafen sich zum ersten Mal StudentInnen aus dem anarchisitsch/autonomen Spektrums an der Uni. Aufgerufen hatte das Autonome Tutorium "Funktion der Uni zur Herrschaftssicherung des Kapitals", das in der AKTION Nr. 27 bereits vorgestellt wurde. Die Idee war, all die Leute, die von anderen Kämpfen und Demos bekannt waren, aber an der Uni vereinzelt und zum Teil frustriert herumschwirrten, kennenzulernen.
So kamen denn auch ca. 50 StudentInnen zum Plenum. Anfangs wurden die Geschichte der Autonomen Tutorien vorgestellt, an denen aber entgegen dem Namen sehr wenige Autonome mitarbeiteten. Es wurde überlegt, ob es möglich wäre, kritisch auf die Tutorien einzuwirken und selber neue auch außerhalb des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften zu fordern. Dazu wären aber erstmal funktionierende Fachbereichsgruppen notwendig, um genügend Druck auf die jeweiligen Fachbereichsräte zu entwickeln, damit diese dann die bezahlten Stellen bewilligen.
Darauf folgten verschiedene Einschätzungen zur Lage und Funktion der Uni, bis die interessante Frage auftauchte: Worin unterscheiden wir uns eigentlich von den anderen Hochschulgruppen, die zum Teil ähnliche Analysen hätten?
So unrealistisch wie es im Moment auch klingen mag, meinte jemand, ist die Zerschlagung der Universitäten ein wichtiger Punkt, der uns von anderen unterscheidet. Diese wollen nur die Uni verbessern, eine bessere Qualifikation einzufordern, und damit das kapitalistische System zu optimieren.

Ein weiterer Punkt war die Diskussion um Uni und Lohnarbeit, der auch auf dem Folgetreffen breiten Raum einnahm.
Es wurde festgestellt, daß nur etwa 30 % der Studies überhaupt Bafög bekommen und davon die wenigsten den Höchstsatz. Folglich sind sehr viele gezwungen neben dem Studium zu arbeiten. Wichtig aber ist es wie mensch sich an seiner Arbeitstelle verhält. Begreift mensch das ganze als lockerer Job oder entwickelt mensch ein solidarisches Verhältnis zu seinen MitarbeiterInnen, z.B. indem mensch Rücksicht auf die von diesen erkämpften Bedingungen nimmt (lange Pausen machen, langsam arbeiten etc.).
Desweiteren wurde versucht Verbindungslinien zwischen Uni und Lohnarbeit zu finden, z.B. Jobvermittlungstelle, Lohnarbeit an der Uni (Putzkolonnen, Bürokräfte, Tutorenstellen, wissenschaftliches Personal...), Seminare und Institute, die die Ausbeutung und Unterdrückung verbessern helfen...

Während der Semesterferien trifft sich das Uni-Plenum jeden 1. Mittwoch im Monat um 18 Uhr vor dem Koz/StudentInnenhaus, Jügelstr. 1.

JOTA

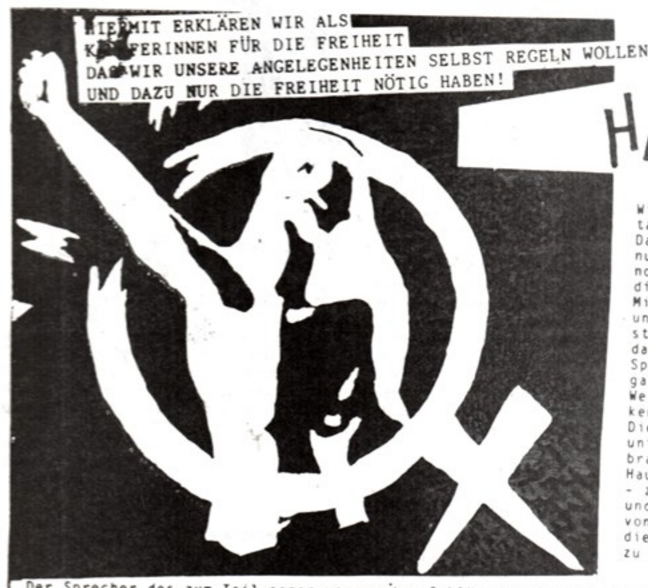


COUNT-DOWN LÄUFT
Texte der Autonomen Studis

"Wir wenden uns an die Lebenden. Das ganze Gerät soll ein bescheidener Beitrag dazu sein, dies Lebenden in den Mausoleen der "Wissenschaft" zusammenzubringen, um der Herrschaft der angehäuften toten Arbeit, auch Kapital genannt, über die lebendige ein Ende zu bereiten."
In der 72 Seiten umfassenden Broschüre der Autonomen Studigruppe, die seit Sommer '83 an der Freiburger Uni existiert, geht es um:
- Uni und Kapitalismus
- "Wissenschaft"
- Bafög
- Anti-Uni-Woche
- Atomprogramm
- Wohnraumproblematik
- Südkorea
- Spanien
- Frankreich
- Aufbruch

Die erste Auflage vom März '87 ist erstaunlicherweise bereits vergriffen. Wer das "Gerät" bestellen will, schreibe an:
Autonome Studis
c/o Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstr. 15
7800 Freiburg





HAUSBESETZUNG

Wir, eine Gruppe von Frauen haben am Freitag das Haus in der Basaltstr. 7 besetzt. Das Haus steht seit fast 4 Jahren leer, nur eine Wohnung war bis vor 2 Monaten noch bewohnt. Die damalige Besitzerin die Stadt Frankfurt erklärte den letzten Mietern, daß das Haus saniert werden solle und danach wieder für sie zum Einzug bereit stände. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist das Haus mittlerweile in den Besitz des Spekulationsgiganten Ignaz Bubis übergegangen. Bubis machte seinerzeit schon im Westend durch seine Spekulationspraktiken von sich reden.
Die Besetzung wurde von ca. 150 Personen unterstützt. In den frühen Morgenstunden brach ein Rollkommando der Polizei in das Haus ein, und knüppelte sofort auf uns - zu diesem Zeitpunkt noch ca. 40 Frauen und Männer - los. 6 Leute wurden verletzt von Kopfplatzwunden über Knüppelschläge in die Nieren und zwischen die Beine, bishin zu Tritten ins Gesicht.

Der Sprecher des zum Teil sogar vermummten Schlägertrupps war dreist genug der Presse gegenüber zu behaupten, die Räumung wäre friedlich abgelaufen, ging sogar soweit, daß wir das Haus freiwillig verlassen hätten. In den Nachrichten hieß es dann auch prompt es hatte sich nur um eine symbolische Aktion gehandelt. A B E R :

Uns ein Haus zu nehmen, das uns zum Leben und vielen anderen Frauen als Treffpunkt und Kommunikationsmöglichkeit dienen soll, bleibt für uns weiterhin ein Versuch unseren Widerstand gegen das Herr-schaffts-System zu organisieren und unsere Utopien von einem befreiten Leben wenigstens ein Stück weit zu verwirklichen.- Und genau das wollen die herrschenden Herren verhindern. Außerdem kann ein besetztes Haus im Sanierungsgebiet Bockenheim eine Möglichkeit sein gegen Sanierungs,- und Verwertungspolitik zu kämpfen, gemeinsam mit den Menschen im Viertel.
UNSER WIDERSTAND

GEGEN HERRSCHAFTS ARCHITEKTUREN + BEVÖLKERUNGSKONTROLLE

HAT ERST BEGONNEN...!!!

Stadtplaner, politiker, Marktstrategen, Vermieter und BKA versuchen den Anschein zu erwecken, als täten sie etwas in unserem Interesse: "Sanierung zwei kleiner Bereiche in Bockenheim, in denen die Häuser am verrotten waren/Mietpreisbindung für 12 Jahre/Verkehrsanbindung der Leipzigerstraße bis zur Innenstadt und ans Westend durch die U-Bahn/Altenwohnheime/städtisches Jugendzentrum..."

Sie machen Werbung mit einer NOT-wendigkeit! Die Wohnungen in den alten Stadtteilen wie Bockenheim hatten und haben eine Renovierung sehr wohl nötig. Im Sanierungsgebiet in den verrottesten Häusern lebten und leben die Menschen mit den geringsten Einkommen und auch noch den höchsten Mieten. Das waren/sind meistens ausländische Bewohner/innen (über 30%), Rentner/innen und Studentinnen und Studenten. Seit 1971 wurden von fast der Hälfte der Eigentümer nicht mehr in ihre Häuser investiert. Kein Wunder, die Herren wußten ja schon seit den 60er Jahren, daß es ein Sanierungsvorhaben (als "Demonstrativbauvorhaben" des Bundes) gibt, auch wenn derSanierungsbeschluß erst 1979 rechtkräftig wurde. Diese Eigentümer denken nicht im Ernst an die Bewohner bzw. daran deren Bedürnisse nach verbesserten Wohnverhältnissen zu befriedigen. Vielmehr sind diese ihnen nur Mittel zum Zweck der Mietsteigerungen.

Herausfallen werden:-die großen ausländischen Familien und
-große Wohngemeinschaften,für die es im neuen Städtebau eh´weder Platz noch bezahlbare Wohnungen gibt
-Rentner/innen,denen die Nachbarschaftshilfe wegsaniert wurde,werden in das neugebaute Altenzentrum verfrachtet oder von mobilen Hilfsdiensten verwaltet
-Studentinnen und Studenten

Für diejenigen,die in ihre sanierte Wohnung zurück können,werden diese nach Aufhebung der 12jährigen Mietpreisbindung eh´unbezahlbar werden.Während dieser 12 Jahre werden die Mietsteigerungen in den sanierten Häusern durch Bundesmittel subventioniert.Das heißt: Die Mieter/innen bringen die Mietsteigerungen nicht als Mieter/innen sondern alsSteurzahler/innen auf.(In München sind nach der Aufhebung die Mieten innerhalb von 10 Jahren um 160% gestiegen./In Berlin, die letzte Stadt mit Mietpreisbindung in der BRD,wird genau das Gleiche zu beobachten sein.)

Die "drohende Verslumung und Ghettoisierung" ganzer Stadtviertel soll nach Wunsch der Stadtplaner wegsaniert werden.Die Ursache, die Verelendung/Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen,Bodenspekulationen und Mietwucher werden nicht beseitigt,sondern verstärkt.

Aber das ist das Sanierungsziel!Ziel ist es nämlich,"im Untersuchungsgebiet ein höheres Maß an sozialer Stabilität" zu erreichen."Einige Einseitigkeiten in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung sollen längerfristig ausgeglichen werden",denn die "Integrationswirkung" der "sozial Stärkeren" wird gebraucht. Für wen?

Mit der Androhung,die City-West zu bauen ,werden gleichzeitig ca. 20 000 Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor) entstehen.Gleichzeitig werden durch Rationalisierungen und Betriebsverlagerungen die Arbeitsplätze im Produktionsbereich (sekundärer Sektor) drastisch verringert: z.B. hat die DEMAG alle Arbeiter/innen entlassen.
Während die herangeholten,fachlich qualifizierten Angestellten der City-West mittleren und gehobenen Wohnbedarf anmelden werden, werden die Arbeiter/innen und Ungerlernten am Existenzminimum herumkrebsen und sich ne andere Wohnung suchen müssen.Fragt sich nur wo?

Genauso sieht´s jetzt schon auf der Leipzigerstraße aus.Die "Aufwertung" durch die Verkehrsanbindung mit der U-Bahn hatte Wuchermieten zur Folge und damit eine massenhafte Aufgabe kleiner Läden.An deren Stelle treten kapitalkräftigere Lebensmittel- und Restaurantketten oder auch Luxusläden,die eher auf den Käufer des Westends und der vielen Dienstleistungsbereiche hin orientiert sind.

Die Kaputtgesundung Bockenheims ist exemplarischer Bestandteil des Rahmenkonzepts NEUES MODERNES FRANKFURT. Diese schrittweise Umstrukturierung Frankfurts zur Metropolenstadt im Herzen Europas ,zur Dienstleistungszentrale bundesrepublikanischer Vermarktung und Verwertung ist erklärtes Ziel der HERREN im Planungsdezernat der Stadt

Bei der Propagierung ,Ffm müsse auch weiterhin zum Zentrum der Dienstleistungen ausgebaut werden,geht es den Technokraten am grünen Tisch in keinster Weise um eine verbesserte Versorgung mit Dienstleistungen aller Art für jedefrau und jedermann,was hieße,daß die Versorgung den Bedürfnissen angepaßt dezentral ,für alle gut erreichbar,organisiert werden müßte.Vielmehr zielt die Umwandlung der Stadt auf eine optimale Bedürfnisbefriedigung wirtschaftlicher Interessen.

Konkret ist damit der Ausbau des Zentrums Bankfurts gemeint, in dem SIE ihre Zirkulation,Kauf und Verkauf von Waren, die damit verbundenen Geld- und Kreditgeschäfte,Versicherungen und Verwaltung möglichst effektiv betreiben können.
Die Stadtplaner haben es sich zur Aufgabe gemacht,die erforderlichen Rahmenbedingungen für diese Zentrale zu schaffen, was heißt: - die verkehrstechnische Erschließung zu forcieren z.B. den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens,die direkte Flugverbindung mit Hubschrauber von dort zur Messe, den Bau neuer Autobahntrassen und -zubringer,Cityring und Parkhäuser, die sich orientiert an der schnellen Erreichbarkeit der city.

Des weiteren hat sich die Stadt verpflichtet, neues Gewerbegebiet für Büroflächen (von denen jetzt bereits 1/3 mill. m ungenutzt leerstehen) auszuweisen,was z.B. die Kahlschlagsanierung des Westends zur Folge hatte.

Und die Rechnung geht für die Stadt auf,angesichts dessen ein Arbeitsplatz im Tertiären Sektor das dreifache an Gewerbesteuern abwirft verglichen mit einem Arbeitsplatz in der Produktion.
Im City-Leitplan von 82, der die stadtplanerischen Voraussetzungen schaffen soll, den Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen,formulierte Albert Speer,Sohn des faschistischen Gigantomanen-Architekt gleichen Namens,das folgendermaßen:
"Durch die Einführung neuer Produktionsformen und Rationalisierung im Bürosektor ist der Bereich "Arbeiten in der Stadt" starken Veränderungen der Rahmenbedingungen unterworfen,die ihre Auswirkungen auf Flächenbedarf,Standortgunst und Stadtlandschaft haben."

making business in bankfurt - city

Parallell zum Ausbau dieser "city-landschaft", deren Attraktivität -die konzentrierte Anreicherung mit Luxuskonsumrennbahnen und Stahl-Glas-Kultur-Erlebniszonen für die high-society-die Illusion der weltstädtischen Metropole inszeniert,bleiben auch die angrenzenden Regionen der city von der Stadtverplanung nicht verschont.

Hierarchisch abgestuft nach den Anforderungen des City-erweiterungskonzepts,werden die umliegenden Stadtteile entweder zum "city-nahen-Wohngebiet" für die zahlungskräftigen Angestellten umgewandelt(Westhafen, Ostend),oder zum Gewerbeansiedlungsgebiet erklärt für weitere Megabürotürme.
(von Heddersheim Nord über Sachsenhausen-Süd bis Flughafen, von Messe,Mainzer-,Hanauer Landstr., übers Bankenviertel und Gutleut bis zur special-Konstruktion der City-West)

Die letzten Viertel mit billigen Altbauten und ner erträglichen Umgebung werden je nach Bedarf saniert,modernisiert oder abgeholtzt und in astronomische Höhen driftende Mieten sind da kein dummer Zufall.

Die Menschen,die für die Schaffung kapitalistischen Profits unnötig geworden sind oder sich immer schon dem Zwang zur Arbeit verweigert haben werden nach ihren Plänen an die Peripherie der Stadt verbannt.Sie spielen keine Rolle mehr im Konzept menschlicher Totalverwertung, außer als abrufbereite Manövriermasse für unterbezahlte Büroputzkolonnen oder image-pflegende Grünzonenpolitur.

KRIEG DEN KÜNSTLERN DER SPRINGBRUNNENBESTÜCKTEN ERLEBNISOASEN IM HERZEN DER BÜROLANDSCHAFTEN

SPRENGT DIE SYMBOLE DER SELBSTHERRLICHEN DEMONSTRATION DER ALLMACHT !!!!

Wir lassen uns nicht bestechen und ruhighalten mit den kleinen Verbesserungen des " Lebensstandards ", uns geht es darum, endlich die Dinge abzuschaffen, die uns unterdrücken und kaputtmachen sollen : Männergewalt auf allen Ebenen, menschenverachtende Lebensbedingungen, Ausbeutung für den Profit der reichen Schweine, Zerstörung von Natur,- und Lebensraum etc ...

Mit Frauen zusammen in einem besetzten Haus Widerstand zu leben heißt für uns, daß die Besetzung für uns nicht bei der reinen Beschaffung von Wohnraum stehen bleiben darf.

Wir wollen keine " Schoner-Wohnen - Nische " wir wollen mehr !!

Für uns kann das Haus ein Anfang sein Frauen, die in Frankfurt und Umgebung in festen Zusammenhängen oder auch als Einzelpersonen vor sichhinwurschteln,
Frauen, die ihren Weg zur Frauenbefreiung relativ klar haben, aber auch Frauen, die hier erst mal ihr permanent diffuses Unbehagen ernst nehmen wollen, zusammenzubringen.
Die Isolation unter uns muß gebrochen werden, um endlich gemeinsame Strategien entwickeln zu können.

OHNE REVOLUTION KEINE FRAUENBEFREIUNG !

OHNE FRAUENBEFREIUNG KEINE REVOLUTION

Wir haben es satt, uns ständig an zwei Fronten aufzureiben :
Auf der einen Seite kämpfen wir hier mit Männern zusammen gegen Imperialismus und Kapital, für ein selbstbestimmtes Leben ohne Macht einzelner Menschen über andere, ohne Konkurrenz,- und Leistungsdruck und ohne Hierarchien.

Auf der anderen Seite müssen wir genau in diesen Zusammenhängen gegen dieselben Herrschaftsstrukturen ankämpfen.

Nicht nur Hausfrauen und Mütter haben in der Gesellschaft die Aufgabe, ihre Männer für den täglichen Verwertbarkeitsprozess wieder hochzupeppeln, sie zu reproduzieren. Auch wir sollen in den " eigenen Reihen " Reproduktionsarbeit leisten. Wir sind viel zu oft die Seelischen Mülleimer der Scene, bei denen Mann sich so richtig ausquatschen kann. Wir müssen uns anglotzen lassen, sind in der Scenekneipe " schön " und schaffen es in Politdiskussionen, " Weiblichkeit " und Theorie - geklotze wohldosiert zu verabreichen.

Alles aus Liebe oder was !?!

Die " Frauenfrage " bleibt ein Nebenwiderspruch, der zwar erwähnt, eventuell nebenbei abgehandelt wird, oder als letze Phrase auf Flugis auftaucht, - .
fließt aber nicht in eine Analyse des Gesamtsystems mit ein, und einen praktischen Ausdruck im Alltag findet sie schon gar nicht.

Wir können und wollen unseren Widerstand nicht mehr vom Alltag trennen; wenn wir hier den Frauenwiderstand organisieren wollen, schreit das für uns nach Ganzheitlichkeit !!!!

AN DIE HERREN DIESER WELT :
MACHT UNS NICHT WEISS, DAß WIR EUCH GLEICH SIND
WIR SCHEIßEN AUF EURE GLEICHHEIT,
AUF GLEICHEN LOHN FÜR EURE DRECKSARBEIT;
GLEICHES RECHT AUF EURE LÜGENPARAGRAPHEN;
GLEICHE BEHANDLUNG IN EUREN KNASTEN
GLEICHE AUSBILDUNG FÜR EURE VERBILDUNG
GLEICHEN ANSPRUCH AUFS LEIDEN IN DER EHE

WIR WOLLEN WEDER GLEICHBERECHTIGT MIT ANDEREN MENSCHEN UNTERDRÜCKT WERDEN, NOCH GLEICHBERECHTIGT ÜBER ANDERE MENSCHEN HERRSCHEN.
WIR WOLLEN NICHT EIN TEIL DER MACHTSTRUKTUREN WERDEN,
WIR WOLLEN DIESE MACHTSTRUKTUREN BRECHEN !!! JAWOLL !!!

UNSRE KRIEGSERKÄRUNG IST EINE DOPPELT,- UND DREIFACHE !!!!

FRANKOFORTE SPOTTLIGHTS

Widerstand gegen die Lebensbedingungen in diesem System macht sich bekanntlich nicht nur an den "großen" Taten fest. In einer Stadt wie Frankfurt (wie in jeder anderen auch) gibt es ganz unterschiedliche und vielfältige Widerstandsaktionen, die niemals in der Presse erscheinen und auch von der "Szien" selten zur Notiz genommen werden. Wir wollen an dieser Stelle in Zukunft Material über solche Widerstandsformen sammeln, ob Sprühtour, Scherbentango, ob Amtsbesuch, oder kollektive Enteignung, ob Demo oder Hönkel, ob sich Leute ein Stückchen Straße erobern (durch verbotene Straßenfeste oder einfach durch "autonome Absperrungen"), es soll in dieser Rubrik dokumentiert werden, daß abseits der landauf landab geläufigen Kampagnen der tägliche Widerstand auch, oder vielleicht sogar vor allem, im vorerst Unsichtbaren liegt.

Schreibt also, wenn ihr irgendetwas von Menschen mitbekommt, die sich, auf welche Art auch immer, ein Stückchen Autonomie bzw. Freiraum erkämpfen, damit der Lokalteil Frankoforte vielleicht auch mal wirklich so was wie ein Spiegel des Widerstands und der Auseinandersetzung wird.

Für das erste Mal gibts erst mal wieder nun News aus der "Szien", aber das wird sich hoffentlich in Zukunft durch n bissi Beobachtung auch ändern, so fand am 11.6. als Reagan unbedingt glaubte die Menschen in Berlin mit seiner Gegenwart belästigen zu müssen, auch in Frankfurt eine "Hönkeltour" bzw. der Versuch derselben statt. Fuffzig Leutchen hatten sich versammelt, drehten eine Runde um die Hauptwache und tauchten ab, als die Bullen mit Tamtam angerauscht kamen. Es sollten dann an verschiedenen Punkten in der City amerikanische Einrichtungen besucht werden. Das Ganze scheiterte, bis auf eine gehönkelte Scheibe an einem Yankee-Pornoladen, am allzu fröhlichen Herumgeblöcke in der U-Bahn, wann was wo das nächste Mal laufen wird.

Zum Kirchentag gabs begleitend eine kurze Spontandemo von vielleicht hundert Leutchen durch Bockenheim, diese wiederum beschützt von vierhundert Bullen, Hubschrauber, Wasserwerfern. Am Abend hatten die Horden, die plündern und morden eine Dresdner Bank Filiale abfackeln lassen, bei einer Commerzbank und noch mal einer Dresdner Bank die Scheiben auf Festigkeit überprüft. Sie hielten der Überprüfung nicht stand.

Dann bekam der Verein "Insel des Lebens" (Ultraabtreibungsgegner mit dem Spruch "Südafrika ist fern, auch unsere Kinder leben gern") der einen Filmvortrag im Hotel Hessischen Hof zum Thema "Abtreibung ist Mord" durchziehen wollte, von 60 Frauen und einigen Männern besucht, dabei ging bedauerlicherweise die Filmrolle zu Bruch, der kleine Festsaal wurde farblich etwas aufbereitet und einem Wachrambo flog die Filmrolle auf den Schädel, als der sich breitbeinig in die Tür stellte und die Frauen aufhalten wollte. Dabei wurde natürlich auch der Filmprojektor in Mitleidenschaft gezogen, da der ausgerechnet vor der Türe lag....

Ganz unbemerkt vom täglichen Hack hack, brannte am Gelände für die geplante Bundesgartenschau wieder einmal ein Bagger ab, das dürfte mittlerweile der fünfte oder sechste gewesen sein. Hinweis vielleicht darauf, daß "sie" ihr Plastikwiesenspektakel ähnlich werden schützen müssen, wie dereinst die Startbahn - West. Mensch stelle sich das vor, tausende von Gartenschauleuten rennen hinter Stacheldraht und Bullenkonvois hin und her um sich Blümchen anzuschauen.



Last not least hat auch das Libertäre Zentrum sein Ghettodasein gesprengt, es gibt dort montags jetzt so eine Art "offener Abend" wo Leute, die sich interessieren, mal hinkommen können.

Von den Hausbesetzungen in Neu-Isenburg (bzw. von der Versuchen davon), von der Bedrohung der "Au", des letzten besetzten Hauses in Frankfurt, nächstens mehr.

A.M.

HAMBURGER REGION

Regionalteil Hamburg - warum eigentlich?

Naja, erstens, weil es noch keinen gibt. Zweitens regional und nicht lokal, damit das hamburger Umland auch was davon haben kann. Und drittens, damit die AKTION mehr Bedeutung für die bundesweite Anarchismus Scene bekommt.

Wir von der Hamburg-Redaktion finden nämlich, daß es nicht unbedingt ein Zeichen von Selbstständigkeit und Unabhängigkeit - sprich Autonomie - ist, wenn es dutzende von kleinen Zeitungen in der BRD gibt, die jeweils nur eine geringe Zahl von Lesern erreichen.

Deshalb hier zum Einstieg erst mal ein bißchen "Nestbeschmutzung" von uns. Die anarchistischen Zeitungen müssen Kritik vertragen können und sie brauchen dies auch.

Es ist ein Dilema, daß jemand, um einen Überblick über die Scene (die Zeitungen macht bezw. sich in ihnen wiederfindet.) zu erhalten, diverse Blätter kaufen muß. Das nervt besonders dann, wenn einige Zeitungen auch noch gleichzeitig erscheinen und deshalb kaum unterschiedliche Artikel zu denselben aktuellen Sachen bringen. Für zumindest ärgerlich halten wir mehrere fast identische Artikel zu einem Thema in einer Zeitung. Beispiel Aktion: zwei Volkszahlungsboykottartikel in der Ausgabe 2/87! Es bedarf keiner zensorischen Zentral-Redaktion, um so etwas zu vermeiden. Die ständige Geldnot der Zeitungen sollte eine gute Platzausnutzung gebieten. Doppeltgemoppeltes und Altbekanntes muß zurückstecken.

Als letzter Kritikpunkt sei hier die häufige fehlende Aktualität der Texte erwähnt. Damit sind zwei verschiedene Dinge gemeint: Erstens herrschaftsfreie Widerstands- bezw. Lebensformen in der heutigen Zeit und zweitens das Alter der gedruckten Meldungen und Berichte. Uns Hamburgern ist beides wichtig.

Das heißt, es soll in Zukunft mehr über anarchistische Ansätze in Initiativen, Wohn- und Arbeitsgruppen, - eben überhaupt im sozialen und kulturellem Bereich geschrieben und nach- (bezw. vor-) gedacht werden. Zweck der Übung ist es, den Anarchismus (wieder)



zum Leben zu erwecken; also nicht Kopf + Bauch, Alles + Politik, Theorie + Praxis ständig zu trennen, sondern zu zeigen, wo anarchistisches Denken und Verhalten möglich ist und wo es schon Veränderungen bewirkt.

Also weg von den Anarcho-Helden-Retrospektiven ("Emma Goldmann - ihre Jugendjahre 3.Teil") und den lähmend romantisierenden Spaniengeschichten ("Es war so schön!") und hin zu HEUTE wichtigen Fragen, z.B.: Wie kann der Staatsloyalitätsbruch der Volkszählungsboykotteure aufgefangen werden? Warum gibt es so viele anarchistische Buchclubs und so wenige Werkstätten, Cafe's (die den Namen verdienen), freie Radios, anarchistische Kinos, Kunstschulen und Sportgruppen? - Fragen über Fragen. Wir meinen: Wieso, weshalb, warum - wer nicht fragt, bleibt dumm.

Um dem anderen Aspekt der fehlenden Aktualität abzuhelfen, wurde anläßlich der LIBERTÄREN TAGE in Frankfurt/M in der Medienarbeitsgruppe vorgeschlagen, verschiedene Zeitungen nacheinander und nicht gleichzeitig (Monatsanfang) erscheinen zu lassen, um - nach redaktioneller Absprache - jeweils ein aktuelles Blatt nach dem letzten Stand der Dinge anbieten zu können. Es würde mehr Aktualität des jeweiligen Blattes und mehr zeitungsübergreifende Zusammenarbeit beinhalten. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Alle anwesenden Vertreter verschiedener Redaktionen fürchteten, daß der Plan, als selbstständige Blätter zusammenzuarbeiten, sie zu eng aneinander koppeln würde; ein Scheitern des Projektes könnte das Aus für gleich mehrere Blätter bedeuten.

Entsprechend wurde die Idee eines anarchistischen Massenblattes (Tageszeitung!) eher belächelt als ernst genommen. Schade, schade. Vielleicht ist der Medienkongress am 4./5.Julie in Frankfurt/M eine Gelegenheit, mehr als eine handvoll Unterstützer der Massenblattidee zu finden.

Solange aber alles beim alten bleibt, kann die HAMBURGER REGION die von No. zu No. verkürzten Erscheinungszeiträume der Aktion nur aufs schärfste begrüßen. Interessant sind für uns Ansätze, um aus festgefahrenen Diskussionen und Aktionsformen herauszukommen. Und genau darum soll es in Zukunft im hamburger Teil der Aktion gehen: wir wollen Gruppen vorstellen, die neue bezw. andere Wege gehen und neue Perspektiven, Anarchie ins Leben zu rufen, vermitteln.

MELDET EUCH, WENN IHR INFORMATIONEN VERBREITEN ODER SELBER VORGESTELLT WERDEN WOLLT!

★

HAMBURGER REGION
C/o SCHWARZMARKT
Paulinenstraße 15, 2000 Hamburg 4

Kultur-Info:

"Cinema Aktion"

Schon des öfteren sind auf unseren Fest(en) Videos und dokumentarische Filme gezeigt worden. Die Genossen haben sich mit viel Begeisterung die Videos angesehen, insbesondere jene, die ein Stück ihrer eigenen Geschichte nachzeichneten.

Dies hat uns dazu bewogen, ein hamburger ANARCHO Film-Video INSTITUT zu gründen. Nachdem wir ein Jahr lang einen kleinen Bestand an revolutionär interessanten, den Widerstand verschiedener Volksgruppen und Menschen gestern und heute nachzeichnenden, satirischen und zur Diskussion anregenden Filmen gesammelt haben und nun im neuen Laden gerade dabei sind, die erforderlichen Geräte bereitzustellen, denken wir daran, wöchentlich bezw. alle 14 Tage den einen oder anderen Videofilm vorzuführen. Jeder Film- + Videofreund ist zu diesen Privatvorstellungen herzlich eingeladen. Zur Bestreitung unserer Kosten ist eine Gebühr von 1.- DM pro Person und Abend fällig.

Im CINEMA AKTION * Schwarzmarkt * Paulinenstr.15 * St.Pauli * wollen wir nicht nur interessante Spielfilme auf Video, Videos des hamburger und bundesweiten als auch ausländischen Widerstandes und dokumentarische Videos der Höhepunkte unserer Bewegung vorführen, sondern zukünftig auch interessante und witzige Low- und Now-Budge-Produktionen vorstellen und zeigen. CINEMA AKTION versteht sich als (Video)KINO der Bewegung und als Kultur von unten. Durch gemeinsames Ansehen von Filmen und anschließende Diskussion des gezeigten Filmes hoffen wir, die fernsehkulturelle Vereinzelung ein wenig aufzuheben und eine kollektive Auseinandersetzung mit bezw. Aneignung des Mediums Film zu ermöglichen.

Sowohl das "INSTITUT" als auch das "CINEMA AKTION" lebt von bezw. durch die Beteiligung seiner Besucher. Für Adressen und Kontakte zu Low- bezw. Now-Budge-Produzenten, Filmvorschläge und selbstaufgenommene Videos - sowohl selbstproduzierte als auch Spielfilmmitschnitte (VHS) - , bessere Geräte, Geldspenden und sonstige Kritik oder Anregungen sind wir außerordentlich Dankbar.

Programm, Datum und Anfangszeiten werden per Aushang im SCHWARZMARKT noch bekanntgegeben.

I.M.C. in Hamburg



Vom 22. - 24.06. tagte die internationai Monetary Conference (I.M.C.) in Hamburg (BRD). Leider war nichts vorbereitet, um die Schweine richtig begrüßen zu können. Der IMC ist die Dachorganisation der Banker der Welt. Seine Themen waren die Verschuldung der 3. Welt, die offenen Wechselkurse und die Probleme des Weltwährungssystems. Der IMC ist struktureller Bestandteil des IWF. Bei seinen Treffen werden auf informeller Ebene Positionen abgeklärt. Diese werden bei den großen IWF Konferenzen zu Richtlinien. Die Verantwortlichen Hintermänner für Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung dieser Welt tagten dann doch nicht ganz ungestört. Nachdem mißlungenen Versuch, ein exklusives Dinner in Schloß Reinbek bei Hamburg durch Abfackeln des Festzeltes zu verhindern, blockierten 50 Leute die für den Transport dahin gecharterten Busse. Mit Transparenten wie: "International Murderer Congress" und "Wie lange wollt ihr Massenmörder noch tolerieren?", "Wir sind intolerant". So wurde den Bankern klar gemacht, was wir von ihnen halten. Erst ein massives Bullenaufgebot konnte uns wegdrängen. Das Dinner wurde um eine Stunde hinausgezögert und wurde kalt.

aktuell dazu ++ aktuell dazu ++ aktu

DEUTSCHE MARK

Alternativen zum staatlichen Geldmonopol
44 Seiten 4.-DM

zu kriegen beim
Schwarzmarkt*Paulinenstr.15*2 Hambg.4*

telex +++ schanzenstraße 41a +++

+++ samstag, 27.06. schanzenstr. 41a besetzt +++ räumung nach 48 stunden +++ somit pawelczyk's 24- stundendoktrin erneut durchbrochen +++ häuser durch bautrupps demoliert +++ bullen standen schmiere +++ legale wohnung von genossin mitdemoliert +++ montagabend demo durch's viertel seit mittwoch täglich volksküche +++

telex +++ hafenstraße aktuell +++ telex

+++ räumungstitel i.v.m. der rechtsstaatlichkeit seitens des staates fast erreicht +++ drei wohnungen noch nicht betitelt +++ verhandlungsbasis zwischen reemtsma und dohnanyi vor der wahl: kein abriß auch nur eines hauses! +++ nach der wahl jedoch: abriß von mindestens der hälfte der häuser! +++ reemtsma's mindestvoraussetzung: kauf aller häuser! +++ zur zeit: hafenstraße koalitionsthema der SPD/FDP +++ hafenstraße: keine einschätzung zu diesen verhandlungen, jedoch reemtsma das okay dazu +++ wieder rückbesinnung auf die eigenen kräfte +++ zur zeit: intensive arbeit an der wiederbesetzung bislang geräumter wohnungen +++ intensive mobilisierung +++ wiederbesetzungsdatum als bald wie möglich +++ jedoch noch offen +++



Hamburg ohne S'Pauli-Hafenstr.
ist wie Karpfen ohne Meerettich!

TYRANNEI IN UNSTRUKTURIERTEN GRUPPEN



Der Reader zur Vorbereitung der Libertären Tage 1987 stellte fest, daß sich die autonom anarchistische Bewegung im Getto befindet. Ihre sozialrevolutionären Perspektiven erreichen kaum die normale Bevölkerung bzw. führen zu keinerlei Ansätzen der Verankerung in der Bevölkerung. Ein für die Verbreitung anarchistischer bzw. revolutionärer Ideen günstiges Klima z. B. nach Tschernobyl konnte die Bewegung nicht nutzen. Im Gegenteil, die Grünen vereinnahmten die Angst der Bevölkerung, um sich selbst und ihre formale Organisationsstruktur als einzige Alternative aufzubauen. Vielfach wurde sogar die Autonomie der Bewegung durch die Grüne Politik in Frage gestellt. Die Militanz der Straße erschien als "Putz- und Randalefraktion der Grünen Partei". Alles Indizien, die für mich unmittelbare Folge der fehlenden formalen Strukturen der Bewegung sind, was nicht Verweigerung von Macht, sondern nur Verweigerung der Auseinandersetzung mit der Macht und gerade der Macht in den eigenen Reihen beinhaltet.

Ein Beispiel der letzten Woche

Wir wollen hier keine schmutzige Wäsche waschen oder um des eigenen Vorteils willen andere Genossen bloßstellen. Deshalb nenne ich keine Namen, und bezeichne die beteiligten Gruppen auch nicht näher. Trotzdem scheint dieses Beispiel eine besonders deutliche Illustration der negativen Begrenzung unstrukturierter Gruppen. Es zeigt, wie die Wahrnehmung der Realität durch informelle Zusammenhänge verstümmelt wird - zu Lasten der Bewegung.

Eines Tages behauptete eine Frau der Gruppe ALPHA, ein männliches Mitglied der Gruppe BETA hätte vor fünf Jahren seine damalige Freundin vergewaltigt. Die Gruppe ALPHA stellte daraufhin die Gruppe BETA wütend zur Rede, weshalb sie mit einem Vergewaltiger zusammenarbeiten könnten. Der Beschuldigte erklärte zu den Vorwürfen, sie entsprächen in keinerlei Weise der Realität.

Das Gerücht kam unter vielen Umwegen endlich auch jener Frau zu Ohren, die vor fünf Jahren angeblich vergewaltigt worden sei. Sie suchte die Gruppe BETA auf, um klarzustellen, daß sie vom Beschuldigten niemals vergewaltigt worden sei. Daraufhin stellte die Gruppe BETA mit Hilfe dieser Frau die Gruppe ALPHA zur Rede und erläuterte noch einmal den realen Sachverhalt. Doch die Gruppe ALPHA wertete diese Klarstellung lediglich als Angriff auf die persönliche Integrität jener Frau aus ihrer Gruppe, die das Gerücht verursachte.
"Wir glauben einem Mitglied unserer Gruppe natürlich eher als euch", erklärten sie.

(Un)heimliche Eliten ...

Jede Gruppe, die für eine Zeitspanne oder für einen Zweck zusammenkommt, wird sich unvermeidlich auf irgend eine Art strukturieren. Einfach deshalb, weil es sich um Individuen mit verschiedenen Talenten, Voraussetzungen und Erlebnissen handelt. Die Struktur mag flexibel sein.
Sie verteilt die Macht und Mittel gleich oder ungleich unter den Gruppenmitgliedern. Aber sie wird ohne Rücksicht auf die Fähigkeiten, die Persönlichkeiten oder Absichten der beteiligten Personen ihre Form bewahren.

Für jede/n, der/die zu einer Gruppe gehört, muß die Struktur offensichtlich, nicht verborgen sein. Die Regeln, nach welchen Entscheidungen gefallt weden, müssen offen und für alle anwendbar sein - und das geht nur, wenn sie formalisiert sind. Dies bedeutet nicht, daß die informellen, auf Grund von Freundschaften existierenden Strukturen durch die Formalisierung der Gruppenstruktur zerstört werden. Aber sie nimmt den informellen Strukturen ein Stück ihrer vorHERRschenden Kontrolle der gesamten Gruppe, sofern alle Beteiligten zu gleichen Teilen die Gruppe tragen sollen.

Es gibt Menschen, die behaupten, die Struktur informeller Freundschaftskreise, in welchen der Informations- und Kommunikationsfluß nur von Mensch zu Mensch gepflegt würde, sei erstrebenswert und ideal. Jede Formalisierung, und sei es nur die Information per Flugblatt oder internes Zirkular, sowie der Stallgeruch jeder Organisation ist ihnen ein Greuel. Mangels Wissen oder aus Bequemlichkeit verteidigen sie mit ihrem Unwillen vor jeder formalen Organisation nichts anderes als die existierenden Eliten.

Unstrukturierte Gruppen sind Gruppierungen, die sich absichtlich oder ohne Absicht keine formale, selbstbestimmte Struktur gegeben haben. Bei jedem Treffen einer solchen Gruppe kann dir jede/r, der/die ein waches Auge und ein gespsitztes Ohr hat, sagen, wer wen beeinflußt. MitgliederInnen der Gruppe, die als Freunde zufällig an der selben politischen Arbeit teilnehmen, werden mehr als jene, die nicht dieser informellen Verbindung angehören, aufeinander Bezug nehmen. Sie hören aufmerksamer zu und unterbrechen einander weniger. Sie wiederholen gegenseitig ihre Kernpunkte und geben freundlich nach. Und schließlich ignorieren und bekämpfen sie die Außenstehenden, deren Billigung für eine Entscheidung nicht notwendig ist. Aber es ist notwendig für die Außenstehenden auf gutem Fuß mit den "Insidern" zu stehen.



Weil sie Freunde sind, weil sie gewöhnlich die selben Wertvorstellungen und Ansichten teilen, weil sie gemeinschaftlich miteinander reden und einander um Rat fragen, wenn gemeinsame Entscheidungen anstehen, deswegen haben Personen, die diesem Netz angehören, mehr Macht in der Gruppe, als die anderen. Diese Freundesgruppen funktionieren außerhalb aller regulären, von der Gruppe eingerichteten Kommunikationswege. Wo es diese formalen Kommunikationswege überhaupt nicht gibt, funktionieren allein die Freundesgruppen als Kommunikationsnetze. Ob du als Mitglied einer Gruppe informiert bzw. an den anfallenden Entscheidungen beteiligt wirst, hängt dann allein davon ab, ob du in der Gruppe die richtigen Freunde hast.

Einer Genossin, die Rufmord an einem Mitglied einer konkurrierenden Gruppe begeht, wird eher geglaubt, als einem Außenstehenden, nicht zur Gruppe und zum informellen Netz gehörenden. Eher verbleibt mensch in einer falschen Realität, ja, verteidigt diese auch noch, als einen Irrtum einzugestehen und das Vertrauen und den Wahrheitsgehalt der Worte eines Freundes/einer Freundin zu verlieren, der/die zufällig die selbe politische Arbeit macht wie du selbst.

Die zahlreichen Vorfälle der letzten Zeit, in welchen informelle Strukturen von Männern sich weigerten, nicht mehr mit Vergewaltigern in mehreren Fällen zusammenzuarbeiten, provozierten heftige Auseinandersetzungen zwischen Genossen und Genossinen der Antifa. So wie im eingangs dargestellten Beispiel beweist auch dieses, wie sehr nicht Ideen, gemeinsame Kampfinhalte oder Errungenschaften der Emanzipation vom hierarchischem Miteinander die Bewegung bestimmt, sondern nur das Wohl der informellen Strukturen.

... führen zur elitären Bewegung!

Diese informellen Kommunikationsnetze von Freunden sind unvermeidbar elitär. Wo der Kampf mehrerer informeller Netze um die Macht in größeren Gruppen durch Aufgabe jeder Einflußnahme seitens aller anderen Eliten oder durch ein Austricksen der einen Elite durch eine andere beendet ist, beherrscht eine Elite die Gruppe, besonders dann, wenn keine weitere formale Struktur vorhanden ist. Ihre informellen Gesichtspunkte bei der Auswahl neuer Freunde wird indirekt zum Kriterium bei der Auswahl neuer Gruppenmitglieder. Die Charakteristika, die Vorbedingung für die Zugehörigkeit zu einer informellen Elite der Bewegung und zur Ausübung von Macht sind, betreffen z. B. deine Herkunft, Persönlichkeit oder deine Zeiteinteilung. Sie enthalten nicht deine Kompetenz, dein Engagement für die Bewegung, deine Talente oder das, was du möglicherweise zu der Bewegung beitragen könntest. Die ersten sind Kriterien, nach welchen gewöhnlich neue Freunde ausgewählt werden. Die letzteren sind die, nach denen sich eine Bewegung richten sollte, die politisch effektiv sein will. Die Bedingungen für die Zugehörigkeit mögen von Gruppe zu Gruppe variieren.

Aber die Mittel, die du anwenden mußt, um in die informelle Elite aufgenommen zu werden, sind die selben. Der einzige wesentliche Unterschied ergibt sich daraus, ob jemand von Anfang an in einer Gruppe ist oder erst später zu ihr stößt. Ist man/frau von Anfang an dabei, ist es wichtig, so viele persönliche FreundInnen wie möglich zu haben, die mit hinein kommen. Wenn keiner irgendeine/n bewußt kennt, dann muß bewußt mit einer ausgewählten Zahl von Leuten Freundschaft geschlossen werden, um eine informelle Struktur aufbauen zu können. Ist sie erst einmal da, erhält sie sich selbst. Eine erfolgreiche Taktik, um sie zu erhalten, besteht darin, laufend neue Leute anzuwerben, die "zu ihr passen".

Haben sie dich als möglichen Neuling erkannt, dann stürzen die Mitglieder der informellen Struktur sich auf dich, um zu prüfen, ob du Teil ihres Netzes werden kannst. Entweder lassen sie dich fallen und versuchen, dich aus der Gruppe auszuschließen oder weihen dich ein.



All diese Prozeduren kosten Zeit. Wenn daher jemand ganztags arbeitet oder eine vergleichbare Verpflichtung hat, ist es ihm unmöglich hineinzukommen, einfach weil er nicht genug Stunden übrig hat, um all die Plenen zu besuchen und all die persönlichen Beziehungen zu pflegen, die zu einer Stimme bei Entscheidungen notwendig sind. Daher sind formale Strukturen eine Wohltat für jene, die viel Arbeit oder weite Anfahrtswege am Hals haben. Ein bewußt eingerichteter Modus garantiert, daß jede/r an den fälligen Entscheidungen bis zu einem bestimmten Ausmaß mitbestimmt.

Die Autonomie der Elitisten

Solche informellen Strukturen können durchaus nützliche Dinge zustande bringen. Nur bewußt nicht strukturierte Gruppen werden vollständig von ihnen beherrscht. Verbinden sich informelle Eliten mit dem Mythos der Strukturlosigkeit, so gibt es keinen möglichen Versuch mehr, ihre Machtausübung zu begrenzen. Sie wird ihrer Laune überlassen. Die GruppenmitgliederInnen hören einander zu, weil sie sich mögen, und nicht weil sie wichtige Sachen sagen. Solange die Bewegung auch keine bedeutenden Sachen macht, spielt dies keine Rolle. Aber wenn es um mehr geht, als bloß zu reden, sind sie nicht besonders gut.



Ihre Macht ist ihnen nicht gegeben worden und kann ihnen daher auch nicht genommen werden. Ihr Einfluß beruht nicht auf dem, was sie für die Gruppe tun; daher können sie von dieser weder zur Verantwortung gezogen noch direkt beeinflußt werden. Das bedeutet nicht notwendigerweise, daß informelle Strukturen verantwortungslos handeln. Jene, die versuchen, ihren Einfluß zu erhalten, bemühen sich in der Regel verantwortungsbewußt zu sein. Nur kann die Gruppe diese Verantwortlichkeit eben nicht erzwingen. Sie ist abhängig vom Interesse der Elite.

In dem Moment, wo die MitgliederInnen unstrukturierter Gruppen es leid sind, "bloß zu reden" und irgendwas tun wollen, kommen die unstrukturierten Gruppen "ins Schwimmen" - es sei denn, sie änderten ihren Charakter. Mensch redet stundenlang herum, ohne zu einem greifbaren Ergebnis zu kommen. Angeblich darf jeder und jede reden; doch tatsächlich reden nur die, welche als MitgliederInnen der Elite dazu die Macht besitzen. Die anderen lähmt die Unsicherheit, einerseits auf das Wohlwollen der Eliten angewiesen zu sein, aber andererseits nicht mit ihr einer Meinung zu sein.

Zwangsläufig drängt sich so der Eindruck auf, daß eine Bewegung, die aus unstrukturierten Gruppen besteht, höchstens 5% AktivistInnen hat, aber zu 95% aus MitläuferInnen besteht. Die Neigung der Leute, durch das Aufsagen angelernter Schlagworte und unbegriffener Theorien, das Tragen der entsprechenden Kleidung und das Erscheinen auf diversen Plenen und Demonstrationen - um zu sehen und gesehen zu werden - eine bestimmte Identität vorzutäuschen, die zur jeweils herrschenden informellen Elite ihrer Gruppe paßt, ist deutlich ausgeprägt. Meinungsbildend sind nur jene elitären, herrschenden Kreise, die "den Laden in erster Linie schmeißen". Ihre Interessen, ihr Denken und ihre Fähigkeit an Informationen heranzukommen, bestimmt Ziel, Taktik und Richtung der Bewegung.



Politisch impotent

Die autonome Bewegung ist städtisch orientiert und ebenso unstrukturiert wie individuelle Zufallsgruppierungen. Ihre Struktur ist elitär, richtet sich nach innen, auf sich selbst (d. h. auf die Erfüllung der jeweils verlangten informellen Kriterien, um von der Elite akzeptiert zu werden) und ist selten genügend verbunden oder in Berührung mit der Bevölkerung, um effektiv zu agieren. So erzeugt die Bewegung viel Aktion und wenig Ergebnisse. Unglücklicherweise sind die Konsequenzen all dieser Aktionen nicht so harmlos wie die Resultate. Das Opfer der ganzen Sache ist die Bewegung selbst.

Einige Gruppen haben angefangen, sich auf lokale Aktionsprojekte und Aufgaben in "Ein-Punkt-Bewegungen" zu konzentrieren, weil sie nicht viele Leute mit einbeziehen konnten. Aber diese Form beschränkt die Bewegung auf die lokale Ebene.

Der jeweilige Widerspruch (Atomprogramm, Frieden, Volkszählungsboykott etc.) wird zum Mittelpunkt des Lebens der Gruppe und zu jenem Punkt, von dem mensch glaubt, das System zerschlagen zu können. Zudem müssen sich diese Gruppen, um gut zu funktionieren, gewöhnlich beschränken auf jenen informellen Freundeskreis, der den Laden in erster Linie schmeißt. Das schließt viele Leute von der Teilnahme aus. Solange der einzige Weg zur Teilnahme an der Bewegung über die Einbindung in eine informelle Struktur führt, sind ungesellige Leute entschieden im Nachteil. Solange Freundeskreise die wesentlichen Zentren für organisatorische Aktivitäten sind, wird Elitismus institutionalisiert.

Eine unstrukturierte Gruppe schwebt immer in der Gefahr, von einer formal organisierten politischen Organisation funktionalisiert, von einer anderen Elite im Auftrag von politischen Organisationen unterwandert oder für fremde Ziele benutzt zu werden. Die alten Eliten haben kaum die Absicht, solche Konflikte und Meinungsverschiedenheiten offen auszutragen, weil das die Natur der informellen Struktur ans Licht brächte. Um der Konkurrenz einer anderen informellen Struktur wirksam zu begegnen, müßten sie "öffentlich" werden. Um ihre eigene Macht zu erhalten, ist es einfacher, den Ausschluß dieser MitgliederInnen zu rechtfertigen mit der Jagd auf "Reformisten" und "Dogmatiker", als eine formale Struktur durchzuboxen, die das ursprüngliche Machtverhältnis verewigt.

Vom Schiffbruch der Anarchie

Je unstrukturierter eine Bewegung ist, um so weniger Kontrolle hat sie über die Richtung, in die sie sich entwickelt, und die politschen Entwicklungen, an welchen sie beteiligt ist. Ihre Zusammenhänge sind nicht entwikkelt genug, um selber nationale Kampagnen durchzuführen.



Ihre Aktionen sind nur Reaktionen auf vorgegebene Entwicklungen und Mißstände. Das heißt nicht, daß sich ihre Ideen nicht verbreiten. Bei einer gewißen Bereitschaft der Medien und entsprechend sozialen Bedingungen werden sich die Ideen verbreiten. Verwirklicht werden sie nicht. Es bedeutet lediglich, daß über sie gesprochen wird. So weit sie individuell angewendet werden können, mag danach gehandelt werden. Jedoch nicht dort, wo ihre Verwirklichung eine koordinierte politische Macht erfordert.

Alle Versuche, der autonomen und anarchistischen Bewegung eine förderalistische, formale Struktur zu geben, sind gescheitert. Größtenteils deshalb, weil die formale Struktur der Föderation keinerlei Rückhalt und Entsprechung in den informellen Strukturen der angeschlossenen Gruppen fand. Da war schnell der Vorwurf bei der Hand, die zur Zeit "leitende Gruppe" - oder den Rundbriff erstellende Gruppe - wolle alle anderen Gruppen unterbuttern. Das anschließende Machtgerangel der verschiedenen informellen Eliten in der Föderation beerdigte diesen Versuch sehr rasch.

Genau so scheiterte bisher jeder Versuch, ausgehend von den libertären Tagen in Hamburg weiter über Gruppenstrukturen zu diskutieren. Die bloße Feststellung in Frankfurt, daß die Bewegung aus informell geprägten Gruppen besteht, die ihre GruppenmitgliederInnen danach aussuchen, wer "zu ihnen paßt", war recht unbefriedigend. Der Elitismus dieser Struktur wurde nicht ersichtlich.

Nicht noch mehr Zeitungen, noch mehr Agitation, noch mehr Scherben bringen die Bewegung voran, sondern nur formale, allgemein zugängliche Strukturen. Formale Strukturen, die eine Beteiligung jedes Bürgers und jeder Bürgerin an den autonomen und anarchistischen Aktivitäten erlauben, ohne erst Teil einer informellen Struktur werden zu müssen. Daß dies nicht bedeutet, Herrschaftsstrukturen zu kopieren, oder reformistisch zu werden, zeigt sowohl der Blick in die Geschichte als auch der Blick über die Landesgrenzen hinweg (Frankreich, Italien ...).



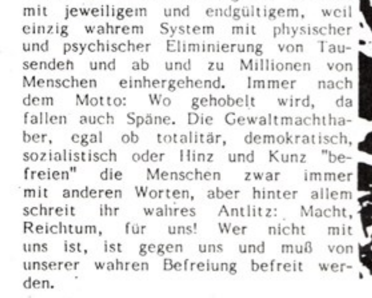
Solange, wie auf keinem Plenum eine kontinuierliche Diskussion möglich ist, weil, falls ein weiteres Treffen verbindlich vereinbart wird, oft nur fünf Personen der Versammlung zum zweiten Termin erscheinen und diese alle Hände voll zu tun haben, den neu hinzugekommenen Menschen den Stand der Diskussion des letzten Plenums zu erläutern; solange monatelang Demos vorbereitet und geplant werden, nur, um die Absparchen bei der Demo nicht einzuhalten; solange die Leistungsgesellschaft ein Bestandteil der Bewegung ist, in dem nur jenen Ansehen und Entscheidungsgewalt anerkannt wird, die auf jeder Scherbendemo und vielen Plenen ständig zu sehen sind und die entsprechenden Freunde haben; solange das Bedürfnis nach Ruhe nicht zu vermitteln ist, wenn mensch nicht die Stadt verläßt; solange der elitäre Anspruch, Bestandteil der Avantgarde zu sein - und deshalb so turmhoch erhaben über den gewöhnlichen Kleinbürgern, so daß bei der kurzfristigen Änderung von Demos zu Straßenschlachten die Existenz von nicht militanten DemonstantInnen oft nicht mehr zur Kenntnis genommen wird, nur das wahre, kleinbürgerliche Gesicht der Bewegung kaschiert - solange ist die Anarchie immer und immer wieder zum Scheitern verurteilt.

Nick van Offensein

KONZILIANTER ANARCHISMUS ?

Vor uns der Bilderbogen der Geschichte, die Dialektik der Historia, die Symbiosen der Antagonismen. Nachträglich festgestellt, aufgedrückt, belehrend oder einfach nur seiend. Die politischen Anfänge der jüngeren Geschichte erwiesen sich als diletantisch und grauenvoll. Das junge politische Bewußtsein war zu schwach, um die Dogmen und gesellschaftlichen Widersprüche zu durchbrechen. Blutige Spuren wie die der Kreuzritter und die der Kircheninquisitatoren sind zwei Resultate der Systeme mit ihren heeren Ansprüchen auf endgültige Wahrheit.

Und weiter: KZs, Pogrome und Anleitungen zum Massenmord, um den Menschen, nationalsozialistisch befreit, ins tausendjährige Reich zu bringen, stehen für Diktaturen.
Gulag, Minderheitenabschlachterei, sozialistische Gewaltbefreiung, um den Menschen in das kommunistische Weltreich, das sowieso kommen sollte, zu entführen, stehen für den Sozialismus.
Mehrheitsbeschlüsse, auf dem Sumpf des Polemik-Überzeugungsbreis aufgebaut, Glück durch Todesmaschinerie und Weltzerstörungspotential, Geld als neuer Gott und Plastik als zwischenmenschlicher Beziehungsersatz, um den Menschen vom Träumen zu befreien und ihn als Nummer die Gleichheit spüren zu lassen, stehen für die Demokratie.
Bananenrepubliken, diverse Gottheiten, Kaiser, König, Kasperletheater und anderer Unfug stehen für den Rest der Welt.



Immer ist die Einführung ins Paradies mit jeweiligem und endgültigem, weil einzig wahrem System mit physischer und psychischer Eliminierung von Tausenden und ab und zu Millionen von Menschen einhergehend. Immer nach dem Motto: Wo gehobelt wird, da fallen auch Späne. Die Gewaltmachthaber, egal ob totalitär, demokratisch, sozialistisch oder Hinz und Kunz "befreien" die Menschen zwar immer mit anderen Worten, aber hinter allem schreit ihr wahres Antlitz: Macht, Reichtum, für uns! Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und muß von unserer wahren Befreiung befreit werden.

Umd warum, um alles in dieser Welt, machen etwaige Gemeinsamkeiten hinsichtlich politischer Programmpunkte irgendwelche politische Formen sich dem Anarchismus diskussions- bzw. kooperationswürdig? Keine der bislang praktizierten Staatsmodelle erwiesen sich für den Anarchismus oder humanistisch gesehen auch nur annähernd akzeptabel. Sozialistische Praxis insbesondere bleibt für den Anarchismus kein Diskussionspunkt, schon gar nicht einer der Toleranz.

Spanien, die Machnobewegung und anderes stehen als Denkmal, als Mahnmale für AnarchistInnen und lassen sich nicht vergessen machen. Mit Ausgrenzung hat dies nichts zu tun. Faschismus bleibt Faschismus, egal ob von links, rechts oder durch die subtilen demokratischen Methoden. Die Ausgrenzung findet auf Seiten der DKP oder anderen Konsorten und der RAF statt, durch ihre Apothieose der UdSSR und den anderen östlichen Staaten. Aber deren Politik ist uns bestens, wenn auch nur mittelbar bekannt.

Die wohl einzig wirkliche Gemeinsamkeit ist der gemeinsame Gegner. Sonst mangelt es an allem: Gemeinsame Ideologen? Marx und Bakunin. Gemeinsame Kampfformen? Einzelne Ersatzmarionettenliquidierung gegen Sabotage. Es gibt keine gemeinsame Sprache, gemeinsame Umgangsformen untereinander usw.

Die Form des Kampfes, auch des alltäglichen, dokumentiert die Hochnäsigkeit und Zukunft nach dem Sieg(?) der Befürworter einer Diktatur, wenn auch nur der der Arbeiter, am meisten. Abstruse Formeln, Kaderpolitik, Sektierertum und Liquidierung von ersetzbaren und dadurch unwichtigen Repräsentanten sollen das Bewußtsein ändern und die proletarischen Massen revolutionär erziehen. Denn Bewußtsein schafft die Tat. Letzteres wird wohl wirklich geschehen. Die von der RAF ersehnte Hatz gegen Systemgegner aller Art findet statt. Aber die proletarischen Massen werden nur insofern revolutionär, als daß der Bildzeitungsleser seine Knarre auspackt und linke Chaoten erschießt, um dann vor Gericht freigesprochen zu werden.

Das Schießen der RAF und das Faseln der DKP und anderen Konsorten ist unzeitgemäß. Deren Zweck heiligt auch nicht die Mittel, und deren Ziel ist so noch lange nicht unseres.





kurz verhackstückt (brd)



Asyl-Reader

Juli 87. Antifaschistische Gruppen geben heraus: Asyl-Reader, 36 Seiten, DIN A4, eine Zusammenstellung von Texten, die eine Grundlage für die (Neu-)Orientierung der Politik der revolutionären Linken in diesem Bereich der Klassenkämpfe darstellen. Vorkasse per Scheck oder Briefmarken, Exemplar 4,- DM, ab 10 Stück: 3,50; ab 25: 3,-. WOZ, Postfach, CH-8042 Zürich.

Mun-Sekte in Berlin

Die CARP, der studentische Zweig der rechtsradikalen und weltweit operierenden Mun-Sekte will sich vom 2. - 9. August 1987 in Berlin zum Weltkongreß treffen. Mehrere tausend Anhänger werden erwartet. Sun Myung Mun, Koreaner und Kopf der Sekte, läßt sich von seinen mehreren Millionen Mitgliedern seine Ambitionen auf Weltherrschaft (3. Weltkrieg inklusive) finanzieren. Mun gehören Rüstungsunternehmen, Hotels, Flotten, Zeitungen, in der Bundesrepublik u. a. mehrere Maschinenbau-Firmen und kontrolliert außerdem den Welt-Ginseng-Handel. Die CARP ist in Berlin bereits einschlägig im (doppelten Wortsinn) hervorgetreten. Logo, daß es Proteste geben wird.

Luden als BGH-Richter?

3. 7., Berlin. Eine Dirne hat keinen Rechtsanspruch auf ihren Lohn, meinen die Berliner Richter des Bundesgerichtshofs. Ein Mann handelt danach nicht betrügerisch, wenn er mit Prostituierten ein Entgeld vereinbart, nach Erfüllung seiner Wünsche aber nur Fersengeld gibt. Die Bundesrichter hoben ein Urteil des Landgerichts Bremen auf, weil die Aussicht auf "Lohn" für "sexuelle Leistungen" kein strafrechtlich geschutztes Vermögen sei. Steuern allerdings dürfen, müssen auf Lohn aus Prostitution gezahlt werden!

Einschätzung: Prostituierte werden wieder verstärkt auf Zuhälter angewiesen sein, um ihr Geld zu bekommen. Für die Loddel ein gutes Geschäft, für Huren der Zwang zu wieder größerer Abhängigkeit.

Sonntagsspaziergang in Kalkar

Nachtrag zur letzten AKTION. Die Sonntagsspaziergänge sind jeden 1. und 3. Sonntag im Monat um 14.00 Uhr am Bauzaun.

US-Präsident demonstriert in der Frontstadt

NATO-Übung an der Mauer

"Welch' eine Stadt!" (FAZ)

Berlin, den 12. Juni 1987. Generalsekretär Michail Gorbatschow stattet der Hauptstadt der DDR einen Geburtstagsbesuch ab. Ostberlin gleicht einer Festung, uniformierte Demonstranten bestimmen das Stadtbild. Sicherheitskräfte haben das Stadtzentrum hermetisch abgeriegelt. An allen Ecken und Enden werden Ausweise und Taschen kontrolliert. Die Verkehrsverbindungen von den Außenbezirken ins Zentrum sind unterbrochen, damit kein Unbefugter dem Staatsgast zunahe kommt. Wasserwerfer, Greiftrupps und Schlagstöcke ersticken den geringsten Protest gegen die Staatsvisite im Keim. Nur handverlesene Parteigenossen, vom KGB sorgfältig ausgewählt und durchleuchtet, dazu Angehörige der sowjetischen Streitkräfte in Uniform und Zivil haben Zugang zum Kundgebungsort wenige Meter vor dem Brandenburger Tor. Jubelreporter aus allen Ländern der Intervision berichten über jeden Schritt des Staatsgastes. Stimmung kommt auf: Sowjetsoldaten versorgen Kinder mit Limo, Buletten und roten Fähnchen. Vopos besprühen die Mauer mit der Parole: "Freundschaft, Genosse Generalsekretär!" Das animiert den russischen Besucher zu einem Trinkspruch auf die unverbrüchliche Freundschaft zwischen den Bürgern Berlins und den Soldaten der Roten Armee: "Ich habe noch einen Koffer in Berlin!" Frenetischer Beifall kommt auf, als Gorbatschow im Namen der sozialistischen Völkergemeinschaft Reagan und Kohl auffordert, endlich NATO und Marktwirtschaft niederzureißen. Reichstag und Kudamm seien dafür ein guter Anfang.

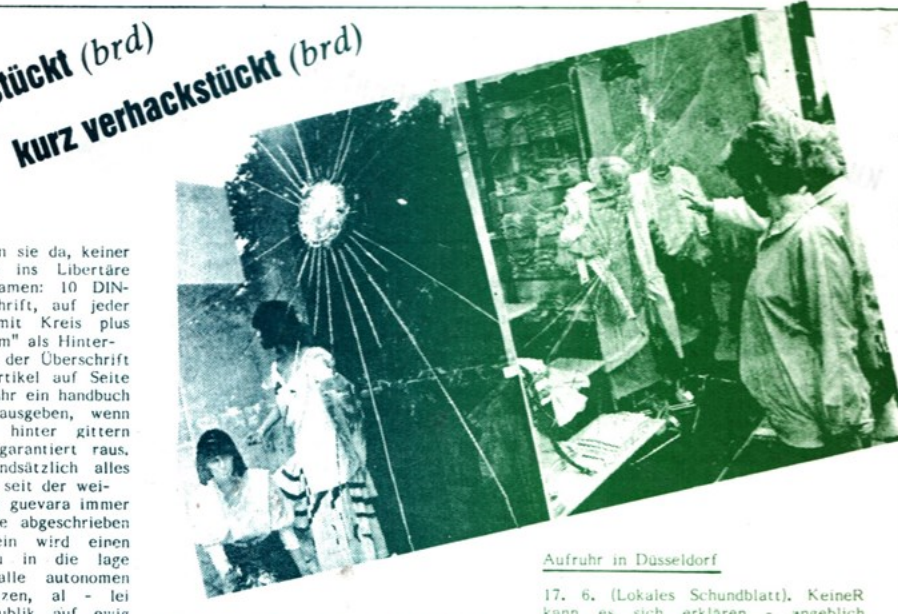


Reagan: Besuch an der Mauer

Der Westen reagiert prompt und entschieden. Von Personenkult und Gleichschaltung ist die Rede; von bestellten Claqueuren, polizeilichen Schikanen und brutalen Übergriffen auf freiheitsliebende Jugendliche, von provokativer Anmaßung und Verletzung des Berlin-Abkommens. Ein Dutzend NATO-Funktionäre protestieren gegen die Militarisierung Ostberlins, die nicht unbeantwortet bleiben dürfe. Kohl und Reagan sprechen Gorbatschow das Recht ab, angesichts Afghanistans überhaupt in Ostberlin aufzutreten.

kurz verhackstückt (brd)

kurz verhackstückt (brd)



Handbuch

Juni 87. Plötzlich lagen sie da, keiner will wissen, wie sie ins Libertäre Zentrum Frankfurts kamen: 10 DIN-A3-Seiten, Computerschrift, auf jeder Seite ein rotes A mit Kreis plus dem Schriftzug "autonom" als Hintergrund eingedruckt, mit der Überschrift "Handbuch" für den Artikel auf Seite 1. "wir wollen dieses jahr ein handbuch für den widerstand rausgeben, wenn wir bis dahin nicht hinter gittern sitzen, kommts auch garantiert raus. das ding soll so grundsätzlich alles mal neu anpacken, was seit der weimarer republik und che guevara immer nur aufs neue das alte abgeschrieben wurde. das ding allein wird einen mann oder eine frau in die lage versetzen, nachdem alle autonomen im olympiastadion sitzen, al - lei - ne diese Scheißrepublik auf ewig in die steinzeit vorwärtszuschleudern."
Und dann wird aufgerufen, Infos, die dazu dienlich sein können (baukräne lahmlegen, ohne knarre zu viel geld zu kommen, etc.) den Herausgebern über Veröffentlichungen in entsprechenden Zeitungen zugänglich zu machen.
Angeblich handelt es sich bei den 10 Seiten, in denen es beispielsweise auch noch um die Struktur/Organisierung des autonomen Widerstands geht, um die 11. Ausgabe der AUTONOM. Im Zentrum aber brach die Diskussion aus, wo das Blatt herkommt - womöglich aus Kreisen des Verfassungsschutzes oder der Polizei?
(PS. Der Artikel über Networks - elektronische Informationsübermittlung nun bitte auch in der autonomen "Szene" - ist inhaltlich ziemlich daneben! Omega)

Vobo-Aktionen

Mai 87, Frankfurt/Dortmund. Die Kapelle der 3. US-Panzerdivision marschierte durch Frankfurt. An der Spitze wurde ein Transparent "Musiker gegen die Volkszählung" getragen. (Der Marsch wurde dann doch vorzeitig abgeblasen)

In tausendfacher Auflage wurde auch im Rhein-Main-Gebiet verbreitet, der echte Zählerausweis trage das Dienstsiegel der örtlichen Polizei, alles andere sind Fälschungen!!!

In Frankfurt machten sich 500 ausgesuchte Zähler mit entsprechenden Ausweisen auf, um im Recyclingverfahren für die Bögen einen sicheren Datenschutz zu erwirken.

Borrussia-Dortmund gegen HSV: "Boykottiert und sabotiert die Volkszählung" stand am 15. 5. in großen Lettern auf dem Rasen. Da die Parole vor Spielbeginn nicht mehr zu entfernen war, wurde sie notdürftig erweitert.

Deutsche Industrie verdient am Krieg

Juni 87, (Graswurzelrevolution). Sieben Jahre dauert der Golfkrieg Iran-Irak inzwischen, anderthalb Millionen Tote, hunderttausende Vertriebene und Flüchtlinge, tausende Hinrichtungen (seit Februar 79 im Iran über 40 000!) sind seine traurige Bilanz. Deutsche Firmen und Institutionen verdienen kräftig durch Lieferung von Kriegsgerät und Ausbildungshilfe mit: 1986 lieferten sie allein an den Iran Waren für 8 Milliarden DM, vorrangig Militärgut, und sind damit wichtigster Handelspartner des Iran.
Den Iran beliefern folgende westdeutsche Firmen und Institutionen:
AEG-Telefunken (Funk- und Fernmeldeanlagen), Blumhardt-Fahrzeugwerk (Sattelzug-Auflieger für Panzertransporter), Universität der Bundeswehr München, Daimler-Benz AG (LKWs + Sattelzugmaschinen), Dornier (Erdkampfflugzeuge), Bauer-Kompressoren, Carl-Duisberg-Centren, Faun-AG (Panzertransporter), Fritz Werner/DIAG, Eisenwerke Kaiserslautern, Hessisches Finanzgericht, Heckler & Koch (G3-Gewehr), HDW, Krupp Atlas Elektronik, Karl Kolb (unklar; Giftgas-Produktionsanlagen), Magirus Deutz (gefechtsbereite Geländetransporter), MEREX AG - G. Mertins, MBB (Roland-Flugabwehrsysteme, Kampfhubschrauber), Metallwerke Schwarzwald, SEL, Titan/Kässbohrer, Thyssen Henschel (Kampfpanzer TAM), Dynamit-Nobel, Siemens, Technische Universität München...

Feuer und Flamme für Hoch-Tief

7. 5., Mainz. "einige realo grüne" ("selbstbezichtigungsschreiben") haben auf einer Baustelle der Firma Hoch-Tief das Haus der Bauleitung flambiert. Ihre Meinung: "das jahr hat dreihundertfünfundsechsig tage. nutzen wir sie!"

Aufruhr in Düsseldorf

17. 6. (Lokales Schundblatt). KeineR kann es sich erklären - angeblich -, wieso am 17. 6. in Düsseldorfs Einkaufsrennbahn Kö 200 Quadratmeter Glas zu Bruch gingen. Ein Schuhhaus wurde vollständig ausgeräumt, insgesamt waren 14 Geschäfte betroffen. Das lokale Tagesblatt versucht Berlinern die Tat in die Schuhe zu schieben. Natürlich waren es "schwarzgekleidete junge Leute", obwohl die vom Reporter befragten Zeugen die Ent-Glaser gar nicht gesehen hatten!

Ausweitung des Dienstleistungssektors in Hessen

In Hessen arbeiten 63% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Dienstleistungssektor und in technischen Berufen.
Bei den "Gesundheitsberufen gab es seit 1981 einen Zuwachs von 20%. Bei den Gästebetreuern (Kellner, Hotelbedienstete, Hotelkaufleute) gab es einen Zuwachs von 15 %.
Die "Körperpflegeberufe" nahmen um 12 % zu und die "Ordnungs- und Sicherheitsberufe" um 10 %.
403.000 Menschen arbeiten als größte Gruppe in "Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen". Sinkende Beschäftigungsmöglichkeiten gab es für StenotypistInnen, DatentypistInnen, Putzfrauen, Schaffner, PostverteilerInnen und Lagerverwalter.
Quelle: Landesarbeitsamt Hessen

Briefe der Gefangenen aus der RAF

Juni 87. "das info. Briefe der Gefangenen aus der raf 1973 - 1979" heißt ein Buch aus dem Neuen Malik Verlag, Herausgeber ist Pieter H. Bakker Schut. Es umfaßt die Zeit bis zu den Toden von Stammheim (noch jemand auf der 10. Jahrestag-Welle?). Dokumentiert wird ein Großteil der Briefe, die sich Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Holger Meins und Jan Carl Raspe gegenseitig schrieben. (336 Seiten, 28 DM)

kurz verhackstückt (brd)

kurz verhackstückt (brd)

IWF-Kongreß

Im September 1988 werden über 14 000 Minister, Staatssekretäre, Experten, Journalisten etc. in Berlin erwartet: Der Internationale Weltwährungsfond (IWF) und die Weltbank wollen ihren Kongreß abhalten - der 11. Juni 87 könnte dagegen, bezüglich der staatlichen Repression, bloß die Overture gewesen sein. Nicht nur in Berlin formiert sich der Widerstand gegen dieses Mammutspektakel.
IWF und Weltbank sind in gleichern Zusammenhängen nach dem 2. Weltkrieg entstanden und dienen dem Kapital und seinen Vertretern der noch besseren Organisation der Ausbeutung insbesondere der 3 Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika. Dabei wird über das Mittel Geld auch massiver politischer Druck auf die entsprechenden Länder ausgeübt. Seinen Einfluß konnte der IWF in den letzten Jahren auch auf Ostblock-Staaten ausdehnen: Polen, Ungarn, Rumänien und China sind bereits Mitglieder.
Zum Thema gibt es auch eine Broschüre: Der Internationale Währungsfond oder Die Vernichtung hat Methode. 4,- DM, Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 29, 1 Berlin 61.

Blitzlicht

29. 4., Berlin. Das Blitzlicht, eine Knastzeitschrift aus Berlin-Moabit, wurde Ende April verboten. Angeblich hat das Blitzlicht-Kollektiv "den Rechtsstaat im allgemeinen und die Strafjustiz im besonderen wiederholt lächerlich gemacht." Statt über skandalöse Tatsachen zu berichten, hätten sie um Verständnis werben sollen - so der Anstaltsleiter.
Seine Bedeutung erhielt das Blitzlicht--Kollektiv in den vergangenen Jahren nicht nur aus der reinen Gefangenenzeitung heraus; sondern auch, indem das Blitzlichtkollektiv Anlaufstelle für Gefangene und auch für eine Vielzahl von Justizbeamten, die mit Maßnahmen der Justizoberen nicht mehr vertreten konnten, war Seine Probleme mit dem Strafvollzug wird der Berliner Senat durch Verbote nicht lösen können.

Immer mehr Bonzen in der BRD

Laut Statistischen Bundesamt in Wiesbaden gibt es in der BRD 82.000 Millionäre. Das ist eine Zunahme um 20% seit 1980. Trotzalledem sind das nur 0,14% der Bevölkerung. Die meisten Bonzen wohnen in Baden-Baden nämlich 52 je 10.000 Einwohner.

Zahnarzt-Helferinnen zum Protest genötigt

Der Berufsverband der Helferinnen teilte mit, daß einige Zahnärzte die Helferinnen zur Teilnahme an ihren Protesten mit dem Hinweis genötigt haben, daß dieser Tag sonst als Urlaubstag gelte oder als arbeitsfrei nicht bezahlt werde.
Außerdem wurden die Tarifverhandlungen für die rund 80.000 Helferinnen ergebnislos abgebrochen, da die Zahnärz-te nicht bereit sind, die ohnehin auf der untersten Stufe der Lohnskala liegenden Löhne zu erhöhen. Z.B. liegt das Nettoeinkommen einer 26 Jahre alten Helferin bei nicht einmal 16.000 DM im Jahr gegenüber einem durchschnittlichen Zahnarztjahreseinkommen von 90.000 DM.
Die Einbußen durch die neue Gebührenverordnung für Privatpatienten wollen die Zahnäzte laut Berufsverbandssprecherin Gudrun Klöß über den Lohn der Helferinnen wieder hereinholen.

Gesicherte Strommasten

Juni 87 (taz). "MELMA", ein Produkt von AEG, soll Strommasten vor "Sägefischen" schützen. Nach Firmenangaben besteht das Meldesystem für Hochspannungsmasten aus einem Körperschallmelder und einem Infrarotsensor. Gegen eine geringe "Anerkennungsgebühr" wurden den E-Werken bereits Testgeräte zur Verfügung gestellt - sind also schon im Einsatz. Details wurden leider keine weiteren mitgeteilt. (Vermutung, ohne Gewähr: Der Körperschallsensor nimmt direkt die Vibrationen des Strommasten beim Sägen auf und wird sich entsprechend melden (ähnlich einem Glasbruchsensor). Der Sensor kann dazu problemlos im oberen Teil des Masten montiert sein. Die Funktionsweise des Infrarot-Überwachungssensors ist nicht ganz klar, mit Infrarot kann viel gemacht werden. Vermutlich reagiert er auf Körperwärme, dann aber müßte jedes Tier, daß sich in der Nähe des Masten aufhält, einen Alarm auslösen. Damit es nicht dazu kommt, wäre denkbar, daß sich die "Wärmequelle" eine wählbare Mindestzeit im Überwachungsbereich aufhalten muß. Die Signalübertragung könnte auf den Hochspannungsleitungen selber erfolgen, wobei MELMA ständig Signale aussendet, damit auch ein Ausfall des Gerätes überwacht werden kann.)

radikal

Die Berliner Prozesse wegen Verkaufs der radikal Nr. 132 werden voraussichtlich nach der Sommerpause beginnen.



Solidarität

Frühjahr 87, Griechenland. Am 17. 4. 87 wurden zwei anarchistische Brüder in Griechenland verhaftet (David und Apostolis Constantinou). Angeblich haben sie einen Wagen gestohlen und ein Gewehr besessen. Ohne nähere Überprüfung wurden sie in den Knast gesteckt. Für diese zwei gab es mindestens vier Solidaritäts-Demos, davon eine mit Besetzung des Athener Polytechnikums (wobei gleich Abhör-Mikrophone entdeckt wurden) und eine mit 50 Motorrädern. (Die beiden sind inzwischen gegen Kaution frei.)

kurz verhackstückt (internationales)

kurz verhackstückt (internationales)

Geldstrafe für Mord an Anarchisten

Juni 87, Madrid. Am 28. 3. 1980 zog eine Horde von Faschisten (Mitglieder der Fuerza Nueva) durch Madrid und erinnerte auf ihre Weise an den 28. 3. 1939, das Ende des Spanischen Bürgerkriegs und den Beginn der Franco-Diktatur über ganz Spanien.
Während ihres knüppelschwingenden und Parolen sprühenden Aufmarsches begegneten sie Jorge Caballero (21) und nahmen sofort an seinem Button Anstoß: Weißes A auf schwarzem Grund. Mit den Worten "Scheiß Anarchist" entrissen sie ihm den Button, stießen ihn zu Boden und ihm eine Machete in den Leib. Jorge starb nach 15 Tagen an seinen Verletzungen. Zwei der drei unmittelbar Beteiligten standen nun in Madrid vor dem Richter, der dritte ist flüchtig. Die Anklage lautete ursprünglich auf Mord und bewaffnete Bandenbildung. Die Bandenbildung wurde fallengelassen - obwohl einer der beiden Beschuldigten Führer einer Hundertschaft der Fuerza Nueva war - und die Bewaffnung wurde heruntergespielt: mit "Knüppeln und ähnlichen Gegenständen". Zwar hat der eine Angeklagte sogar Karateschläge ausgeteilt, aber den Todesstoß hat angeblich der Dritte und Flüchtige ausgeführt. So haben die beiden Faschisten nicht gemordet, sondern lediglich gegen die "öffentliche Ordnung" verstoßen: 50 000 Peseten Geldstrafe. Der Richter, Carlos Entrena, ist Angehöriger des Tribunal de Orden Publico. Die drei Faschisten heißen: José Gómez Gonzáles (24), José Maria Vargas Villalba (24) und Juan José Llobregat (untergetaucht).



LEHRE AUS, WAS NUN? *Vor dieser Frage stehen alljährlich mehr als eine halbe Million Jugendliche, die ihre Lehrabschlußprüfung erfolgreich bestanden haben. Über die Hälfte von ihnen findet einen Arbeitsplatz im erlernten Beruf. Jeder elfte (neun Prozent) findet dagegen keine Anstellung und muß sich arbeitslos melden.*

Massenarbeitslosigkeit

Nach der offiziellen Statistik gibt es in Chile eine halbe Million Arbeitslose und beinahe 250.000 Arbiter im minimalen Beschäftigungsprogramm PEM und POJH.

Um sich klarzumachen, wie diese Zahlen zustande kommen, muß man wissen, daß Befragungen durchgeführt werden. Da heißt beispielsweise eine Frage: „Haben Sie diese Woche mehr als eine Stunde Arbeit gehabt?" Wenn er Ja sagt, gilt der Gefragte als beschäftigt, wenn Nein, als arbeitslos. Die große Anzahl der Unterbeschäftigten wird somit nicht erfaßt.

Die Zahlen verbergen die Leiden der Arbeitslosen und ihrer Familien. Wirtschaftliche, psychische und emotionale Not, Hunger, Enttäuschung, Depression, Sucht und Verbrechen, zerrüttete Familien, Selbstmorde sind die Folgen der dauernden Arbeitslosigkeit.

Wirklichkeit, die alle angeht

Die beschäftigten Arbeiter haben indirekt unter der Arbeitslosigkeit ihrer Kollegen zu leiden. Sie müssen eine Reihe von Bedingungen hinnehmen, die sonst undenkbar wären. Z. B. die Nichteinhaltung der abgemachten Löhne, willkürliche Festlegung der Arbeitszeiten, keine Einspruchsmöglichkeit ohne das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Wo die Basis um ihre Recht kämpft, wird immer wieder mit Entlassung gedroht und diese auch vollzogen. Die Polizei unterdrückt Arbeitskämpfe. Arbeiter werden durch Polizeieinsätze verletzt oder sogar festgenommen. Derartige Ereignisse wiederholen sich häufig in vielen Fabriken. Z. B. in „Textil Universal", wo sieben Arbeiter, die Einspruch gegen Mißstände erhoben, entlassen wurden. Oder die Grundschullehrer von San Fernando, denen man die Zahlung ihrer Gehälter für einen Monat verweigerte.

Wegen der Angst sind viele Arbeiter gegenüber Ungerechtigkeiten völlig passiv geworden. Die hohe Arbeitslosigkeit wurde so zum wirksamsten Kontroll- und Unterdrückungsinstrument der Regierung gegenüber der Arbeiterklasse. Verschiedentlich haben die Arbeitslosen versucht, sich zu organisieren, um ihre Probleme anzugehen. Z. B. durch die Schaffung von Arbeitsvermittlungsbüros oder Gemeinschaftsküchen. Kürzlich entstand die Vereinigung beschäftigungsloser Arbeiter, die früher in den Arbeitsbeschaffungsprogrammen PEM und POJH beschäftigt waren. Sie nennt sich: „Solidarität und Arbeit" und ist sehr rasch gewachsen.

Ihr Ziel ist es, das Problem der Arbeitslosigkeit allen gesellschaftlichen Gruppen bewußt zu machen.

Besonders angesprochen sind die Gewerkschaften mit dem Hinweis, daß sie sonst ihre Rolle gegenüber den Beschäftigten auch nicht mehr erfüllen können.

(aus: Chile-Info Hannover, 3/86)



Reißt die Mauern ein

5. 2. 87, Griechenland. Die Häftlinge des Knastes in Kerkyra (auch als Dahaw bekannt), meinten am 5. 2., sie sollten "ihre Träume und Wünsche und die vieler anderer wahr machen" und brannten 90 % des Gefängnisses nieder. Transparente, am nächsten Tag in Athen vor's Justizministerium von Anarchisten gestellt: "Ausbrüche von Häftlingen sind revolutionäre Taten", "Fire for every cell", etc.

Sterilisierungskampagne der USA

9. Mai, (ides). Der guatemaltekische Erzbischof Prospero Penados del Barrio beschuldigte die US-Regierung, in seinem Land ein breites Programm zur Unfruchtbarmachung der Bauern durchzuführen. Hinter dieser Kampagne stehen wirtschaftliche Interessen, die Vorgehensweise wolle - so der Erzbischof - die guatemaltekische Eigenart fremden Herren (eigene Herren wären genehmigt? - d. T.) unterwerfen. Und ist das Volk nicht willig, ...

kurz verhackstückt (internationales)

kurz verhackstückt (internationales)

STREIKS im französischen Luftverkehr

Seit mehreren Wochen streiken die Luftlotsen mit der Taktik zwischen 6 und 10 Uhr nicht zu arbeiten. Am 25. Juni wurde sogar den ganzen Tag gestreikt. Nur 10% der Flugzeuge konnte starten.
Auch die Piloten und Bordmechaniker der innerfranzösischen Gesellschaft Air Inter sind zum viertenmal seit Jahresanfang in Streik getreten. Sie kämpfen für die dritte Person im Cockpit des neuen Airbus A 320, der für zwei Leute konstruiert wurde. Die Fluglotsen wollen durch ihren Streik erzwingen, daß die Lohnzuschläge auf die Rente angerechnet werden.
Air Inter hatte im vergangen Jahr fast 120 Millionen Franc Gewinn gemacht. Diese Summe haben die beiden Streikbewegungen die Gesellschaft in diesem Jahr bereits gekostet.

BRASILIEN
Widerstand gegen Fahrpreiserhöhungen

Zehntausende demonstrierten Anfang Juli in Rio de Janeiro gegen die Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Verkehrsgesellschaft. Diese wollte den Fahrpreis von 4,80 Cruzados (rund 20 Pfennige) auf 7,20 (30 Pfennige) erhöhen. Daher gab es heftige Straßenschlachten mit den Bullen. 50 Omnibuse und zwei Regierungsfahrzeuge wurden in Brand gesetzt oder zerstört und Geschäfte geplündert.
Wegen des heftigen Widerstandes nahm die Regierung die Fahrpreiserhöhungen zurück.
Von der Erhöhung waren vor allem ArbeiterInnen aus den städtischen Slums, die für den weiten Weg in die Stadt auf die Verkehrsmittel angewiesen sind.
Fünf Tage zuvor ging ein Steinhagel auf den Autobus des Präsidenten Sarney nieder.

STREIKS in GRIECHENLAND

Weil die Regierung ihren Forderungen nach besseren Bedingungen bei der Pensionierung, Prämien für den Ortswechsel und der Modernisierung nicht nachgeben will, sind Anfang Juli rund 15.000 Lokführer, Mechaniker, Weichensteller und Verwaltungsangestellte der griechischen Eisenbahn in einen 48 Stunden dauernden Streik getreten.

STREIK bei VW in MEXICO

Etwa 10.500 ArbeiterInnen bei Volkswagen de Mexico streiken, um eine Verdoppelung ihrer Löhne durchzusetzen. Die VW-Leitung meinte dazu, die ArbeiterInnen hätten in den letzten zwölf Monaten Lohnerhöhungen um insgesamt 161% erhalten, die etwas über der Inflationsrate lägen.

Bauernwiderstand

2. 6., Honduras (ides). Eine Polizeipatroullie befindet sich mit verhafteten Bauern auf dem Weg in den Knast der Provinzhauptstadt. Was ist zu tun? Mitglieder der Nationalen Campesino-Vereinigung hatten ihre Antwort und griffen mit Feuerwaffen die 20 Sicherheitskräfte an. Leider aber wurden dabei 19 weitere Bauern festgenommen. Ob Bauern befreit werden konnten, ist (uns) unbekannt. Das 'Verbrechen' der Bauern: Land einer bekannten Großgrundbesitzer-Familie besetzt zu haben. (Grüße nach Honduras!)



Exportware: Polizei-Know-How

(ides) Nachdem sich schon Guatemalas Polizei für die bundesdeutschen Polizeikenntnisse und Ausrüstungen interessierte, ist nun auch Mexikos Polizeiführung auf die Idee gekommen, ihren Apparat mit BRD-Hilfe zu verbessern. General Ramirez, Polizeichef von Mexiko-Stadt, ist im Juni im Bonner [illegible]ministerium, beim Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt Wiesbaden gewesen. Auch nach Großbritannien und Frankreich hat es ihn gezogen. Seine Ziele: Erfahrungen der Europäer im Kampf gegen das 'organisierte Verbrechen' kennenlernen, Kooperationsverträge abschließen und Polizeiwaffen einkaufen.

Autonome Betriebsguppen in Italien

Im Frühjahr '87 kam es zu Streiks im italienischen Eisenbahn- und Flugverkehr, im Hospital- und Gesundheitswesen, unter den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an den Universitäten und insbesondere den LehrerInnen (viele von diesen haben Zeitverträge), die sich völlig der Kontrolle der traditionellen Gewerkschaften entzogen und von autonomen Betriebsgruppen organisiert waren. In diesen Gruppen arbeiten auch Leute aus der Autonomia mit.
Darauf folgte die Ablehnung des von Metallarbeitergewerkschaften und FIAT ausgehandelten neuen Arbeitskontraktes für die vormals staatlichen Alfa-Romeo-Automobilwerke durch die ArbeiterInnen der Werks Neapel/ Pomigliano d'Arco.
Die Stimmverluste der KPI bei den letzten Wahlen vor allem in Norditalien ist ein weiteres Indiz für die Krise der traditionellen ArbeiterInnenorganisationen. Die drastische Umstrukturierung der Industrie mit dem Abbau von über einer Million Arbeitsplätzen und die beschleunigte Abwanderung aus der Landwirtschaft haben die Gewerkschaften geschwächt.
Der Organisationsgrad der italienischen ArbeiterInnen ist auf weniger als 42 % gesunken. 1977 waren es noch 49 %. Zwar sind die absoluten Mitgliedszahlen der drei großen Gewerkschaften seit 1980 leicht gestiegen (CGIL/kommunistisch, 4,6 Mio.; CISL/ christlich, 3,1 Mio.; UIL/sozialistisch, 1,3 Mio.). Doch sind inzwischen ein Drittel der Mitglieder Pensionäre. Bei der CGIL ist seit 1980 der Anteil der Industrie- und LandarbeiterInnen um 23% gesunken.
Der stark expandierende Dienstleistungsektor zeichnet sich durch gewerkschaftsfeindliches Verhalten der mittlerern Angestellten aus, da sich die Gewerkschaften primär für die IndustriearbeiterInnen interessieren. So kam es zu Gründungen von autonomen (parteiunabhängigen) Gewerkschaften, die zum Teil sehr militant auftreten.
Indem diese gezielt wichtige öffentliche Bereiche lahmlegen, versuchen sie das Parlament unter Druck zu setzen. Der Zulauf zu den autonomen Gewerkschaften ist gewaltig, so daß die CGIL diffamierend von einer "offenen Rebellion der Kleinbürger" spricht.
Ein Streikrecht oder gar Streikverbot im öffentlichen Dienst gibt es in Italien nicht und die "Autonomen" lehnen die freiwillige Streikselbstbeschränkung, wie sie die traditionellen Gewerkschaften praktizierten, ab.
Für Reformen im öffentlichen Dienst, um den Widerstand einzudämmen, fehlt dem Staat das Geld bzw. gibt es Druck von seiten der Priviligierten. Während die CISL um ihre Basis fürchtet, plädiert die CGIL für die Integration der "Autonomen": "Man muß denen die Tischsitten beibringen."
Von wegen!

JOTA

kurz verhackstückt *(internationales)*

kurz verhackstückt *(internationales)*

Libertarian Feminists

1987, London (echomedia info). Nicht überall wo Gift draufsteht, ist auch Gift drin. In Central London trafen sich Libertarian Feminists. Frauen, die das Meeting besuchten, berichten: "Das Treffen war auf einem sehr 'schönen' Ort, voll von 'tollen' Menschen mit einer sehr 'schönen' Menge Geld." Die Inhalte sollen zwar durchaus hörenswert gewesen sein, in Übereinstimmung mit Ideen radikaler Frauen, als diese (die radikalen) aber riefen, daß eine Veränderung nur kommen würde, wenn das "ganze kapitalistische, patriarchale System zerdrückt würde", war das ganze libertäre Image des Treffens gestört. Die 'tollen' Menschen verloren völlig ihre Coolness und schmissen die radikalen Feministinnen raus. Ein Kommentar: "How dare you call me MIDDLE class, I'm UPPER class !!" (in etwa: Wie kannst du Dich unterstehen, mich bürgerlich zu nennen, ich bin großbürgerlich!)

De Knipselkrant

April 87, Holland. Noch einer Zeitung soll es an die Grundlagen gehen: De Knipselkrant wurden im April Druckpresse und ein Typenrad unter merkwürdigen Umständen gerichtlich eingezogen. Beides benötigten angeblich belgische Ermittler, nachdem sie zwei Leute mit CCC-Kommuniques (Kämpfende Kommunistische Zellen) festgenommen hatten. Wenige Tage später war eine Tür zwischen Redaktionsraum und angrenzenden Räumen aufgebrochen. Während einer 'offiziellen' Hausdurchsuchung verschwand ein Gaszähler aus den Redaktionsräumen - sollte sich De Knipselkrant selbst in die Luft sprengen? Einem Redakteur wird vorgeworfen, mit der CCC in Kontakt zu stehen.
Die Leute von De Knipselkrant verneinen (mit dem Unterton des Bedauerns) diese Kontakte entschieden, sehen sich als Sprachrohr der revolutionären Bewegungen verfolgt: "Der Staat des Kapitals als die reaktionäre Seite des Widerspruchs ist gezwungen, uns, De Knipselkrant, in der Entwicklung der sozialen Krise exemplarisch als die Möglichkeit einer revolutionären Entwicklung zu verfolgen." (Flugblatt)

Anti-Shell-Aktionen

1987, Dänemark (echomedia info). Die Aktivitäten gegen Shell wegen seiner Aktivitäten in Südafrika gehen in Dänemark weiter. Nachdem im November in einer einzigen Nacht 28 Shell-Tankstellen angegriffen wurden (to hell with shell), gab es etliche weitere Brandanschläge, durchgeschnittene Schläuche und mit Zucker vermengte Großtanks.

31 Dorfbewohner getötet

21. Juni, Türkei. Nach Mitteilung der türkischen Nachrichtenagentur Anatolia haben kurdische Guerrilleros 31 Menschen, darunter 12 Kinder, aus Pinarcik (Südosten der Türkei) erschossen. Nach Darstellung von Anatolia wurden die Dorfbewohner aufgefordert, sich in der Dorfmitte zu versammeln. Nachdem einige Bewohner versucht hätten zu entkommen, hätten die Kurden das Feuer eröffnet. Die Guerrilleros sollen vermutlich Anhänger der marxistisch orientierten Kurdischen Arbeiterpartei gewesen sein. (Wer kennt Hintergründe???)

Bald Grüne Genräle in Österreich?

Frühjahr 87, Österreich (GW). (Keine Satire!) Wieder ist ein Schritt getan auf dem Weg zur etablierten Partei: Die Grünen in Österreich wollen mit ihrer Grünen Bildungsstätte einen entscheidenden Beitrag zur wehrpolitischen Bildungsarbeit im Alpenland beitragen. Da im Waldheimstaat "Präsenzdiener" 6 oder 8 Monate nach Einrücken, das Heer "mehr oder weniger demotiviert, gar nicht so selten als eingeschworener Feind der militärischen Landesverteidigung" wieder verlassen (so ein hoher Grüner), wollen Die Grünen sich ihrer staatspolitischen Pflichten entsinnen. Unser Themenvorschlag: Links, zwo drei vier: Vorwärts und schnell vergessen! Wohl bekomms - aber Habt acht!



Thatcher: Lohndrückerin

Juni 87, Großbritannien (echomedia info). Um 110 000 sollen die Arbeitslosenzahlen in 6 Monaten sinken, in Großbritannien. Das neue "Job training sheme", (JTS) begann am 1. April. Vor allem 18 - 25-jährige können ('natürlich' alles freiwillig) nach mindestens 6 Monaten Arbeitslosigkeit für ihr Dole, ihr Arbeitslosengeld nun auch arbeiten gehen - mehr als das Dole gibts nicht. Billigste Arbeitskräfte, jugendlich.... Rechtzeitig vor den letzten Wahlen war dieses System aus USA übernommen worden. Erster Widerstand kommt auf; in Dundee verhinderten beispielsweise Streiks den Einsatz von JTSArbeitern. Die Haltung gegenüber JTS allgemein ist "zynisch und skeptisch", eine niedrige Aufnahme aber hohe Aussteigerrate kennzeichnen das Programm.

Hausbesetzung in Arhus

7. 5., Dänemark (echomedia info). 40 Leute konnten eine ehemalige Fabrik in Arhus (über 1000 qm) besetzen. Küche und Cafe arbeiteten fast von Beginn an. Es ist seit Jahren wieder das erste besetzte Haus in Arhus, welches nicht sofort von den Bullen geklatscht wurde.

Schwerter zu Pflugscharen

Mai 87, Philadelphia (Graswurzelrevolution). Vier amerikanische Friedensaktivisten zerstörten am 6. 1. 87 mit Hämmern auf dem Luftwaffenstützpunkt Philadelphia einen Kampfhubschrauber und ein atomwaffentragendes Anit-U-Boot-Flugzeug. Sachschaden: 1 Million DM. Trotz einer scheinbar eindeutigen Rechtslage konnten sich die Geschworenen nicht über schuldig / nicht schuldig einig werden: Es stand im ersten Prozeß und im zweiten Patt unter den 12 Geschworenen. Dies, obwohl der Vorsitzende Richter Raymond Broderick bereits bei Eröffnung des zweiten Prozesses die Berufung auf den rechtfertigenden Notstand oder Nothilfe verbot und sich die Angeklagten auch nicht zur US-Politik äußern durften oder das Völkerrecht zu ihrer Verteidigung heranziehen konnten. Eventuell verlangt die US-Regierung einen dritten Prozeß.

kurz verhackstückt *(brd)*

Das letzte: Infoladen

11. 7. 87, Bochum. Bochum hat einen Infoladen: Kohlenstraße 7. Cafe, Kneipe, Info, Telefon, Leihbücherei, Gruppenräume, Bühne soll es alles geben. "Ach ja, so ihr Hunde habt, laßt sie doch zu Hause."
Die BochumerInnen

urz verhacktstückt (nachträge) - - - - kurz verhackst...

- - kurz verhackstückt (nachträge) - - - kurz verhackstückt (nac

- kurz verhackstückt (nachträge) - - - kurz verhackstü

Dezentraler Widerstandstag gegen die Atom-Mafia

Das letzte Treffen der Gruppen, die sich an dem Konzept dezentraler Widerstandstag orientieren, fand am 28.6.87 in Gießen statt. Leider waren nur drei Gruppen vertreten (Gießen, Darmstadt, Wiesbaden). Von den Anwesenden wurde ein Vorschlag aus Wiesbaden begrüßt, einen der nächsten Widerstandstage unter das Thema "WAA" zu stellen.
Der Wiesbadener Vorschlag: Es sollen zum Widerstandstag im Oktober dezentrale Aktionen zum Thema "WAA" in vielen Städten und Gemeinden stattfinden. Damit soll verdeutlicht werden, daß die WAA nicht nur die Region um Wackersdorf betrifft und dort bekämpft wird, sondern eine zentrale Bedeutung für das gesamte Atomprogramm hat und an jedem Ort bekämpft werden kann.
Mit Atkionen können die Herbstaktionen in Wackersdorf unterstützt werden, zum anderen können diejenigen angesprochen werden, die aus unterschiedlichen Motiven nicht mit nach Wackersdorf fahren.

Wichtig ist das Herstellen breiter Bündnisse am jeweiligen Ort (z.B. mit Nach-Tschenobyl-Initiativen).
Inhaltlich erscheint es uns sinnvoll, auf den militärischen Aspekt der WAA hinzuweisen und die Struktur der Atommafia am Beispiel WAA zu durchleuchten.
Als Aktionen sind für uns vorstellbar z.B. die Beschäftigung mit Baufirmen am Ort, die gleichzeitig für den WAA-Bau tätig sind.
Das nächste Treffen auf dem speziell der Wiesbadener Vorschalg besprochen werden soll, findet statt am 23. August 87, 14 Uhr im Laden des AKU, Herderstr. 35, 6200 Wiesbaden.
PS: Das Info zum Widerstandstag wird nicht mehr erscheinen, da es den Leuten aus Offenbach zeitlich und finanziell nicht mehr möglich ist, das Info zu erstellen. An die Stelle des Infos treten von Fall zu Fall Briefe. Schickt bitte Berichte über Aktionen etc. an die folgenden Adressen:

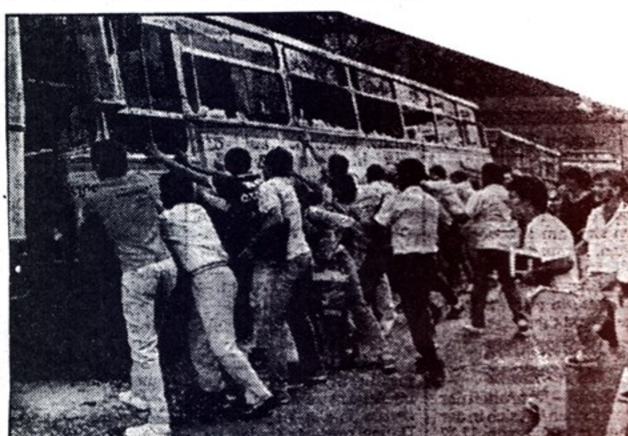
- Atommüllkonferenz
  c/o Umweltzentrum
  Scharnhorststr. 57
  4400 Münster
- Hamburger Presse-Info,
  Nernstweg 32
  2000 Hamburg 50
- AKTION
  Kriegkstr. 38
  6000 Frankfurt

Anarchie und Sinnlichkeit

Juli 87, Frankfurt. Lesbische und schwule AnarchistInnen und an der Diskussion über Sexualität und Herrschaft Interessierte treffen sich vom 2. - 4. Oktober 87 im Waldschlösschen bei Göttingen, um auszuhecken, wie die Schwulen- und Lesbenbewegung zur Anarchie und die anarchistisch-autonome Bewegung zur Sinnlichkeit zu verführen sei.
Kontakt: Autonomes Schwulenreferat, - Thomas -, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt/M 1.

Solidarität Bankrott?

Juli 87, Frankfurt. Die bundesweite Gefangenenorganisation Solidarität e. V. (bei etwas über 300 Mitgliedern rund 200 Knackies) hat 57 000 DM Schulden. Sie sind zwar zum größten Teil auf das Verhalten des ehemaligen Geschäftsführers zurückzuführen, bedrohen aber unmittelbar die Existenz des Vereins und damit seine Arbeit. Sollte sich bis Ende September kein Weg aus der Misere zeigen, macht der Verein dicht.



Brasilien: Widerstand gegen Fahrpreiserhöhungen

Anarchistische Kulturtage

Juli 87, Wilhelmshaven. Für die anarchistischen Kulturtage in WHV werden noch Künstler gesucht (Ausstellungen, Diskussionsrunden, Workshops, Auftritte etc.). Termin: Anfang September. Kontakt: c/o Silke Goldbeck, Hauffstr. 13, 2941 Wilhelmshaven.



Punk is dead - oder was noch davon übrig bleibt

Alles begann im Sommer 85 bei einer Tasse Kamillentee. Andy und Jonny hatten die glänzende Idee, eine World-Punk-Compilation zu produzieren. Eine Compilation? Ja, nämlich zwei Tapes mit schummriger Musik aus allen düsteren Kellern der Welt! Von Hawai nach Jugoslawien und von Australien nach Island. Hoch die Internationale Solidarität (sic!)! Sie ist wahrlich international, hasserfülltes Schreien der Frauenband G.A.S.H. aus Australien, gekotzter Trash der Gruppe Købsen aus Island, Fuckgrüsse an alle Bullen der Welt bis zum geht nicht mehr. Hass international. Hass mal jugoslawisch, mal brazilianisch und sogar mal baseldütsch. Basel ist nämlich auch vertreten, von der Gruppe Gnä Gnä, mit dem vielleicht originellsten Song, Old Mc Donald heisst er (riecht nach verbrannten Hamburgers!). Es sind so viele Bands, dass ich nur noch eine erwähnen möchte. Chaos Generation aus Griechenland wird voraussichtlich irgendwann einmal im August im liebgehassten Röschtiland spielen. Vielleicht in Zürich oder in Bern am Anarcho/a - Fest. Die zwei Tapes, sie heissen 'Final Signal' und 'Subway to death', sind erhältlich bei:

Sick-Records
Konradstr.49
8005 Zürich
Schweiz

und kosten zusammen 10.-

Für die deutschen LeserInnen bei:

Sick Records
c/o Markus Weiler
Boelckestr.10
5130 Geilenkirchen
Germany

Grüsse an die Suburb Rebells

Moscatel & Anarchie.

ANARCHISTISCHE BEWEGUNG IN RUSSLAND 1917-1921 TEIL I

Unter diesem Thema haben wir uns vorgenommen, die Rolle der Anarchisten während der Russischen Revolution aufzuarbeiten. Wir uns wollen im ersten Teil zunächst mit allgemeinen geschichtlichen Daten, mit dem Begriff "Räte", sowie mit der Situation von Anarchisten zu dieser Zeit beschäftigen. Der zweite und der dritte Teil gehen in den folgenden Ausgaben der "AKTION" auf die bekanntesten anarchistischen Bewegungen in Rußland, nämlich die Machnotschina und auf Kronstadt,ein.
Auch wenn es schwierig ist, Material zu diesem Thema zu finden, halten wir es für notwendig, uns neben Spanien auch mit anderen anarchistischen Bewegungen der Vergangenheit auseinanderzusetzen, zumal die Anarchisten in Rußland nicht so eine kleine Rolle gespielt hatten wie allgemein angenommen wird. Wir geben mit diesem Artikel nicht nur unser Wissen weiter, sondern hoffen auch, daß wir dadurch an Informationen herankommen, die vielleicht in einem kleinen Buch von '68 stehen und ansonsten in der hintersten Ecke eines Schrankes verrotten. Es werden hiermit alle aufgefordert, unsere geschichtliche Darstellung und unsere Einschätzungen zu überprüfen. Denn ansonsten verbraten wir hier irgendwelchen Mist und jede/r glaubt's (wir eingeschlossen). Falls also jemand seltenes, wichtiges Material zu den Teilen zwei und drei hat, soll sie es uns rechtzeitig zukommen lassen, damit wir die Teile dann eventuell noch überarbeiten können.



Chronologie

Rußland war 1917 ein hauptsächlich agrarisch geprägtes Land und seine Einwohner zu 85% Bauern. Zwar wurde deren Leibeigenschaft 1861 formell aufgehoben, faktisch aber waren sie weiterhin von den Grundbesitzern abhängig: Sie mußten nun als "freie Bauern" Ablösesummen für sich und das Land zahlen und verschuldeten sich dadurch über Jahrzehnte hinweg, was letztendlich die sozialen Spannungen immer weiter verschärfte.
Der Grund, weshalb die Leibeigenschaft überhaupt aufgehoben wurde, war der, daß nach dem verlorenen Krimkrieg (1854 - 56) in Rußland eine Hungersnot herrschte und sich damit verbundene Unruhen entwickelten. Somit war die "Bauernbefreiung" ein geschickter Schachzug des Zaren, um die Bauern zu befrieden. Es wurde u.a. damit auch eine Voraussetzung für eine kapitalistische Entwicklung geschaffen (Freisetzung von Arbeitskräften für die Industrie), ohne daß Rußland seine landwirtschaftliche Prägung verloren hätte: 1917 waren nur ca. 5% der Bevölkerung Arbeiter (ca. 3 Mio.). Die Industrie war aber auf einige wenige Zentren konzentriert (Petersburg und Moskau z.B.), was die Kommunikation und Organisation unter den Arbeitern erleichterte.
Der zahlenmäßig geringe Adel war die gesellschaftlich dominierende Schicht, auf die der Zar sich verlassen konnte. Eine eigenständige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Städte fehlte und die technisch-industrielle Entwicklung Rußlands wurde zunächst fast ausschließlich vom Staat angeregt. Ein Bürgertum existierte trotz der kapitalistischen Entwicklung kaum oder gar nicht. Eigentümer der Produktionsmittel waren zu einem Großteil ausländische Kapitalisten. So gehörten westlichen Aktionären 90% der russischen Minen, 50% der chemischen Industrie und 42% der Bankaktien. Diejenigen, die sich im 19.Jhd. gegen die herrschende Gesellschaft gestellt hatten, stammten aus dem Adel (Intelligenzia,Narodniki,Semlja i Wolja,Narodnaja Wolja). 1898 wurde dann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gegründet.

1904/05 bekriegten sich Rußland und Japan wegen diverser Kolonien. Rußland verlor. Als Folge des Krieges kam es zu einer Wirtschaftskrise, Hungersnöten und damit zu entsprechenden Unruhen. Zudem hatte die Regierung Gewerkschaften gegründet, die von der Polizei kontrolliert wurden. Der erwartete Effekt, revolutionäre Bewegungen zu verhindern, stellte sich allerdings nicht ein. Einer jener Polizeiagenten fand sich am 03.01.1905 an der Spitze eines Streiks wieder, den die Arbeiter der Putilow-Werke in Petersburg begonnen hatten. Die Forderungen nach dem Zehn-Stundentag und nach höheren Löhnen wurden abgelehnt. Daraufhin fand eine Demonstration am 22.01.1905 in Petersburg statt.

Noch hingen die Arbeiter der Illusion an, Petitionen an den Zaren könnten ihnen helfen. Dabei wurde mittlerweile auch die Presse- und Meinungsfreiheit gefordert. Die Streikenden, die dann vor dem Winterpalais des Zaren erschossen wurden, belehrten sie eines besseren. Für die nächsten Tage wurde der Generalstreik ausgerufen.



Zu diesem Zeitpunkt, also im Jahre 1905, entstanden die ersten Sowjets, und zwar ohne die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands. Trotzki war erst ab Herbst Vorsitzender des Sowjets. Um die Massen zu befrieden, versprach der Zar, die Duma (Parlament), einzuberufen. Gleichzeitig überzog eine Repressionswelle das Land. Massenverhaftungen, Exekutionen, Exil.

Danach herrschte Ruhe im Land. Das parlamentarische Feigenblatt, die Duma, wurde vom Zaren immer wieder aufgelöst. 1914 begann dann der Erste Weltkrieg. Die Menschewiki und Bolschewiki in der Duma enthielten sich im übrigen der Stimme bei der Entscheidung über das Kriegsbudget.

1917 war Rußland militärisch und wirtschaftlich am Ende. Schon 1915/16 kam es wegen Nahrungsmittelknappheit zu Unruhen und Streiks. Noch konnten sie niedergeschlagen werden. Aber 1917 war es dann so weit. Kriegsmüdigkeit und wirtschaftliche Krise führten zu einer Reihe von Streiks und am 22.02.1917 zum Aufstand von Petersburg. Die Polizei war machtlos. Die Petersburger Garnison lief am 27.02. zu den Arbeitern über. Die Duma, offiziel vom Zaren aufgelöst, sprang auf den Zug auf und bildete nach Abdankung des Zaren eine bürgerliche Regierung.

Die provisorische Regierung versprach, den Krieg zu beenden, die verfassungsgebende Versammlung (Konstituante) einzuberufen, eine zu jenem Zeitpunkt noch populäre Forderung, eine bessere Versorgung zu gewährleisten und eine Landreform einzuleiten. Doch nichts passierte. Der Krieg ging weiter. Die Bevölkerung radikalisierte sich, begann sich das Land anzueignen. Die Räte wurden wieder gebildet, und es kam zu der Doppelherrschaft vom Februar 1917 bis Oktober 1917. Der Sowjet akzeptierte pro forma die bürgerliche Regierung. Andererseits durften aber auch die Truppen nicht gegen die Räte handeln.

Im April 1917 kam Lenin aus seinem Züricher Exil und verkündete etwas, was sich schon längst im revolutionären Prozeß entwickelte: "Alle Macht den Räten!"

Im Mai traten Menschewiki und Sozialrevolutionäre in die provisorische Regierung ein. Es änderte sich nichts, weshalb diese Koalition im Juni zerbrach. Auslösendes Ereignis war ein gescheiterter Aufstand gegen die Regierung, die trotz Friedensversprechung eine mißglückte Offensive gestartet hatte. Die dritte Koalition unter Kerenski warf den Aufstand nieder. Lenin floh nach Finnland. Die Bevölkerung wandte sich mehr und mehr von der provisorischen Regierung ab und radikalen Lösungen zu.

Deshalb versuchte die Rechte unter Kornilow einen Putsch, der jedoch mißlang. Die Liberalen, die einige Sympathien für Kornilow hatten, verliessen daraufhin die Regierung, da sie der Meinung waren, diese hätte den Putsch niedergeschlagen. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre gingen aus der Regierung, weil deren Verhalten den Putsch erst ermöglicht hatte.

Kerenski übernahm auch die letzte Regierungsführung. Auch Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren wieder darin vertreten. Doch die Stimmung in der Bevölkerung war entgültig zugunsten einer revolutionären Lösung umgeschlagen. Dadurch wurde es den Bolschewiki erst ermöglicht, den Aufstand zu beschließen, für den 07.11.1917, und zwar so, daß sie am nächsten Tag das Ergebnis vom zweiten Sowjetkongreß - dort hatten die Bolschewiki die Mehrheit - absegnen lassen konnten.

Bei der Bewertung der Ereignisse vom Februar 1917 bis Oktober 1917 ist zu bedenken: Die Februarrevolution 1917, und auch die von 1905 war ohne jede Führung einer Partei etc.. In dem Maße, wie revolutionäre Gedanken und damit auch Taten in der Bevölkerung Fuß faßten, konnten die Bolschewiki die Lage für sich ausnutzen. Die Bevölkerung machte 1905 die Erfahrung, daß der Zar auf friedliche Demonstranten schießen ließ. Sie stellte 1917 fest, daß eine bürgerliche Regierung ihre Situation nicht verbesserte, und sie begann, belehrt durch diese Erfahrungen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, d. h. sich in Stadt und Land die Produktionsmittel anzuzeignen.

Das hieß aber auch, daß eine Partei, die, wenn auch spät, die revolutionären Losungen übernahm, sich leicht an die Spitze einer revolutionären Bewegung stellen konnte. Immerhin sind die Bolschewiki von den Ereignissen mehr oder weniger überrascht worden. Denn ihre ursprüngliche Konzeption ging über eine bürgerliche Revolution mit den Arbeitern als Subjekt erst einmal nicht hinaus. Erst im Laufe des revolutionären Prozesses änderten sie ihre Einschätzung (Aprilthesen). Insofern waren die Dekrete über Frieden und Bodenverteilung, die vom Rat der Volkskommissare als erste nach der Oktoberrevolution verabschiedet wurden, nur eine Feststellung des Ist-Zustandes.

Festzuhalten bleibt weiter, daß die Revolution nichts Geradliniges war, daß von vornherein nicht abzusehen war, wie das Ganze ausgehen würde, geschweige denn, daß die Bolschewiki die Machthaber sein würden. Geschichte ist nicht gradlinig - in diesem Sinne: machen wir sie selbst!



Die anarchistische Konzeption einer sozialen Revolution

In der russischen Revolution von 1905 wurden spontan Sowjets, d. h. Räte gebildet. Die Idee ist aber älter. Offiziell wurden sie zum ersten Mal auf einem Kongreß der I. Internationale 1869 in Basel erwähnt. Es handelte sich um einen Resolutionsentwurf, den die Anhänger Bakunins einbrachten. Es wurde darin der Vorschlag gemacht, Industrieverbände auf föderalistischer Basis als Organisationsform freier Produzenten anzuerkennen. Voraussetzung einer dezentralen Organisationsweise der Produktion und Verteilung war die Abschaffung des Staates.

Räte sind also Selbstverwaltungsorgane. Sie bilden sich aus sachlichen Fragen und auf Grund der Geographie. D. h. für bestimmte Problemfelder (z. B. Bildung) werden auf freiwilliger Basis Räte gebildet, die sich damit befassen. Geographische Zusammenhänge sind z. B. eine Stadt oder ein Stadtteil. Bei Themen, die überregional gelöst werden müssen, wie z. B. beim Transportwesen, kann die direkte Selbstverwaltung zugunsten einer Delegiertenversammlung aufgehoben werden. Dabei herrscht aber das Prinzip des imperativen Mandats, d. h. die Delegierten müssen die Inhalte vertreten, die in den autonomen Räten abgestimmt wurden, und sind bei Nicht-Erfüllung jederzeit abrufbar.

Die Form des Rätegedankens, die sich hauptsächlich auf die Produktionssphäre bezieht, ist der Anarchosyndikalismus. Er ist der gewerkschaftliche Flügel der Anarchisten, wie er auch 1869 in Basel vertreten wurde. Die Gewerkschaften hatten demnach zwei Aufgaben. Einmal sollten sie in der bestehenden Gesellschaftsordnung die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen durchsetzen. Das sollte durch direkte Aktionen wie Streiks, Fabrikbesetzungen und Sabotage durchgesetzt werden. Apelle an Parteien oder eine Mitarbeit im Parlament wurde abgelehnt.

Die AnarchistInnen lehnten den Kampf um die politische Macht ab. Was bedeutete der Begriff überhaupt? Macht hatte, wer das ökonomische und soziale Leben kontrollierte. Doch dessen Organisierung sollte ja gerade durch die Bevölkerung selbst geschehen, ohne daß eine Zentralinstanz Einfluß darauf hätte. Der Kampf um die Zentralmacht war bei einer dezentralen Organisationsweise der Ökonomie sinnlos, zumal es nicht das Ziel der AnarchistInnen war, als einzelne Gruppe Macht über andere auszuüben. Deshalb beschränkten sich die AnarchosyndikalistInnen auf den ökonomischen Kampf.



Wichtigste Leitlinien der AnarchistInnen waren also die Ablehnung von Zentralismus, des Staates und "revolutionärer Eliten". Das Rätesystem als Gegenmodell zum Zentralismus wurde schon beschrieben. Der Staat war für die AnarchistInnen nur Ausdruck von diesem Zentralismus und hatte immer eine repressive Funktion, die es zu bekämpfen galt, da sie der freien Selbstorganisation entgegenstand. Deshalb wurde die bolschewistische Vorstellung eines proletarischen Staates, der Diktatur des Proletariats, abgelehnt, da die alte Form des Staates mit seinen überkommenen Strukturen erhalten wurde, auch wenn er diesmal unter "proletarischen" Vorzeichen stand. Die Diskrepanz zwischen alten Formen und neuen Inhalten mußte zum Scheitern der Revolution führen und war im Selbstverständnis der Bolschewiki als Revolutionselite, die die Massen führen wollte, schon angelegt. Wie sollte der Staat absterben, wenn in der Übergangsgesellschaft, als die der proletarische Staat von den Bolschewiki benannt wurde, nicht einmal Ansätze für eine staatenlose Gesellschaft enthalten waren?

Andererseits sollten die Gewerkschaften unter bestehenden Herrschaftsverhältnissen Keimzellen der zukünftigen Gesellschaft sein. D. h., daß sie in sich Organisationsformen entwickeln sollten, die es ihnen ermöglichten, in einer sozialen Revolution als selbstverwaltete Produzentenverbände die Fabriken zu übernehmen. Es sollte somit die Frage des Übergangs zwischen Zerstörung der alten Gesellschaft und dem Aufbau der neuen im Vorfeld gelöst werden.

Die Sowjets beschränkten sich aber nicht auf die Ökonomie, sondern umfaßten das gesanme gesellschaftliche Leben. Eine Trennung von Exekutive und Legislative wurde abgelehnt, da es nach Meinung der AnarchistInnen ein Zeichen des zentralistischen Staates sei, wenn die Legislative die Ausführung einem bürokratischen Apparat überläßt. Exekutive und Legislative sollten zusammen auf die unterste Ebene, die lokalen Räte verlagert werden und die Trennung von Staat und Gesellschaft aufgehoben werden.

Bolschewiki, Anarchisten und Räte

Am 17.04.1917 verkündete Lenin seine Aprilthesen und forderte u. a. "alle Macht den Sowjets." Die Räte waren nach der Februarrevolution 1917 wiedergegründet worden. Sie waren der zweite Machtfaktor neben der provisorischen Regierung. In den folgenden Monaten entspann sich der Kampf zwischen den beiden (Doppelherrschaft).

Die Forderung Lenins war also keine bolschewistische Idee. Sieht man sich die bolschewistische Konzeption einer Elitepartei an, die als Avantgarde die Massen führen wollte, so ist eine Befürwortung der parteilosen Räte durch die Bolschewiki verwunderlich.

Die Anarchisten waren deshalb der Meinung, daß die Bolschewiki aus taktischen Gründen unter dem Druck der Verhältnisse die Räte hofierten. Wie war sonst die Vorstellung eines zentralistischen, proletarischen Staatsapparates mit den dezentralen Räten vereinbar? Da die Räte eine starke Stellung in den Monaten Februar bis Oktober erringen konnten, war klar, daß ein Umsturz nicht gegen sie geführt werden konnnte.

"Immerhin war aber die Partei nicht imstande, auf eigene Faust und unabhängig vom Rätekongreß und hinter seinem Rücken die Macht zu ergreifen. Es wäre das ein Fehler gewesen, der sogar auf die Haltung der Arbeiter nicht ohne Folgen geblieben wäre." (Trotzki) (1)

Also wurde die Eroberung der Macht mit dem zweiten Sowjetkongreß abgestimmt. Tatsächlich war die Oktoberrevolution ein Prozeß, der sich über mehrere Monate hinzog. Während der Zeit radikalisierten sich die Massen, wurde die Losung "alle Macht den Räten, die Fabrik den Arbeitern, das Land den Bauern", immer populärer. Die Revolution fand auch ohne die Bolschewiki statt, die unter diesen Umständen die Räte taktisch für sich benutzten, zumal auch in den folgenden Monaten ihre Macht noch nicht gefestigt war.

So proklamierte der zweite allrussische Sowjetkongreß (er bestand zum größten Teil aus Bolschewiki) am 25.10.1917, daß alle Macht an die örtlichen Räte übergehen sollte. Wenn die Sowjets die Macht hatten, wozu war dann der "Rat der Volkskommisssare" nötig, den die Bolschewiki als Regierung einsetzten?

Ein Zitat zur Verdeutlichung der Vorstellung Lenins über die Revolution:
"Ihr werdet sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär demokratischen Lande unentrinnbar einen Schritt zum Sozialismus bedeutet. Denn wenn das größte kapitalistische Unternehmen monopolisiert wird, bedient es also das ganze Volk. Wenn dieses Unternehmen also ein Staatsmonopol geworden ist, lenkt der Staat das Unternehmen in wessen Interesse? Entweder im Interesse der Grundbesitzer und Kapitalisten ... oder im Interesse der revolutionären Demokratie. Dann ist es ein Schritt zum Sozialismus ... Der Sozialismus ist nichts anderes als ein staatskapitalistisches Monopol, eingestellt zum Nutzen des ganzen Volkes und insofern kein kapitalistisches Monopol mehr." (2)



Lehning benutzte das Zitat aus Lenins Buch "Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen?", das 1920 erschienen war. Augenscheinlich sind hier die Brüche, die laut Lehning in dem 1917 erschienenen "Staat und Revolution" vorhanden waren, in Lenins Argumentation verschwunden. Lehning beschreibt, daß in "Staat und Revolution" libertäres Gedankengut enthalten ist, daß Lenin nicht durchgehend für einen sozialistischen Staat argumentiert.

Insgesamt überwiegt aber die Idee des proletarischen Staates.

"Von einer 'Abschaffung' oder gar 'Vernichtung' des Staates kann hier ja gar nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Sie bringt die ungeheuerste Verstärkung und Machtzunahme des Staates mit sich, eine ungeheure Zentralisation. Der Staat war immer ein politisches Unterdrückungsinstrument im Interesse einer herrschenden Klasse. Mittels des Staatsapparates verfügte sie über das Monopol der Macht. Dieses Monopol ermöglichte das Monopol des Besitzes. Der Kapitalismus ist ein ökonomisches System der Ausbeutung, weil er den Besitz der Produktionsmittel in den Händen einer Minorität monopolisiert. Wenn der monopolistische Kapitalismus zu einem staatsmonopolistischen wird, wenn der kapitalistische Staat zu einem Stastskapitalismus wird, wenn das Monopol der Macht und das Monopol des Besitzes, die einander bedingen, mehr und mehr ineinander übergehen, sich vermischen und in einer Hand vereinigen, dann vernichten sie sich nicht gegenseitig, heben sich nicht auf, sondern vereinigen sich zu einer ungeheuren Macht. Die Vereinigung der beiden Monopole verringert nicht die Wirkung ihrer Funktionen, sie akkumuliert sie vielmehr." (3)

Die Kritik Lehnings zeigt deutlich, wie wenig das Rätemodell in das System eines proletarischen Staates paßte, in dem die herschende Klasse die Bürokraten der Partei sind. Die Aprilthese, "alle Macht den Sowjets", bleibt eine Episode, denn die praktizierten Enteignungen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten und die Inbesitznahme des Landes und der Fabriken durch die Produzenten widersprach Lenins Auffassung des Staatskapitalismus.

Die Anarchisten bemühten sich, diese Widersprüche aufzudecken. So schrieb Volin in der Zeitung "Golos Truda" zur Jahreswende 1917/18 folgendes: "Wenn sie (die Bolschewiki) ihre Macht erst einmal konsolidiert und legalisiert haben, werden die Bolschewiki, die Politiker, Sozialisten und Etatisten sind, d.h. Menschen, die zentralistisch und autoritär handeln, damit beginnen, von der Zentrale aus das Leben des Landes und des Volkes zu ordnen und einzuteilen... Eure Räte... werden nach und nach zu simplen Exekutivorganen des Willens der Zentralregierung werden... Man wird erleben, wie ein autoritärer und etatistischer politischer Apperat errichtet wird, der 'von oben her' wirken und sich anschicken wird, alles mit eiserner Faust zu zermalmen- ... Weh dem, der nicht mit der Zentralregierung übereinstimmt. 'Alle Macht den Räten' wird in Wirklichkeit die Autorität der Parteiführer werden." (4)

Volin sieht in der Russischen Revolution bestätigt, daß ein etatistisch-autoritärer Sozialismus Relikt einer bürgerlichen Vergangenheit ist und im Widerspruch zur sozialen Revolution steht. Die Eroberung der Macht im Staate zieht Privilegien für ihre Inhaber nach sich, eine Bürokratie entsteht, die das Bestreben hat, das soziale Leben zu kontrollieren und damit die vielfältigen Aktivitäten der Massen erstickt. Jede Kreativität wird als Bedrohung der Zentralmacht gedeutet und unterdrückt. Als Begründung für die Errichtung eines Staatsapperates wurde von den Bolschewiki u.a. angegeben, nur so könnte die katastrophale wirtschaftliche Situation gelöst werden.

Die Anarchisten dagegen meinten, gerade dieser "Sachzwang" wäre erst durch die Zentralgewalt geschaffen worden. In einer Phase der Umwälzung der Gesellschaft, in einer Übergangszeit, in der sich neue Organisationsformen entwickelten, war es für eine Zentralinstanz unmöglich, über die jeweiligen Bedingungen vor Ort genau Bescheid zu wissen, um dann von oben angemessene Entscheidungen zu fällen. Würden dagegen die lokalen Räte die Organisation von Produktion und Verteilung übernehmen, so würde sich die Wirtschaftsmisere lösen lassen.



volin gibt zwei Beispiele stellvertretend für viele an, in denen die Eigeninitiative der Arbeiter durch die Bolschewiki unterdrückt wurde:



Ende 1917 beschlossen die Arbeiter einer Petroleumfirma in Petrograd, die von ihrem Besitzer aufgegeben worden war, als Kollektiv die Produktion wieder aufzunehmen. Sie fragten bei der Regierung um Hilfe an und bekamen vom Volkskommissariat für Arbeitswesen zur Antwort, daß es weder Brennmaterial, Rohstoffe, Transportmittel und Kundschaft gäbe. Deshalb blieb der Betrieb geschlossen und die Arbeiter wurden entlassen. Die aber hatten inzwischen in Eigeninitiative die Probleme gelöst. Sie konnten produzieren und hatten sich über die Verteilung des Erlöses in Löhne und Betriebskapital geeeinigt. Trotzdem durften sie nicht die Produktion aufnehmen, da die Regierung meinte, wenn jede Fabrik auf eigene Faust handeln würde, würde das Chaos ausbrechen. Das Chaos herrschte aber gerade deshalb, weil jeder Versuch von der Basis, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu setzen, unterdrückt wurde und damit auch jede Möglichkeit genommen wurde, die verschiedenen Produktionszweige miteinander zu koordinieren.

Ein letztes Beispiel zu den Auswirkungen einer schwerfälligen Bürokratie: Die Sowjets bekamen den Auftrag, die Städte mit Holz zu versorgen. Das funktionierte wegen bürokratischer Hemmnisse nur zögernd.Das Angebot einiger Städter, direkt mit den Holzlieferanten, den Bauern, zu verhandeln, schlugen die Sowjets mit dem Argument aus, das wäre willkürlich und zersetzend und im übrigen wäre die Zentralregierung für den Plan zuständig.

Das Ergebnis war entweder fehlendes Heizmaterial oder Holz zu überhöhten Preisen, da nach dem September durch das schlechte Wetter die Arbeit für die Bauern zunehmend schwieriger wurde und sie einen besseren Preis forderten.
So gab es einerseits eine massive Kritik an den politischen Formen der Bolschewiki, andererseits benutzten sie und die Anarchisten die gleiche Losung "Alle Macht den Räten". Ebenso unterschiedlich wurde die Forderung "Die Fabrik den Arbeitern" ausgelegt.

Doch nicht nur im wirtschaftlichen Bereich lähmte die bolschewistische Regierung die Eigeninitiative und ließ kein Abweichen von ihren Vorstellungen zu: Ende 1918 hielt sich Volin in der Ukraine in der Stadt Bobror auf. Er nahm den Auftrag des dortigen lokalen bolschewistischen Komitees an, die Bildungs- und Kulturarbeit in der Gegend zu organisieren. Er behielt sich vor, ehrenamtlich und parteiunabhängig zu arbeiten. Es entstanden auf seine Initiative hin Schulen, Theatergruppen, eine Bibliothek und Abendkurse für Erwachsene. Die Lokalverwaltung schickte einen Bericht nach Moskau. Die Machthaber dort erkannten, daß sich eine Bildungs- und Kulturarbeit auch ohne ihre Dekrete entwickeln konnte, sie also überflüssig waren. Das durfte nicht sein! Also wurden die entprechenden Dekrete in die Ukraine geschickt und als sie nicht befolgt wurden ein Ultimatum gestellt: Anpassung oder Rücktritt lauteten die beiden Möglichkeiten für Volin. Er entschied sich für letzteres. Sein Nachfolger wandte die Richtlinien genaustens an, mit dem Erfolg, daß Kreativität und Motivation bei den Beteiligten rasch verlorengingen und nur noch wenig Interesse von freiwilligen Helfern an Bildungs- und Kulturarbeit vorhanden war.

Die Organisation der Ökonomie

"Die Fabrik den Arbeitern" wurde von den Bolschewiki nach dem Dekret vom 14.11.17. wie folgt "verwirklicht": Den Arbeitern wurde Mitbestimmung gewährt und der Unternehmer mußte Rechnungsbücher und Briefwechsel veröffentlichen. Weiter ging die soziale Revolution erst mal nicht. Das genügte den Anarchisten nicht. Die Lohnarbeit bestand weiterhin und Arbeiterkontrolle, d.h. Mitbestimmung, war nicht dasselbe wie Enteignung und Arbeiterselbstverwaltung. Die Vorstellungen der Anarchisten sahen zwar auch eine schrittweise Enteignung vor, sie sollte aber sofort eingeleitet werden. Dabei war ihnen durchaus klar, daß die Massenorganisationen, die das durchsetzen sollten und die später die Produktion übernehmen sollten, erst im Entstehen waren. Die stattfindenden Enteignungen, die spontanen Versuche, die Produktion selbstverwaltet weiterzuführen, zeigten, daß zumindest Teile der Bevölkerung die Losung "Die Fabrik den Arbeitern" im anarchistischen Sinne verstanden. Für die Anarchisten galt es, diese Tendenzen zu stärken und zu verbreitern. So forderte der 1. Kongreß der Fabrikräte am 20.10.17, daß die Aufsichtsgremien und Kontrollkommissionen der Arbeiter nicht nur den Unternehmer überprüfen durften, sondern die Übergabe der Fabriken in die Hände der Arbeiter vorbereiten sollten.

Rußland hatte keine gewerkschaftliche Tradition. Die ersten Gewerkschaften bildeten sich erst 1905 in Moskau. Bis 1917 wurden sie zu großen Teilen von den Menschewiki dominiert. Sie beschränkten sich auf die Propagierung des Acht-Stunden-Tages, der Arbeiterversicherung und der Krankenkassen. Bis zur Revolution waren sie starken Repressionen von staatlicher Seite ausgesetzt. Sie konnten sich erst nach dem Sturz des Zaren richtig entwickeln. Als es nach dem Oktober 1917 um die Verwaltung der Produktion ging, wandten sich die Bolschewiki an die noch unabhängigen Gewerkschaften als Vermittler zwischen den Arbeitern und dem Staat. Es blieb jedoch schon bald nicht mehr bei der Mittlerrolle, sondern die Gewerkschaften wurden zu Vertretern der Interessen des Staates. Es kam zu einem Gegensatz von Fabrikkomitees (Betriebsräte) und Gewerkschaft.



Die Fabrikkomitees waren die Organe, die von den Arbeitern in den von ihnen übernommenen Fabriken direkt gewählt wurden. Die Anarcho-Syndikalisten waren sich nicht einig, wie man mit diesen Gegensätzen umgehen sollte. Einige arbeiteten sowohl in Fabrikkomitees als auch in der Gewerkschaft mit, andere lehnten eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ab. In den Komitees konnten die Anarcho-Syndikalisten eine recht starke Position erlangen. Es war nicht von Anfang an ersichtlich, daß die Gewerkschaften zu reinen Exekutivorganen des Staates werden würden. Zwar hatten weder sie noch die Anarcho-Syndikalisten eine längere Tradition in Rußland, aber gerade das ließ anfangs den Ausgang der Entwicklung offen.

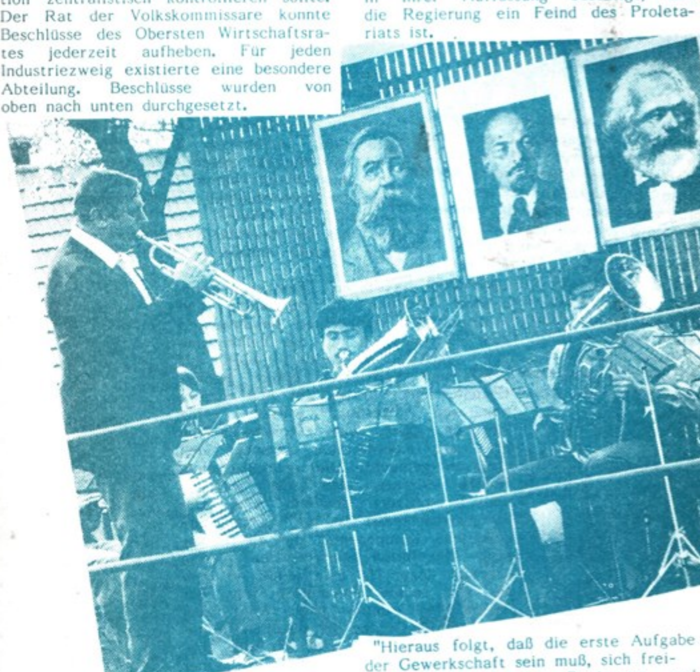
In dem Maße, in dem die Bolschewiki die Kontrolle über die Gewerkschaften erlangten, verloren die Fabrikkomitees an Rechten. Das begann schon im Dezember 1917. Man muß dabei beachten, daß die Fabrikräte nicht erst mit "der" Oktoberrevolution entstanden, sondern schon während der Doppelherrschaft. Am 5.12.17 aber wurde die gesamte Industrie dem Obersten Wirtschaftsrat unterstellt, der die Produktion zentralistisch kontrollieren sollte. Der Rat der Volkskommissare konnte Beschlüsse des Obersten Wirtschaftsrates jederzeit aufheben. Für jeden Industriezweig existierte eine besondere Abteilung. Beschlüsse wurden von oben nach unten durchgesetzt.

Der Kongreß dieser Wirtschaftsräte (26.5. - 4.6.18) beschloß, daß die Unternehmensführung zu je einem Drittel dem Obersten Wirtschaftsrat, den Arbeitern der Fabrik und den Regionalräten unterstellt sei. Zwar wurde in dem Dekret die Vergesellschaftung, d.h. die Verstaatlichung der Produktionsmittel beschlossen, aber das betraf auch Betriebe, in denen schon Selbstverwaltung praktiziert wurde.

Auf dem 2. Kongreß des Obersten Wirtschaftsrates Ende 1918 wurden die Fabrikkomitees verbal heftig angegriffen. Die Wahlen zu den Komitees gingen zwar weiter, aber es wurden vorgefertigte Listen von den Bolschewiki vorgelegt, eine geheime Wahl fand nicht statt und wer gegen die Listen stimmte, mußte mit wirtschaftlichen Sanktionen rechnen. So wurden die Fabrikkomitees ebenfalls zu Vertretern des Staates.

Ähnliches passierte den Konsumgenossenschaften. Sie entstanden während der Revolution, um die Verteilung der Produkte zu regeln. Ein Erlaß vom 20.3.1919 löste sie auf. Stattdessen wurde ein staatliches, zentralistisches Versorgungskommissariat geschaffen, analog zur Gründung des Obersten Wirtschaftsrates und der Entmachtung der Fabrikräte. In beide Verbände wurde die Bevölkerung zwangsintegriert.

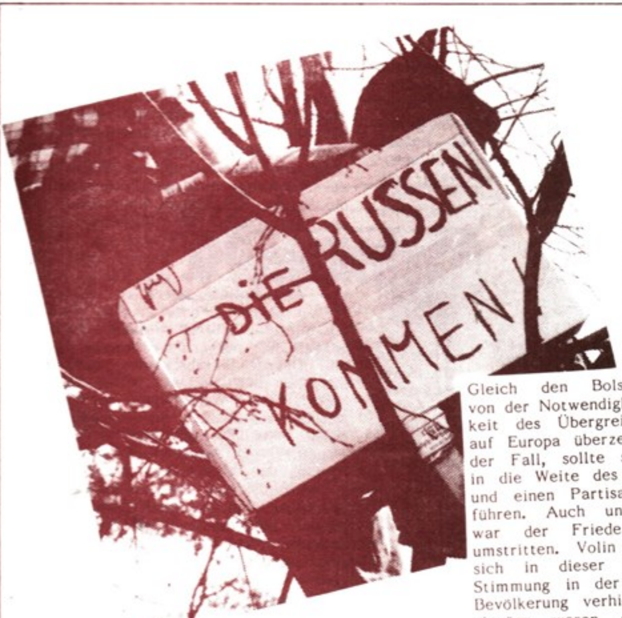
Die Anarcho-Syndikalisten sahen sich in der Entwicklung der Revolution in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Regierung ein Feind des Proletariats ist.



"Hieraus folgt, daß die erste Aufgabe der Gewerkschaft sein muß, sich freizumachen von der Regierung und die Wirkung der Gewerkschaft zu heben. Die Gewerkschaften, die ihrem Charakter nach unparteiisch sind, haben sich auf die Grundlage des Wirtschaftskampfes zu stellen und sich von der Leitung der Diener des Staates, d.h. der politischen Parteien, zu befreien. Durch Mitarbeit mit der Regierung berauben sich die Gewerkschaften ihres bedeutendsten Rechtes, des Rechtes des Aufstandes." (5)

Gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln hieß für die Bolschewiki, Eigentümer des Landes und der Fabriken sei der Staat. Arbeiter und Bauern waren abhängig von der Regierung. Nicht die Bevölkerung, der Staat hatte die Kontrolle über die Verkehrsmittel, die Presse, die Banken, über Production und Verteilung. Die Regierung führte die Geschäftsführung durch eine Person in den Betrieben wieder ein. Der Betriebsleiter bekam das Recht, Arbeiter einzustellen oder zu entlassen, sie zu bestrafen oder gar der Tscheka auszuliefern. Statt eines Kampfes gegen die bürgerliche Presse wurde ein Dekret verabschiedet, daß alle nicht-bolschewistischen Publikationen betraf. Die Wahlen in der Armee wurden abgeschafft, in den Fabriken wurde das System des Taylorismus eingeführt und Arbeit wurde zur Pflicht. Die Maßnahmen der Bolschewiki sollten einen Schritt weiter zum Sozialismus führen, aber für die angeblichen Machthaber im Staate, die Arbeiter und Bauern, verschlechterten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen.

Zwar gab es zwischen 1919 und 1921 punktuelle Streiks, die alle niedergeschlagen wurden, doch selbst einige Anarchisten entschuldigten politische Unterdrückung, Zwangsrequirationen bei den Bauern und die Entmachtung von Fabrikräten und Gewerkschaften mit den Beschwernissen des Bürgerkrieges. Doch auch nach dem Bürgerkrieg änderte sich nichts. Das führte zu einigen Revolten in den mittleren Provinzen Rußlands, im Kaukasus und Sibirien und zum Kronstädter Aufstand, die aber alle erfolglos waren. Die Neue Ökonomische Politik der Bolschewiki, die NEP, die auf dem 10. Parteitag im März 1921 verabschiedet wurde, sah eine Naturaltaxe statt Requirationen bei den Bauern und teilweise einen freien Markt vor. Die Anarchisten befürchteten, daß dadurch ein neuer Typus des Dorfkapitalisten entstehen würde, der Arbeitskräfte anwerben könnte, d.h. daß lohnabhängige Hilfskräfte neben einigermaßen wohlhabenden Bauern existieren würden. Das entsprach nicht der geforderten kollektiven Nutzung des Bodens. Die Kronstädter hatten zwar auch die freie Verfügung des einzelnen Bauern über sein Land gefordert, aber unter der Einschränkung, daß er keine lohnabhängigen Arbeitskräfte beschäftigen durfte.



Brest-Litowsk

Das Problem des Friedensschlusses wurde in allen Kreisen Rußlands heftig diskutiert. Die anarchistischen Gruppen lehnten im allgemeinen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk ab, da er den Ausverkauf Rußlands bedeutete. Immerhin mußten die Ukraine, Finnland, Lettland, Litauen, Weißrußland und Beßarabien abgetreten werden. Die Anarchisten waren der Meinung, wenn die Truppen die Front verließen und nach Rußland zurückkehrten, würde das ein Signal für die anderen Völker zur Revolution in ihren eigenen Ländern sein.

Gleich den Bolschewiki waren sie von der Notwendigkeit und der Möglichkeit des Übergreifens der Revolution auf Europa überzeugt. Wäre das nicht der Fall, sollte sich die Bevölkerung in die Weite des Landes zurückziehen und einen Partisanenkrieg in Rußland führen. Auch unter den Bolschewiki war der Friede von Brest-Litowsk umstritten. Volin schreibt, daß Lenin sich in dieser Frage entgegen der Stimmung in der Partei und bei der Bevölkerung verhielt. Die Sozialrevolutionäre waren ebenfalls gegen den Friedensvertrag und traten aus der Regierung aus.

Die Konstituante

Die Anarchisten lehnten die Einberufung der Konstituante als unnötig, ja gefährlich ab. Die Propagierung freier Sowjets als Organisationsform widersprach dem parlamentarischen Instrument der Konstituante. In der "Golos Truda" Nr. 19 (18.11. - 1.12.17) wurde folgende Überlegung angestellt: Da die Anarchisten ihr Vertrauen in die Bevölkerung setzten, schätzten sie die Gefahr einer bürgerlich-sozialistischen Mehrheit nur gering ein. Was aber würde geschehen, wenn die Bolschewiki die Mehrheit bekämen? Sie würden die Sowjets zu bloßen ausführenden Organen degradieren und alleinige Inhaber der Macht sein. Augenscheinlich fühlten die Bolschewiki sich nicht stark genug, ohne Legitimation durch die Massen ihre Macht zu festigen. Sie benutzten die bei den Bauern noch immer populäre Einberufung der Konstituante unter taktischen Gesichtspunkten. Das erklärte den Dualismus der Bolschewiki, die einerseits die Macht für die Räte forderten, andererseits die Konstituante propagierten. Das Wahlergebnis ergab eine Mehrheit für die Rechten Sozialrevolutionäre. Das hatten weder Anarchisten noch Bolschewiki erwartet. Es fällt auf, daß die Bolschewiki nun ebenfalls gegen die Konstituante waren. Sicher war es möglich, daß die Wahlen nicht die eigentliche revolutionäre Stimmung der Bevölkerung widerspiegelten, da nach alten Listen gewählt wurde, die in keiner Weise mit dem Fortschreiten der Revolution übereinstimmten. Aber vor den Wahlen hatte das die Bolschewiki nicht gestört. Anfang 1918 wurde die Konstituante einberufen. Sie wurde in Übereinstimmung mit den Bolschewiki von dem Anarchisten Anatol Jelezniakow am 15.1.18 aufgelöst.

Anarchistische Gruppen in Rußland

Rußland hatte bis 1905 keine anarchistische Bewegung. Die russischen Theoretiker der Anarchie, Bakunin und Kropotkin, hatten zu einem großen Teil im Ausland gelebt und gewirkt und ihre Werke waren bis 1917 nur begrenzt nach Rußland eingeschmuggelt worden. Der Anteil von Schriften, die sich die deutsche Sozialdemokratie zum Vorbild nahmen, war wesentlich größer.

1900-1905 entstanden einzelne anarchistische Gruppen in Petersburg und Moskau. Ihre Aktivitäten beschränkten sich hauptsächlich auf die Verbreitung der Schriften Kropotkins. Auch auf dem Land existierten einige solcher Gruppierungen. In der für den Artikel benutzten Literatur wurden keine Angaben über eine Kommunikation oder gar Koordination zwischen den Gruppen gemacht. Die anarchistischen Kräfte dürften also sehr schwach und zersplittert gewesen sein. Um so überraschender ist die starke anarchistische Komponente, die die Russische Revolution entwickelte. Guerin schreibt dazu: "In dem Maße, in dem sie eine echte Revolution war, der Anstoß von unten nach oben ging und spontan Organe der direkten Demokratie entwickelte, wies sie alle charakteristischen Eigenschaften einer sozialen Revolution mit libertären Tendenzen auf. Aber die relative Schwäche der russischen Anarchisten verhinderte, daß in der außergewöhnlich günstigen Situation ihre Ideen triumphierten." (6)



So entstanden auch die Räte von 1905 spontan, aber beteiligt an der Gründung des Petersburger Sowjets war der Anarchist Volin. Die Anarchisten bildeten oft die aktivsten Elemente in diversen Demonstrationen und Aufständen. Sie hatten eine wesentliche Rolle bei der Verteidigung der Revolution gegen Kaledin 1918. Anarchisten bildeten im Süden Rußlands unabhängig von Machno Partisaneneinheiten, um gegen die Konterrevolution zu kämpfen und das Regiment von Dvinsk, in dem die Anarchisten eine starke Position hatten, war im Oktober 1917 entscheidend an der Revolution in Moskau beteiligt. Unter Kerenski war das gesamte Regiment inhaftiert worden, da es sich geweigert hatte, im Juni 1917 an einer Offensive teilzunehmen. Zusammen mit der anarchistischen Föderation Moskau war es eine der ersten Gruppen, die gegen Kerenski auftraten.

Die Föderation anarchistischer Gruppen von Moskau war eine relativ große Gruppe, die 1917/18 eine intensive Propaganda in Moskau und der umliegenden Provinz betrieb. Sie gab die Tageszeitung "Die Anarchie" heraus, die eine Auflage von 25000 Exemplaren hatte. Die Föderation war anarcho—kommunistisch orientiert und betrachtete die Anarcho-Syndikalisten mit einigem Mißtrauen. Zu einer organisatorischen Zersplitterung kamen ideologische Differenzen zwischen den verschiedenen anarchistischen Strömungen hinzu, was sicherlich eine Schwächung der gesamten Bewegung bedeutete. Da aber in der Literatur nur am Rande Bemerkungen über die Auseinandersetzungen und/oder die Zusammenarbeit in der anarchistischen Bewegung gemacht werden, wird hier eine abschließende Einschätzung unterlassen.

Im April 1918 wurden die moskauer Anarchisten liquidiert. Einige Reste der Bewegung existierten noch bis zur endgültigen Zerschlagung der anarchistischen Bewegung 1921.

In Petrograd wurden zwei Wochenzeitungen mit jeweils 25000 Exemplaren Auflage herausgegeben. Eine von beiden erschien später als Tageszeitung: Die "Golos Truda" (Stimme der Arbeit). Sie wurde im Sommer 1917 von der gleichnamigen Gruppe, die die größte in Petrograd war, gegründet. Die Mitglieder der Gruppe wurden 1918 von den Bolschewiki liquidiert. Einige wenige schafften es, noch eine zeitlang in Moskau weiterzuarbeiten. Die Union für anarcho-syndikalistische Propganda Golos Truda wurde von russischen Emigranten in den USA gegründet, d.h. die anarcho-syndikalistische Bewegung Petrograds wurde von außen initiiert, als die Gründer nach der Oktoberrevolution nach Rußland zurückkehrten.



Außer der Golos Truda gab es noch weitere syndikalistische Zeitungen: Rabotschaja Mysl (Charkow), Sibirsky Anarchist (Krasnojarsk) und Rabotschaja Schisn. Anarcho-syndikalistisch organisiert waren die Parfümarbeiter Moskaus, die Bergarbeiter des Debalzewschen Kohlegebietes (ca. 25000 - 30000 Mann), die Bäcker von Moskau, Kiew und Charkow, die Post- und Telegraphenbeamten, auf derem allrussischen Kongreß die Syndikalisten fast 50% der Delegierten stellten, und starker syndikalistischer Einfluß herrschte auch bei der Vereinigung der Seeleute und Transportarbeiter des Wolgagebietes.



Das konnte sich nur vor der Entmachtung der Fabrikkomitees entwickeln. Noch auf dem 2. Allrussischen Kongreß der Gewerkschaften 1919 repräsentierten die Anarcho-Syndikalisten und ihre Sympathisanten ca. 52000 Arbeiter, obwohl die Anarchistenverfolgung schon im Gange war.

In dem Zusammenhang wurde Kritik an der Golos Truda geübt. Die Anarcho-Syndikalisten waren über die Frage der Beteiligung in Betriebsräten und Gewerkschaften gespalten. Es gelang ihnen nicht, unabhängige syndikalistische Gewerkschaften zu schaffen und ihre Basis zu verbreitern, sondern sie arbeiteten verstreut in den genannten Organisationen mit. Die Golos Truda hätte laut Maximoff ein Votum für die Bündelung syndikalistischer Kräfte abgeben müssen und hatte das versäumt.

Die Ursachen der Niederlage der Anarchisten

"Trotz ihres irreparablen Rückstandes und extremen Schwäche, trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten und trotz der prompten und erbarmungslosen Repression, der sie ausgesetzt waren, vermochten die Anarchisten vor allem nach dem Oktober allenthalben lebhafte und aufrichtige Sympathie zu gewinnen. In manchen Gegenden hatten die Ideen der Anarhisten sofortigen Erfolg. Ihre Zahl vergrößerte sich rasch... Im Verlauf der Revolution gelangte die anarchistische Aktivität zu großem Einfluß; sie hatte vor allem deshalb so überraschenden Erfolg, weil die Anarchisten die einzigen waren, die der bolschewistischen Theorie und Praxis (die bei den Massen mehr und mehr in Mißkredit geriet) eine neue Konzeption der Sozialen Revolution entgegenhielten." (7)

Wie erklärt sich der Niedergang der anarchistischen Bewegung in Rußland? In dem Zitat und in den vorangegangenen Kapiteln zeigten sich widersprüchliche Tendenzen: Die Erfolge der Anarchisten, die letztendlich doch nicht ausreichten, ihre Vorstellungen einer sozialen Revolution durchzusetzen, und das, obwohl sie noch vor den Bolschewiki sich für ihre sofortige Durchführung eingesetzt hatten und im Sommer 1917 die Agrarbewegung und die Kollektivierung der Fabriken unterstützten.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß in Rußland kaum eine anarchistische Tradition bestand. Das zeigte sich z.B. schon daran, daß die Golos Truda von ehemaligen Emigranten gebildet wurde und das noch reichlich spät, nämlich erst im August 1917. Vorher hatte es in Petrograd keine anarchistische Zeitung gegeben.

Das zunehmend anarchistische Handeln der Bevölkerung ergab sich aus ihrer Radikalisierung während der Revolution und nicht aus den Studien anarchistischer Theorien. Die Bewußtseinslage der Bevölkerung ist aber entscheidend für eine soziale Revolution im anarchistischen Sinne. Die Anarchisten versuchten, ihre Ziele in ihren Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Organisationsgedanke war die Föderation, die Selbstorganisation der Bevölkerung.

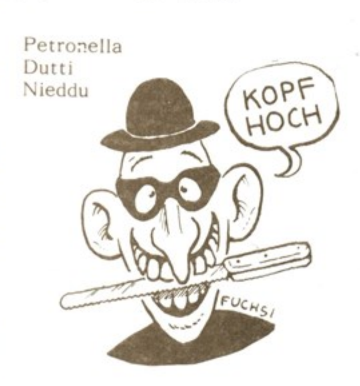


Das schloß Kader- und Parteienpolitik zur Eroberung der Macht als Mittel der Durchsetzung natürlich aus. Keine Partei, keine politische Gruppierung konnte es sich anmaßen, die Arbeiter zu führen und den einzig "richtigen" Weg zur Sozialen Revolution zu wissen. "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein" wurde von den Anarchisten in diesem Sinne interpretiert. Bei dem in solchen Dimensionen nicht vorhandenen Bewußtsein der Bevölkerung war es den gut organisierten Bolschewiki ein leichtes, ihren Einfluß geltend zu machen. Vor der Revolution existierten keine Klassenorganisationen der Massen, in denen eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Anarchisten und Bolschewiki hätte stattfinden können. Die Bolschewiki konnten als am besten organisierte Kraft die erstmals gebildeten Klassenorganisationen unter ihre Kontrolle bringen. Die Anarchisten sahen in der fehlenden Zeit für eine ideologische Auseinandersetzung den Hauptgrund für ihr Scheitern, denn das Verhalten der Bevölkerung hatte ja gezeigt, daß ihre Ideen Anklang fanden.
Ein weiteres Handicap war die schlechte Kommunikation unter den verschiedenen anarchistischen Gruppen. Ab Sommer 1917 wäre eine Koordination dringend notwendig gewesen, aber die Versuche dazu wurden erst unternommen, als es schon zu spät war. Möglicherweise wurden die Bemühungen durch die Differenzen zwischen Anarcho-Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten noch erschwert.
Sicher ebenso schwerwiegend war eine Spaltung der Anarchisten in einen Teil, der es als seine historische Aufgabe ansah, die Bolschewiki zu unterstützen, um die Revolution nicht zu gefährden und einen anderen Teil, der eine Zusammenarbeit ablehnte.

Nachteilig wirkte sich außerdem das bei einigen Gruppen (?) fehlende Programm zur konkreten Durchsetzung und Organisation der Revolution und eine eher abwartende Haltung gegenüber den anderen revolutionären Gruppen aus. Zumindest meint die Gruppe Nabat: "Die etwaigen sozialen Formen der Zukunft konkret zu bestimmen ist augenblicklich unmöglich schon allein deshalb, weil man den quantitativen und qualitativen Inhalt der Kräfte, deren Resultat die Wirklichkeit dann sein wird, nicht vorhersehen kann." (8) Was die gesamte Entwikklung der Revolution anging, hatte die Gruppe Nabat sicher recht, aber Souchy schreibt, daß diese Einschätzung der Grund für sie war, ihr eigenes Programm nicht weiter auszuarbeiten.

Erstaunlicherweise gewannen die Anarchisten für diese ungünstige Ausgangsbasis einen relativ bedeutenden Einfluß, der zumindest so groß war, daß die Bolschewiki nach der Eroberung der Macht eine Verleumdungskampagne begannen und die Anarchisten ab April 1918 offen bekämpften und unterdrückten. Gerade als die für eine Revolution notwendige Auseinandersetzung über verschiedene revolutionäre Konzepte einsetzte, und es schien, als könnten die Anarchisten davon profitieren, setzte die Repression von Seiten der Bolschewiki ein. Es war also von vorneherein keineswegs sicher, daß die Bolschewiki die Oberhand behalten und die übrigen revolutionären Bewegungen zerschlagen würden.

Petronella
Dutti
Nieddu





Zitate und Literatur

(1), (2), (3) Arthur Lehning/G.P. Maximoff, Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution/Revolutionärsyndikalistische Bewegung in Rußland; S. 97, 108, 109
(4) Daniel Guerin, Anarchismus, Begriff und Praxis; S. 87
(5) Maximoff, S. 129
(6) Guerin, S. 82
(7) Volin, Die unbekannte Revolution, Bd. 1, S. 216
(8) A. Souchy, Reise nach Rußland 1920, S. 27



Jahre und dieselbe Scheiße

Es ist schon mühsam mit dem Mühsam Erich. Vor nun fünfzig Jahren wurde er von den Nazis ermordet - im KZ Oranienburg, in der Nacht vom 10. zum 11. Juli 1934. "... hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht", berichtete die 'Berliner Nachtausgabe' am folgenden Tag. Auf Parallelen aus heutigen Tagen muß - leider - schon wieder aufmerksam gemacht werden. Aber davon später mehr.

Die ewigen (?) Nachrufe auf die 'Vergessenen' bzw 'Wiederentdeckten' enthalten fast immer dasselbe. Sie lassen das menschliche (ja, lacht nur) vermissen, allerdings nicht im Sinne konservativen Wandels, sondern im Sinne von Mühsams 'Kain, Zeitschrift für Menschlichkeit'. Merkwürdigerweise erinnern sich gerade die bürgerlichen Blätter - die Journaille, hätten Mühsam und Konsorten gesagt - ihrer, wo doch Vergessen und Schweigen angebracht wäre.

Die neo(n)-linke Kulturschickeria dagegen mißbraucht ihre 'Helden' von früher je nach modernistischem Gusto, und mit dem kommerziellen Wind im Rücken läßt es sich halt leichter über den Pflasterstrand traben oder den Transatlantik überqueren - als Freibeuter, naturellement!

Mühsam heute: liebenswerter Anarchist, Bürgerschreck, Bohemien, Dichter und vor allem tot. Den man kann man doch einfach nur gern haben. Für den Staatsanwalt war er hingegen im 'Hochverratsprozeß gegen Mühsam und Genossen' 1919 nichts anderes als "die größte Gefahr für jedes staatliche Gemeinwesen"; seine Gedanken waren "die Ansichten einer verbrecherischen Natur".

Das ehrt natürlich, wenn man in anderen Zusammenhängen denken gelernt hat. So wehrte sich zum Beispiel Ret Marut, auf der Flucht, vehement gegen die Absicht, eine Amnestie für ihn zu erwirken mit bemerkenswerter Konsequenz: "Für einen Revolutionär gibt es keine geschenkte Freiheit, nur gestohlene oder eroberete Freiheit." (nachzulesen übrigens in dem beachtlichen Buch: "Literaten an der Wand, hrsg. von Hansjörg Viesel, Büchergilde Gutenberg 1980).

Mühsam wurde nach der kurzen eroberten Freiheit, der Münchner Räterepublik, dieselbe entzogen. Daß er aus den fünfzehn Jahren Haft in der Festung Niederschönfeld bereits 1924 wieder entlassen wurde, ist zurückzuführen auf eine Amnestie, die vor allem dem doofen Gefreiten mit dem doofen Bart zugute kommen sollte.

Was macht nun die Divergenz in der Beurteilung eines Revolutionärs damals und heute aus? Warum erinnert man sich und würdigt heute einen Menschen, der von sich selbst sagte:
"Im Staat erkannte ich früh das Instrument zur Konservierung all der Kräfte, aus denen die Unbilligkeit der gesellschaftlichen Einrichtungen erwachsen ist. Die Bekämpfung des Staates in seinen wesentlichen Erscheinungsformen, Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus, Klassenherrschaft, Zweckjustiz und Unterdrückung in jeder Gestalt, war und ist der Impuls meines öffentlichen Wirkens."
Ich befürchte, daß selbst diese Sätze einmal in der FAZ zu lesen sein werden; daß man sich einmal auch des geistigen Terroristen und Sympathiesanten Erich Mühsam erinnern wird; daß es in zwanzig Jahren einen Nachruf auf die 'Schriftstellerin' Ulrike Meinhof geben wird. Denn - so der schwarze Protokollant D. Heilmann - was in der Vergangenheit den Fahrstuhl zum Schafott bedeutete, ist in der Gegenwart Kultur.

T. FRANZ

Libertäre Tage:
- The Concerts -

Die Konzerte während der Libertären Tage wurden mit Einverständnis der Gruppen mitgeschnitten. Das Ergebnis ist eine randvolle c-60 Cassette, die für acht DM beim Libertären Zentrum zu bekommen ist. Bei Bestellung sendet uns 10 DM Schein zu (2 DM Aufschlag wegen Versand und Verpackung). Auf der Cassette sind zu hören:
SYSTEM OF HATE, new wave, THE FLASH, psycho-punk, ALI & FERIT, folk, UNHEIMLICH, rock, BOSTON TEA PARTY, pop, UNKNOWN ACTORS, jazz

Bestelladresse:
Stichwort - the concerts -
AKTION
Kriegstraße 38
6000 Frankfurt M.